

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit Illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unser Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Sonntagen.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgeheilene Kolonne
 erste oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 15. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Zum Schweigen gebracht!

Am Dienstag wurde die erste Staatsberatung im Reichstagsgebäude beendet. Es kamen noch eine große Reihe Redner zum Wort, aber die Mehrheit hatte nichts zu sagen; einzelne Redner hatten eigentlich nur noch persönliche Bemerkungen vorzubringen.

Es waren drei Gegenstände, die in der Hauptsache erörtert wurden: der Fall Spanien, ein wichtiger, abschließender Epilog zum China-Kreuzzug und ein komisches socialpolitisches Zwischenstück, das wir dem reichsländischen Großunternehmer Schlumberger verdanken.

Die weitere Erörterung des Falles Spanien zeigte zum Ueberdruß, daß die Mehrheit des Reichstages überhaupt nicht mehr im stande ist, irgendwelche Frage von principieller Wichtigkeit tiefer zu erforschen. Ein laues, müdes, schlaffes Drumherumreden tritt an die Stelle einer klaren, scharfen Auseinandersetzung. Nicht bemerkenswert ist es, daß die bürgerlichen Parteien in solchen Fragen sich zu ihren eignen Grundbegriffen nicht zu bekennen wagen. Die Liberalen vermeiden es sorgfältig, den Anspruch zu erheben, zu dem sie ihre Kirche verpflichtet: daß es nämlich eine freie Wissenschaft überhaupt nicht giebt, sondern daß die Wissenschaft für alle Zeit innerhalb des Raumkreises der starken Dogmen der katholischen Kirche zu bleiben habe. Auf der andern Seite verwahren sich die braven Liberalen feierlich dagegen, daß sie den Katholizismus angreifen wollen; sie sind freilich auch wenig berufen, für die freie Wissenschaft einzutreten, die es selbstverständlich finden, daß nur die Wissenschaft auf unsren Universitäten gelehrt werden dürfe, die den Interessen der herrschenden Klassen entspricht. So gewährte die Spanndebatte das heiter-lächliche Schauspiel, daß die Liberalen für die Freiheit der Wissenschaft eintraten, als ob sie Liberale wären, und umgekehrt die Liberalen das Recht der Wissenschaft so einschränkten, daß man sie gut als Merkmal ansprechen könnte. Allein der freisinnige Müller-Reininger fand freisinnige und kräftigere Worte über den wissenschaftlichen Heingeist und forderte principiell die absolute Freiheit der Wissenschaft und eine Befreiung der Lehrstühle, die unabhängig ist von Protection und Konfession.

Katholizismus und freie Wissenschaft sind tödliche Gegenjäger. Beide können nicht miteinander leben. Man kann nicht, wie es die Mehrzahl der Spannkämpfer verfuhr, Feuer und Wasser mischen wollen. Der Liberalismus ist nicht mehr stark genug, um den Grundsatze freier Wissenschaft zu verteidigen. Aber auch der Merkmalismus wagt nicht mehr, sich in seinen Worten offen selbst zu bekennen; er muß heucheln. Das ist das Ergebnis der Erörterungen über den Universitätsstreit.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Socialdemokratie, gegenüber der Wassertrübungspolitik der bürgerlichen Parteien laut und deutlich das auszusprechen, was ist. Weder hatte das am Sonntagabend geklungen, als er die gewaltige Schlussabrechnung über die Chinapolitik hielt. Daraufhin hatten es der Reichslantler und der preussische Kriegsminister unternommen, die klare Ziffernreihe ein wenig zu verlegen, um bei Urteilslosen den Eindruck hervorzurufen zu können, die socialdemokratische Rechnung stimme nicht. Durch diese ministeriellen Versuche, so ungeschickt und voll von unrichtiger Behauptungen sie waren, wurde es notwendig, die Wahrheit noch einmal so festzustellen, daß selbst ein Säulow und ein Gohler sie nicht mehr zu träben vermöchte.

Dieser wichtigen Aufgabe unterzog sich am Dienstag an Stelle des verhinderten Wedel unser Parteigenosse Gradnauer. Mit einer munteren Logik, die die Thatsachen zum ehernen Ringel schmiebet, entlarvte er die Redebreden der Minister in ihrem jämmerlichen Nichts.

Zunächst stellte Gradnauer fest, daß Graf Säulow die Bemerkungen des Genossen Wedel über die Kriegsführung der deutschen Truppen im Kriege 1870/71 grüßlich entsetzt habe. Er wies darauf hin, daß die Kriegeregeln, die damals von den Deutschen angewendet wurden, hauptsächlich in Bezug auf die Francitrenns dem vorgeschrittenen Völkerrecht nicht entsprachen. Er geißelte die ungeheure Heuchelei, mit der die Minister aller Länder ihre eigenen Thaten beschönigen. Freilich es ist nicht wahr, was Graf Säulow behauptete, daß in anderen Ländern keine impartriotische Kritik geübt würde, wie sie die deutschen Socialdemokraten üben. Ganz im Gegenteil! Gerade die besseren Elemente des englischen Bürgertums haben in dieser Hinsicht stets Würde, Mut und Wahrheitsliebe gezeigt; verdanken wir doch die meisten Berichte über die Grmel in Transvaal Engländern!

Die leichte Art, mit der der Kriegsminister über den Raub der astronomischen Instrumente hinwegzusehen suchte, wurde von unserm Redner recht deutlich in allen Einzelheiten gewürdigt und er kündigte zugleich an, daß die Socialdemokraten bei der zweiten Sitzung des Etats eine Resolution beantragen würden, daß die Beute zurücktransportiert werde. Dann wandte sich Gradnauer zu den falschen Behauptungen des Kriegsministers über die Hunnenbriefe, die sich gerichtlich als Schwindel erwiesen hätten. Es wurde klipp und klar festgestellt, daß überhaupt nur ein einziger Hunnenbrief in einem ordentlichen Verfahren nachgeprüft worden sei, und in diesem Fall wurde die Wahrheit festgestellt. Es war jener Brief, der zur Ausscheldung des Hauptmanns v. Feilich aus der bairischen Armee führte. Außerdem wurde auch nur eine Nachricht aus China gerichtlich belenget: die Erschießung von 22 Bogzen durch den Major v. Keilser. Und hier ergab die Prüfung einen im wesentlichen noch schlimmeren Thatsbestand, als behauptet worden war. Sonst aber hat das Gericht den vom „Vorwärts“ angebotenen umfangreichen Wahrheitsbeweis abgeschnitten. Gradnauer schloß seine höchst eindrucksvollen Darlegungen, anspielend auf die letzte Aeußerung des Grafen Säulow, mit den Worten: „In Sachen der Wahrheit und Menschlichkeit versteht die Socialdemokratie keinen Späß.“

Der Reichslantler war nicht erschienen. Dagegen war der Kriegsminister mit einem zahlreichen Stabe zugegen. Aber er war klug genug, den Kampf aufzugeben. Es war nichts mehr zu retten. Er hätte ja der Socialdemokratie nur noch Gelegenheit zu weiteren Feststellungen geben können über die arnselfige Rolle, welche die herrschenden Klassen in der China-Affaire gespielt, und über die von Anfang an klare, konsequente, intellektuell wie moralisch unantastbare Haltung der Socialdemokratie.

Der Kriegsminister mußte schweigen, weil er keine Rechtfertigung, nicht einmal mehr eine Entstellung unserer Meinungen und Handlungen zu finden vermochte. Sein Schweigen genügt uns. Seiner Anerkennung bedürfen wir nicht — die sollte die Geschichte, die eust mit den Verleumdern der Socialdemokratie hart verfahren wird.

Zum Schweigen gebracht ist auch der alldeutsche Spießlalel gegen England und Chamberlain. Nur Herr Liebermann v. Sonnenberg führte noch — und zwar durchaus mit Recht — Klage über die Untreue seiner nächsten Kameraden. Selbst der Mit-Alldeutsche Gasse sei von ihm abgerückt, obwohl er doch nur ausgesprochen, was alle Alldeutschen empfinden. Herr Gasse habe ihn vermutlich nur deshalb im Stich gelassen, weil er früher zu Wort gekommen, als der Professor. Ah, Eitelkeit und Untreue sind eben urgermanische Tugenden. Herrn Liebermann unwillig in der That eine gewisse Tragik. Er hat zu grobe Häuste für dieses schwachmütige bürgerliche Parlament, das diplomatische Manieren nachhast, leise lispelt und staatsmännisch heuchelt. Der gute Antifemist ist — wahrhaftig — immer noch zu ehrlich! Lortüsse ist beliebter als ein grober Klüpel.

Ein lustiges Zwischenstück beehrte dem Hause der alldeutsche Fabrikant Schlumberger, der einen ehemals socialdemokratischen Wahlkreis vertreten darf. Auch er hat das Liebermannsche Maßheut, zu offenkundig zu sein. Selbst der wütendste Arbeiterfeind trägt im Reichstag ein socialreformertlich glühendes Herz zur Schau. Aber Herr Schlumberger bekennet sich noch zu dem, was die Unternehmer in Wirklichkeit alle denken. Sehr nervös, mit allen Gliedern zuckend, heifer sich überschreitend, kündigte er an, daß er bis aufs Äußerste eines bekämpfen werde: die Ungeduld, die auf sociale Reformen drängt. Die zehnjährige Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter ist diesem Vollen-Stimm das Verückteste, was der Reichstag beschließen konnte, dieser Schugmacher die Kinder zu Quimmern und Faulenzern. Die Gewerbegerichts-Novelle erscheint ihm ein Verbrechen. Dagegen sind die Syndikate das Herrlichste auf Gottes Welt.

Graf Posadowsky wußte die hinterwäldlerischen Anschauungen des noch parlamentarisch unbedenkten allzu offenkundigen Fabrikanten ganz geistlich zu benutzen, um die socialpolitische Größe der Regierung im besten Lichte erstahlen zu lassen. Er verteidigte den Arbeiterstand und erwähnte dabei, daß das Gesetz über die gewerbliche Kinderarbeit vollendet sei. Gewiß, neben Schlumberger erscheint Posadowsky schier wie ein Socialdemokrat. Aber der Vertreter von Rülhaußen sagt doch nur laut, was die meisten denken. Die Regierung des Zolltarifs kann auch socialpolitisch leicht völlig schlumbergerem — wenn die Industrie ernsthaft es heißt.

Die Staatsdebatte ist reduerisch wie nach ihrem sachlichen Extrag ein Triumph der Socialdemokratie geworden. Inmitten des Wirrwahrs von Thorheiten und Halbheiten bewährte die socialistische Weltanschauung ihre klärende, schaffende Kulturkraft. Ohne die Socialdemokraten wäre die Staatsdebatte eine trostlose Dede gewesen.

Zolltarif-Kommission.

Die Donnerstag-Sitzung beginnt mit der Beratung des Antrags Wedel und Genossen, folgende Bestimmung als § 1a in das Tarifgesetz einzufassen:

„Der Bundesrat ist verpflichtet, die Zölle für vom Ausland eingehende Waren aufzuheben und deren zollfreie Einfuhr zuzulassen, wenn die gleichartigen Waren von deutschen Verlaufs-Vereinigungen (Syndikaten, Trusts, Kartellen, Ringen oder dergleichen) nach dem oder im Ausland billiger verkauft werden, als im deutschen Zollgebiet. Die getroffenen Anordnungen sind dem Reichstage sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.“

Diesen Antrag begründet Kollendubur: Die Syndikate sind eine wirtschaftliche Erscheinung, die durch Schutzzölle gefördert wird. Sobald man einen Teil des Wirtschaftsgebietes vom Weltmarkt abschließt, werden die Unternehmer dieses Gebietes sich um so leichter einigen können. Mit der Steigerung der Zölle wächst die Gefahr der Ausbeutung der heimischen Verbraucher durch die Kartelle. Diese Gefahr ist auch von anderer Seite erkannt worden. Graf Kanig hat früher und jetzt Frhr. v. Hehl staatliche Eingriffe dagegen vorgeschlagen. Die polizeiliche Reglementierung der Kartelle ist zu verwerfen, weil sie unmögliche Härten herbeiführt und doch wirkungslos bleibt, wie die Erfahrungen Americas beweisen. Die hauptsächlichste Gefahr der Kartelle liegt in der Möglichkeit der Ausplünderung der heimischen Verbraucher unter dem Schutze des Zolles. Daß hier nicht nur eine Gefahr droht, sondern daß jetzt schon großer Schaden angerichtet worden ist, erkennt das Zolltarif-Gesetz an. Man will die Materialien für den Bau von Dampfschiffen zollfrei zulassen, und in den Motoren wird ausgeführt, daß der Bau von Dampfschiffen am Rhein vollständig durch die niederländische Konkurrenz unmöglich geworden ist. Die niederländischen Schiffbauer konnten billiger als ihre deutschen Konkurrenten arbeiten, weil sie

deutsches Grobblech und Winkelleisen zu billigeren Preisen erhielten als die deutschen Unternehmungen. In diesem einen Fall will man jetzt helfen. Man darf aber nicht so lange warten, bis ein Erwerbszweig vernichtet ist. Darum wollen wir vorbeugen. Eine Bestimmung, wie sie unser Antrag will, ist ein gutes Sicherheitsventil. Schon seine Existenz wird die Kartelle vorsichtig machen und verhindern, daß deutsche Verbraucher hohe Preise für Rohstoffe und Halbfabrikate zahlen müssen, damit dieselben Waren an ausländische Konkurrenten zu Schleuderpreisen abgegeben werden. Unser Antrag sichert den Deutschen solide Preise und hindert die Schleuderkonkurrenz.

Frhr. Hehl zu Herrndheim (nl.): Der socialdemokratische Antrag ist für die deutschen Arbeiter schädlich. Kohlen- und Petroleumsyndikate werden gar nicht von ihm getroffen; er stellt die ausländischen Syndikate gegen die deutschen günstiger, obwohl die ausländischen für die deutschen Arbeiter gefährlicher sind, als die inländischen. Der vorliegende Zolltarif ist manchen Staaten gegenüber zu niedrig.

Vorsitzender v. Kardorff (Rp.) bringt jetzt einen Antrag auf Schluß der Debatte blüßschnell zur Abstimmung. Der Antrag wird von der Mehrheit ebenso rasch angenommen.

Singer protestiert gegen dieses Verfahren. Vorsitzender (schreitend): Ich verbitte mir jede Kritik meines Verfahrens!

Singer: Ich verbitte mir, daß wir hier wie Schulbuben behandelt werden. Ich stelle den Antrag, unsern Antrag 1a als Abf. 1 zu § 1 anzunehmen.

Vorsitzender: Das ist nicht zulässig. Singer: Ich höre das, ohne daß Sie so zu schreien brauchen. Wir werden jedem derartigen Schachzug der Mehrheit mit solchen Schlägen zehnfach zu dienen wissen.

Stadthagen: Ich stelle den Antrag, die ausländischen Kohlen- und Petroleumsyndikate nach dem Wunsche des Herrn v. Hehl ebenso zu treffen, wie wir die inländischen treffen wollen.

Vom Abg. Fischbeck (fr. Rp.) liegt folgende Resolution vor: Die Kommission wolle beschließen, den Reichslantler zu ersuchen, sofort die Einsetzung einer aus Vertretern der verbündeten Regierungen und des Reichstages zusammengesetzten Kommission zu dem Zwecke zu bewirken, die geschäftliche Tätigkeit, Abhängigkeitsbedingungen usw. der deutschen Verlaufs-Vereinigungen (Syndikate, Trusts, Kartelle, Ringe) einer Prüfung zu unterziehen.

Fischbeck (zur Geschäftsordnung): Unsere Resolution müßte doch jetzt zur Besprechung kommen, um ihre Bedeutung zu dem Antrage klarzulegen.

Gohler, Stadthagen, Singer und Brömel treten diesem Verlangen bei.

Der Vorsitzende bringt nunmehr den Antrag Wedel zu § 1a zur Abstimmung. Derselbe wird gegen die vier socialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Singer stellt zur Geschäftsordnung den Antrag, daß Schlufsanträge vorher die Unterfertigung von 5 Mitgliedern der Kommission finden müssen. Ueberaufnahmen, wie vorher, müßten ausgeschlossen werden. Wir wollen keine Verhinderung, aber gründliche Beratung; dafür sind wir dem Lande verantwortlich.

Der Vorsitzende erhebt Einspruch gegen den Antrag. Singer: Der Vorsitzende sprach bei Beginn der Kommissionsberatung sich dahin aus, daß in der Kommission geschäftsmäßig so verfahren werde, wie im Plenum. Darin stellte ich den Antrag, der auch im Plenum zulässig wäre.

In der Abstimmung wird der Antrag Singer gegen 9 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmen Centrum, Konservative und National-liberale, deren Führer in einer gestern abend stattgehabten Besprechung sich zu besonderen geschäftlichen Maßnahmen und gemeinsamen Vorgehen geeinigt haben.

Der Vorsitzende will den von Stadthagen eingebrachten neuen Antrag 1aa, der sich gegen die ausländischen Kohlen- und Petroleumsyndikate richtet, ohne Debatte zur Abstimmung bringen; er sei ein Abänderungsantrag zu dem abgelehnten Antrag Wedel § 1a.

Stadthagen: Mein Antrag 1aa ist ein völlig selbständiger Antrag, der der Begründung bedarf.

Der Vorsitzende giebt nach und Stadthagen erhält das Wort: Er geißelt das Verfahren der ausländischen Syndikate, die Wucherpreise, besonders für Kohle und Petroleum, bei jeder Gelegenheit durchzusetzen suchen. Am meisten werden natürlich die Arbeiterkonkurrenten geschädigt. Wenn z. B. die vorjährigen Kohlenpreise als Wucherpreise dem richterlichen Ermessen unterstellt worden wären, so würden die Richter diese Preise sicher als wucherische bezeichnet haben. Aber sie können die Zollgesetze nicht aufheben, die mit Veranlassung zu diesen Preiswucher waren. Deshalb verlangen wir, daß in solchen Zeiten eingegriffen werden kann. Wenn mein Antrag etwas solopis ist, so bitte ich um Entschuldigung. Sie sind ja Zeugen der Umstände gewesen, unter denen er geboren ward. Zur Verbesserung bin ich bereit. Es gilt, das Land vor Schäden zu schützen. Finden Sie einen gesunden Reiz in dem Antrage, so nehmen Sie ihn in erster Lesung vorläufig an, bis zur zweiten Lesung kann er ja noch verbessert werden. Vereiteln Sie sich, bitte, recht lebhaft an der Debatte, machen Sie es nicht wie vorher, sondern wie gestern, dann werden wir am Schluß der Beratung ein Herz und eine Seele sein. Ich hoffe, mein heutiger Antrag wird auch noch einstimmig von der Kommission angenommen. (Weiterkeit.)

Brömel (fr. Rp.). Ich bin nicht der Form, sondern des Inhalts wegen gegen den Antrag Stadthagen. Er geißelt mir durchaus nicht, um die Frage der Syndikate nur einigermaßen zu lösen. Dr. Bogelstein sagt in seinem Buche über die Kartelle, wer Zollpolitik betreibt, müsse die Kartelle berücksichtigen. Ja, es könnte die Frage sein, ob nicht bei jeder Position des Zolltarifs die Kartelle, die an der Preisstellung der zu verzollenden Waren be-

teilig sind, besprochen werden müßten. Dr. Vogelstein macht für die Preissteigerungen, die zur Krise führen müssen, die Kartelle verantwortlich. Sie nügen die Konjunktur rücksichtslos aus. Sie verkaufen in guten Zeiten teurer und in schlechten nicht billig; sie haben ihre Funktionen zum Ausgleich im wirtschaftlichen Leben nicht erfüllt. Es bleibt zu erwägen, welche Maßnahmen im besonderen gegen Kohlenkartelle zu treffen seien.

Der Vorsitzende erlucht den Redner, nur soweit über Kohlenkartelle zu sprechen, als sie in Verbindung mit dem Zolltarif-Gesetz zu bringen sind.

Brömel: Das will ich ja gerade; vorhin wurde von Hehl auch darauf eingegangen. Die Frage muß gründlich erörtert werden. Redner stellt folgenden Antrag: „Der Bundesrat ist berechtigt, die Zölle auf solche Erzeugnisse, für welche Kartelle bestehen, herabzusetzen, oder außer Kraft zu setzen, und soll die Zustimmung des Reichstages einholen.“

Vom Abg. **Gothein** wird folgende Resolution eingebracht: „Die Kommission wolle beschließen, durch eine parlamentarische Enquete im kontradiktorischen Verfahren Erhebungen zu veranlassen: 1. Ueber die Wirkung der Schutzzölle auf die Bildung von Syndikaten. 2. Ueber die Schädigung der weiterverarbeitenden Industrien durch die Kartelle und für Halbfabrikate. 3. Ueber die durch die Schutzzölle bewirkte Konzentration verschiedener Betriebszweige in einem Unternehmen. 4. Ueber den damit geschaffenen Anreiz zur Ueberproduktion.“

Die Diskussion über die Resolutionen **Fischbeck** und **Gothein** wird verbunden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Kartellfrage ist eine ernste, überall diskutierte Frage. In Oesterreich will man eine gesetzliche Regelung der Kartelle herbeiführen. In Amerika hat Roosevelt in seiner Botschaft angekündigt, daß die Kartelle unter das Licht der Öffentlichkeit gestellt werden müßten. Seit dem 23. April 1897 besteht ein Gesetz in Canada, wonach der Gouverneur die Zölle herabsetzen oder ändern kann, um Schäden durch die Kartelle zu verhüten. Es ist aber noch nicht bekannt geworden, ob der Gouverneur von Canada schon einmal von seinem Rechte Gebrauch gemacht habe. Die Frage ist aber in einem Staate wie Deutschland schwerer zu regeln, wie in Canada mit seiner wenig entwickelten Industrie. Die Annahme des sozialdemokratischen Antrags würde zu einer undurchführbaren Kontrolle, zur Stellung der Kartelle unter Polizei-Aufsicht. Die Frage ist nur international zu regeln. Und ist der Vorwurf gemacht worden, den Zolltarif ohne Rücksicht auf die Kartelle gemacht zu haben. Wir hätten das nur thun können, wenn wir Doppelzölle gemacht hätten. Die haben wir nicht, wenn es auch die Presse behauptet. Eingehend wurde beraten, wie das Tarifsystem von uns ausgestaltet werden soll. Wir haben einen autonomen Tarif, aber keinen Doppelzolltarif. Die Minimalzölle haben eine ganz andre Bedeutung, als man ihnen oft unterlegt, nicht die eines Doppelzolltarifs. Mit einem autonomen Tarif mit Maximalzöllen kann man die Kartelle nicht in Verbindung bringen. Wir haben alles erreichbare Material über die Kartelle in den letzten 14 Monaten gesammelt und soviel erlangt, wie wahrscheinlich noch nie gesammelt wurde. Wenn die Sammlung geschieht, wird die Regierung erwägen, ob und was in der Sache zu geschehen hat.

Speck (C.) wünscht, der Staatssekretär möge seine Ausführungen zu Protokoll geben.

Singer stellt den Antrag, das Material der Regierung über Kartelle der Kommission vorzulegen.

Staatssekretär v. Posadowsky erlucht, nicht zu viel Wünsche an ihn zu richten. Das Material über die Kartelle müsse noch geordnet werden.

Fischbeck (fr. Sp.) begründet seine Resolution und polemisiert gegen Hehl. Die Syndikate nehmen zuweilen 15-20 Proz. höhere Preise im Inlande für ihre Waren als im Auslande. Hehl sagte, das alles würde von den Kartellen gemacht, um ihren Arbeitern Lohn und Brot zu geben. Wenn aber zum Beispiel die Roheisen-Industrie an das Ausland Waren billiger abgibt als im Inlande, dann wird doch die ausländische Industrie gegen die unsrige Konkurrenzfähiger gemacht und unsre Arbeiterschaft geschädigt. Es bedarf allerdings gründlicher Ermittlungen, bevor man etwas gegen die Kartelle unternimmt. Deshalb waren unsre Resolutionen gestellt, damit vor Verabschiedung der Industriegesetze die Frage geklärt ist.

Spann (Chr.): Wir werden gegen den Antrag Stadthagen und gegen die Resolution stimmen. Wenn man gegen die Kartelle vorgehen will, muß ein einheitliches Spezialgesetz geschaffen werden.

Singer: Ich freue mich, daß wir endlich zu einer Debatte über diese wichtige Frage gekommen sind. Es wäre jammerlich gewesen, wenn wir die interessantesten Ausführungen des Herrn Staatssekretärs, denen man ja nicht zustimmen braucht, nicht gehört hätten. Die Kartelle machen sich den Finger nicht naß, wenn sie keinen Vorteil herauszupacken können. Wenn die Kartelle sich zu einer Gefahr für das Gemeinwohl entwickeln, dann muß der Staat eingreifen. Der Staatssekretär beklagt die Staatskontrolle für die Kartelle. Unter gewisser Kontrolle befinden sie sich aber jetzt schon hinsichtlich einiger sozialer Gesetze, und diese Kontrolle hindert die Entwicklung der Industrie durchaus nicht. Ueber Unternehmerverbände hält Graf Posadowsky eine weitgehende Kontrolle für unmöglich, aber Arbeitervereine aber läßt man eine oft ständische Kontrolle aus. Die Schleuderkonkurrenz der Kartelle schädigt die Industrie des Reichs und gewährt dem Auslande Vorteile. Ein Stills Doppelzolltarif haben wir doch bei den Getreidezöllen und vielleicht wird er noch erweitert. In Amerika beantwortete man die Gründung des Morganischen Stahlkartells mit einem Antrage auf Aufhebung der Zölle für Stahl und Stahlwaren. Redner unterwirft die Resolutionen **Fischbeck** und **Gothein** auf Einleitung einer parlamentarischen Enquete über die Kartelle. Wir wissen nicht, nach welchen Gesichtspunkten die Regierung bei der Sammlung des Materials vorgegangen ist. Der Reichstag muß bei der Vorbereitung von Gesetzen mitwirken, da er in weit höherer Nähe dem Volke verantwortlich ist als der Bundesrat. Bei den Erhebungen muß eine entsprechende Anzahl Abgeordneter beteiligt werden. Die Resultate der Erhebungen müssen dem Reichstage zugehen, bevor die Industriegesetze festgelegt werden sollen. Das Wort „sofort“ in den Resolutionen genügt mir nicht; es soll in dem bekannten Ruffamerschen Sinne ausgelegt werden und auf 2 Jahre die Sache verschoben. Zum Schluß bitte ich, künftig die Diskussion über solche wichtige Fragen nicht zu hindern. Wir haben keine Ursache, überflüssige Reden zu halten, aber geklärt werden müssen die Fragen.

Dr. Wenner (natl.): Die amerikanischen Kartelle wirken ganz anders als die deutschen. Die deutschen Arbeitgeber, auch die kartellierten, sorgen für Aufträge, um ihre Arbeiter zu beschäftigen. Das Grobblech-Syndikat hat die Lieferung der Schiffablenke in der Konkurrenz gegen England und Amerika erhalten. Wir sind nicht die einzigen Aitenländer, die billiger liefern. Bei der Umfrage über die Kartelle sind alle Seiten gehört worden.

Gothein (fr. Sp.): Ich wundere mich, daß der Zolltarif für Beleuchtungsartikel Zölle vorzieht, die dem Petroleum Konkurrenz machen könnten, aber durch den Zoll verteuert werden und dem Petroleum-Syndikat sehr gelegen kommen. Das Zucker-Syndikat belastet die deutschen Konsumenten um rund 115 Millionen Mark durch

seine Manipulationen. Dadurch wird der Konsum eingeschränkt und die Folge ist ein Rückgang der Reichseinnahmen. Gerade diese Syndikate treiben auf dem Weltmarkt Schleuderkonkurrenz. Die Exportsubventionen sind eine Ursache des Uebels. Uebrigens liegt es auch beim Spiritus. Das Trahsifflsyndikat ist ein wahrer Rattenkönig von Syndikaten (Roheisen, Stabeisen, Coaks usw.). Sogar unsre Heeresverwaltung läßt dieses Syndikat durch Aufträge. Kein Kartell wird im Interesse der Konsumenten gegründet. Die Kartelle sind eine Art Uebergründung, deren ungeheure Kapitalien es möglich machen, die Produktion unvernünftig zu gestalten. Wir wenden uns gegen die künstliche Fälschung von Kartellen durch Zölle. Materialsammlung hinter verschlossenen Thüren bringt keine Aufklärung.

Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung wird der Antrag **Stadthagen** gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt; gleichfalls abgelehnt werden der Antrag **Brömel** und die Resolutionen **Fischbeck** und **Gothein** gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten. Der Antrag **Singer** auf Vorlegung des Regierungsmaterials über Syndikate wird mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Mit den Freisinnigen und Sozialdemokraten stimmen die National-liberalen von **Hehl** und **Dr. Wenner**.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Januar.

Der Polen-debatte zweiter Tag.

Die am Dienstag im Abgeordnetenhaus fortgesetzte Besprechung der Interpellationen über die preussische Polenpolitik verlief ohne jeden Zwischenfall und — abgesehen von der leidenschaftlichen Anklage des Abg. v. **Czarlinski** gegen die Regierung — in recht eintöniger Weise. Interesse erregte höchstens das Debüt des neuen Ministers des Innern, der zum erstenmale das Wort ergriff. Herr v. **Hammerstein** ist kein Redner; sein Organ ist wenig laugvoll, und in seinem Neuern läßt er die anstricherte Schmeidigkeit seiner Vorgänger vermischen. Das wäre an und für sich kein Fehler, vorausgesetzt, daß der Minister sich auch sonst nicht als bloßer Polizeiminister fühlte, wie wir es bisher in Preußen gewohnt sind. Allerdings ist dafür wenig Aussicht vorhanden, denn unter dem neuesten Kurs dürfen die Minister nicht nur keinen eigenen Willen haben, sie müssen thun, was ihnen befohlen wird. Ja, sie dürfen nicht einmal ohne Erlaubnis ihres Chefs reden. In dem Polen-Zeldzug vollends haben sie nur die Rolle von Unteroffizieren zu spielen, die auf die Binde ihres Vorgesetzten, des Grafen **Vilow**, warten. Sowohl der Minister des Innern wie der Kultusminister **Studt**, der ebenfalls in die Debatte eingriff, hatten nur die Erlaubnis erlangt, unbedeutende Behauptungen ihrer Vorredner richtig zu stellen. Jrgend ein Urteil über Herrn v. **Hammerstein** läßt sich daher einstweilen noch nicht fällen, außer daß er zu gehorchen versteht.

Von Mitgliedern des Hauses beteiligten sich an der Besprechung die Abgg. **Sieg** (natl.), v. **Liedemann** (fr.), **Dr. Czarlinski** (Pol.), **Kopisch** (fr. Sp.) und **Slowacki** (C.). Die Herren **Sieg** und von **Liedemann** bliesen lediglich in das Horn der Regierung; sie verlangen eine zielbewusste Politik zur Abwehr der großpolnischen Gefahr, aber keine Ausnahme-gesetze. Insbesondere der Abg. **Sieg** sprach die Erwartung aus, daß wir mit den bestehenden Gesetzen auskommen, wenn nur die Richter möglichst schwere Strafen über die „Verbrecher“ verhängen. Jahrelange Einferklerung von Preßhändlern, hohe Gefängnis- oder Zuchthausstrafen für Leute, die durch die Uebergriffe deutscher Beamten in Horn versetzt, sich unbedacht zu Gewaltthätigkeiten hinreißen lassen, sind diesen national-liberalen Scharfmachern noch nicht genug. Nebenbei stellte sich Herr **Sieg** auch als unbedingter Schutzherr der Prägelpädagogen vor. Er gab seinem tiefen Schmerz darüber Ausdruck, daß nach dem neuesten Erlaß der Regierung im Religionsunterricht nicht mehr geprügelt werden darf.

Der Pole v. **Czarlinski** übte scharfe Kritik an der Regierungspolitik. Er warf der Regierung Verfassungsverstoß vor, wies auf die den Hohn aller civilisierten Nationen herausfordernde Behandlung der Polen hin, tadelte die ungerechte Handhabung des Vereinsgesetzes in den östlichen Landestheilen und protestierte am Schluß gegen die Rede des Grafen **Vilow**, die die Gesetze der Gerechtigkeit außer acht lasse, die Polen wirtschaftlich hintanziehe und politisch unterdrücke.

Pflaumenweid und **Verhöneud** sprach der Redner der freisinnigen Volkspartei, **Abg. Kopisch**. Zwar erklärte er sich gegen die 1885 inaugurierte Polenpolitik und bezeichnete die seitdem geschaffenen Gesetze, insbesondere die Gründung des 200 Millionen-Fonds als Ausnahme-gesetze, aber trotzdem hat er gegen die Erhöhung des Dispositionsfonds für die Oberpräsidenten nichts einzuwenden, wenn die Garantie dafür geschaffen wird, daß dieser Fonds nicht lediglich eine Kriegskasse im Kampfe gegen die Polen bildet. In Wirklichkeit aber ist doch gerade das der Zweck des Dispositionsfonds. Besonders Gewicht will der freisinnige Redner auf die Hebung des Volksschulwesens im Osten legen, das allerdings so gut wie alles zu wünschen übrig läßt.

Nachdem noch **Abg. Slowacki** (C.) die Königstreue der Katholiken gerühmt und die Religion als Allheilmittel gegen das Anwachsen der Sozialdemokratie und gegen die Zunahme der Verbrechen gepriesen hatte, vertagte das Haus die Besprechung auf Mittwoch.

Am Donnerstag soll die Staatsberatung beginnen.

Die Folgen des Granitbeisens.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß **Vilow**s ungeschickter Angriff gegen Chamberlain trotz seines auf dem Fuße folgenden Concessions-ganges eine scharfe Spannung zwischen London und Berlin hervorgerufen hat. Die unverblühte Antwort Chamberlains hat in der weit übertragenden Wehrheit der englischen Presse und des englischen Volkes geradezu enthusiastische Zustimmung gefunden. Die „Times“ erklären, daß Chamberlain die einzig mögliche Erwiderung gegeben habe, die der Wortführer einer Nation, die nicht alle Selbstachtung verloren habe, auf einen solchen Angriff auf die Ehre ihrer Armee geben können. Die gesamte unionistische und konservative Presse ist derselben Meinung. Die „Morning Post“ fordert sogar den Premierminister und den Minister des Innern auf, sofort öffentlich ihre absolute Uebereinstimmung mit Chamberlains Antwort an **Vilow** zu erklären.

Die „Kön. Btg.“ gesteht in ihrer heutigen Nummer, wie ein Telegramm aus Köln meldet, denn auch recht kleinlaut ein, daß in den englischen politischen Kreisen bittere Erregung herrsche. Das Blatt erklärt es sogar für nicht ausgeschlossen, daß die

beiderseitigen Botschafter einen längeren Urlaub antreten könnten. Wenn auch verantwortliche Personen vor einer allzu pessimistischen Auffassung warnen, so wäre es doch sehr bedenklich, die gegenwärtige Sachlage leicht zu nehmen.

Die englische Bestimmung ist noch, wie die „Königliche Zeitung“ andeutet, durch eine auffallende Bräskierung des englischen Hofes durch die „Kön. Btg.“ verstärkt worden. Auf Neuherungen englischer Blätter, daß die Angriffe des deutschen Reichskanzlers gegen die englische Regierung den Versuch des Prinzen von Wales in Berlin möglicherweise in Frage stellen könnten, hatte nämlich das offiziöse Organ geantwortet, daß der Prinz zwar am deutschen Hofe jederzeit willkommen sei, daß jedoch der Hof durch keinerlei Einladung das Reiseprojekt des englischen Thronfolgers pro-voziert habe. Diese gräßliche Unhöflichkeit, die im Lichte höfischer Etikette doppelt verlegend erscheinen mag, mußte begrifflicherweise böses Blut erregen. Ob Herr **Vilow** auch diesen glänzenden Beweis überlegener Manieren abgelegt haben mag?

Inzwischen kommt bereits aus London die Meldung, daß Deutschland einen zweiten Schritt zur — sagen wir einmal: Verbesserung unternommen habe. Vice-Admiral v. **Senden-Vibran** sei, so meldet das Kabel, heute, Dienstag, bereits von König **Edward** empfangen worden, dem er ein Handschreiben **Wilhelms II.** überreicht habe. Die „Times“ bemerken dazu:

„Es ist nicht das erste Mal, daß der Vice-Admiral **Freiherr v. Senden-Vibran** im Augenblick einer politischen Entzweiung zwischen den beiden Ländern in besonderer Mission an den britischen Hof entsandt wird. Er kam im Jahre 1896, kurz nach dem besagten Telegramm an den Präsidenten Krüger als Träger eines sehr liebevollen Briefes des Kaisers **Wilhelm** an die Königin **Victoria**, von dessen Inhalt man weiß, daß es ihm gelang, den peinlichen Eindruck zu ver-wischen, welchen der unglückliche Zwischenfall in den höchsten Kreisen Englands hervorgerufen hatte.“

Das Kössische Depeschentureau bezieht sich zwar, dieser seiner Meldung die Notiz anzuhängen, daß v. **Senden** wie in jedem Jahre so auch diesmal lediglich deshalb nach England gegangen sei, um einer Zusammenkunft von Sportmännern beizuwohnen, allein es unterläßt es, die Behauptung zu berichtigen, daß v. **Senden** dem König **Edward** ein kaiserliches Handschreiben überreicht habe.

Nach den Vorgängen des Jahres 1896 und dem wunderlichen Umschlag der deutschen Transvaalpolitik hat die englische Presse in der That einige Ursache, auch diesmal eine Begrüßung des Konfliktstoffes in ähullichem Sinne zu erwarten, wie damals.

Der „Birmingham Post“ zufolge werden die englischen Minister in beiden Häusern des Parlamentes gleich zu Anfang der Woche-debatte am nächsten Donnerstag einstudiert werden, genau mitzutellen, was für Erklärungen über Chamberlains Einbürger Rede-mündlich von Lord **Landowne** dem Grafen **Metternich** oder schriftlich vom englischen dem deutschen Auswärtigen Amte mitgeteilt worden seien, denn des Grafen **Vilow** Andeutung, daß eine Entscheidung dargeboten sei, erregt so lange Vergeris, bis sie widerlegt sei.

Ein deutsches Blatt bemerkt hierzu, daß in **Vilow**s Rede ja von amtlichen Mitteilungen keine Rede gewesen sei. Das englische Parlament wird es aber vermutlich interessieren, auch über die nicht amtlichen Mitteilungen näheres zu erfahren. Auf diese Weise könnte dann vielleicht auch festgestellt werden, welche Neuherungen Chamberlains Herrn **Vilow** eigentlich genügt haben, seinem englischen Kollegen ein Privatstimmum über diplomatischen Zustand zu lesen.

Deutsches Reich.

Der Kaiser empfing am Dienstagvormittag das Präsidium des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses. Nach einer Korrespondenz dauerte die Audienz 5 Minuten. Der Kaiser sei bei guter Stimmung gewesen — also nicht wie vor Jahresfrist nach dem Epileptikerwurz —, von Politik sei nicht gesprochen worden, der Kaiser hat sich erkundigt, wie Herrn v. **Aröder** die Postjagd bekommen sei, und habe sich über das Thema: Weide und Riefer verbreitet.

Rebellion gegen den Spiritusdring. „Vesser doher bald ein Ende mit Särcden, als ein fortgesetzter Särcden ohne Ende,“ ruft ein **Freiherr v. Jeditz** aufständig in einem Offenen Briefe an die „Zeitung für Spiritusindustrie“ vom 8. d. M., in dem er mitteilt, daß er durch die Herabsetzung des Preises auf 30 M. einen Verlust von 30 000 M. erlitten habe. „Eine nochmalige Herabsetzung des Preises,“ schreibt **Fr. v. Jeditz**, „würde für uns verhängnisvoll werden, ebenso wie sie ohne Erfolg sein wird. Auch die allerhöchste Herabsetzung des Preises wird die Erzeugung von Spiritus nicht ein-dämmen können, wird den gewollten Zweck nicht erreichen, aber mit absoluter Sicherheit wird sie erreichen, daß der **Vrenner** durch diese Maßregel ruinirt werden muß.“

An dieser Sachlage ist aber einzig und allein die Centrale für Spiritusverarbeitung schuld. Sie war es, die durch die goldenen Vergelbe, die sie bei ihrer Gründung den **Vrennern** in Aussicht stellte, diese zur Ueberproduktion anreizte und zum Aufbau neuer **Vrennerereien** verleitete. Nun ist die Spiritusindustrie da — und wenn so und so viel **Vrenner** von ihr hinweggeschwemmt werden, können sie nur den Spiritusdring dafür verantwortlich machen.

Normann-Schumann, der Spindel und Gewährsmann des preussischen Kriegsministers, hat in dem im Reichstag erwähnten Flugblatt gegen **Vebl** auch ein anständiges schweizerisches Blatt nach seiner Art verlogen verleumdet. Er behauptet nämlich, im Winter 1897/98 habe der Redacteur des „Zürcher Tages-Anz.“ ihn mit der Bitte beehrt, doch 30 000 Fr. zum Gründungsfonds herzugeben, wogegen er sich verpflichtet, „sich gegen etwaige Angriffe durch **Die** und **Blum** zu verteidigen“. Zwei Geisliche und noch andre Personen hätten die Unterredung im Nebenzimmer mit angehört.

Der „Zürcher Tages-Anzeiger“ ähnet sich dazu wie folgt: „Sie haben ein Handschreiben erhalten, das Sie von selbst unter den Auswurf der **Wenigkeit** rangiert. Sie sind jedenfalls eines der frecken und gewissenlosesten Subjekte, die wir je kennen gelernt haben. Wissen Sie denn nicht, daß eidesstattliche Versicherungen von Ihnen genau den gleichen Wert haben, wie wenn eine notorische Dirne schwört, sie besitze noch ihre Tugend? Man hat Ihnen dies ja deutlich gesagt. Sie scheinen es aber vergessen zu haben. **Schumann**, die Hand aufs Herz, besitzen Sie noch Ehre im Leide? Wie unerreicht halten doher, daß ein jeder anständiger Mensch Sie verachten muß. Sie sind nicht wert, daß man vor Ihnen auf den Boden spuckt. Noch eins! Wir sind Ihnen zu Dank verpflichtet, daß Sie uns in Ihrem Flugblatt nicht etwa Komplimente gesagt haben, wie Sie es andern blühenden Persönlichkeiten gegenüber gethan haben. Wir müßten uns aufrichtig schämen, von ihnen belobt zu werden. Sie sind zu allem fähig. **Schumann**, sollte es Ihnen darüber belieben, uns auf der Redaktion aufzusuchen, um unsere Schöpfung zu erbetteln, dann werden Sie die Thüre von außen zuguschließen haben.“

Ein solcher Gefinnungsstand waagt es, die „moralischen Qualifikationen“ seiner **Wenigkeiten**, die auf redliche Art und Weise ihr Brot verdienen, anzuzweifeln! Gehaben Sie sich wohl, **Schumann-Normann** oder **Normann-Schumann** oder **Metternich-Schumann**, wie Sie sich mit Vorliebe zu nennen pflegen. Wälzen

Sie sich in Ihrem Kote weiter herum; die Schweine möchen's ja auch so. Wir werden Sie in Ihrem angewöhnten Privatvergnügen nicht mehr stören.

„Socialpolitisches“ aus dem Staatshaushaltetat.

Ganz sind im preussischen Staatshaushaltetat die Kulturaufgaben dem doch nicht vergessen. Es finden sich darin sogar einige Mittel für socialpolitische Aufgaben. So sollen im Etat des Handelsministeriums 6 von den bisher nur auftragweise verwalteten Gewerbeinspektoren Stellen in etatsmäßige umgewandelt werden. Ferner soll in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Köln und Aachen, wo nach dem Einzelstandnis der Regierung die vorhandenen Kräfte der Gewerbeinspektion nicht ausreichen, das Bedürfnis nach Vermehrung der Kräfte durch Errichtung je einer Gewerbeinspektion befriedigt werden. Die neuen Inspektionen werden zunächst sämtlich von je einem auftragweise zu beauftragenden Inspektor verwaltet werden. Weiter ist zur Fortführung des Versuchs der Einstellung weiblicher Hilfskräfte in den Gewerbe-Aufsichtsdienst, um den das Abgeordnetehaus die Regierung bei der Beratung des Etats für 1899 ermahnt hatte, beabsichtigt, in Berlin, wo die Betriebe, die ausschließlich oder überwiegend Arbeiterinnen beschäftigen, besonders zahlreich sind, zwei weitere Assistentinnen auftragweise zu beschäftigen. Ihre Remuneration beträgt je 2400 M. Von der Einziehung von Assistenten aus dem Arbeiterstande will die Regierung nichts wissen.

Wohlfahrt glänzen sind die Leistungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf soll wegen der dort besonders schwierigen Wohnungsverhältnisse ein Wohnungsinспектор beigegeben werden, dessen Tätigkeit sich auf die Kontrolle der Ortsbehörde einschließlich der örtlichen Wohnungskommissionen, auf die gleichmäßige Handhabung der einschlägigen Vorschriften im gesamten Regierungsbezirk, auf Maßnahmen zur Verringerung der Wohnungsverhältnisse und auf die Förderung der Wohnungspflege, namentlich auch des gemeinnützigen Bauwesens erstrecken soll. Der Wohnungsinспекtor soll aus der Zahl der höheren Baubeamten entnommen und ihm das Gehalt der Bauinspektoren bewilligt werden.

Eine Reihe anderer Etatspositionen ist die Folge des neuen Unfallversicherungs-Gesetzes. Durch das Reichsgesetz betr. die Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze vom 5. Juli 1900 sind die für die Berufsgenossenschaften, Sektionen und Ausführungsbehörden bestehenden Schiedsgerichte aufgehoben und die Schiedsgerichte der Invalidenversicherung unter dem Namen Schiedsgericht für Arbeiterversicherung auch für die Entscheidung von Streitigkeiten über Entschädigungsansprüche aus der Unfallversicherung für zuständig erklärt. Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz bei den Schiedsgerichten der Invalidenversicherung und bei den am Siege der Regierungen befindlichen Schiedsgerichten der Unfallversicherung ist ausschließlich an höhere Verwaltungsbeamte der Regierungen in der Weise übertragen worden, daß diese Tätigkeit nicht mehr als ein besonders remuneriertes Nebenamt, sondern als Hauptamt der betreffenden Beamten behandelt wird. In gleicher Weise ist auch bei der unternommenen Neuordnung verfahren. Durch die dadurch den Bezirksregierungen in den Angelegenheiten der Unfallversicherung zugefallene Mehrbelastung werden 21 Stellen der Regierungen in Breslau, Königsberg und Düsseldorf, je eine den Regierungen in Königsberg, Gumbinnen, Marienwerder, Frankfurt a. O., Stettin, Straßburg, Posen, Pommern, Cöslin, Danneberg, Lüneburg, Rostock, Wiesbaden und Koblenz zugewiesen werden.

Mehr socialpolitische Forderungen sind im neuen Etat schwerlich zu entdecken.

Eine lustige Verwechslung. Der Leser eines Blattes hat entdeckt, daß das schöne Citat Wilows vom Granitbeihen, das der Redner in edler Hohenzollern-Begeisterung dem alten Feig in den Mund gelegt hatte, eigentlich von Napoleon I. stammt. Wilow wollte augenscheinlich den hochkassen Witzblättern betreiben, daß er auch citieren kann, ohne vorher im Witzmann studiert zu haben — und da passiert ihm nun diese lustige Verwechslung!

Nochmals die Pflasterfeste in Spanien. Adhäsive Rollenzeitung und Germania“ ereifern sich mächtig über unsere Nöze über den spanischen Alerus in Nummer 6 dieses Blattes. Sie entzünden sich darüber, daß wir von den 154 000 Angehörigen des Alerus als von „Mählgängern“ gesprochen haben:

„Mählgänger! Gottesdienst, religiöse Erziehung des Volkes, die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse im Vaterlande und in den Heimathäusern, Jugenderziehung, Wohlfahrtspflege auf religiöser Grundlage, die Arbeit in der Kirchenverwaltung, in der kirchlichen Wissenschaft, die entlagungsvolle Arbeit eines Krankenbruders und einer Barmherzigen Schwester — das ist alles Mählgängerei.“

Daß wir die Krankenpflege nicht als Mählgängerei betrachten, versteht sich von selbst. Aber der Krankenpflege widmet sich auch nur der kleinste Teil der Alerischen Miesnarmer, was schon daraus erhellt, daß von den ca. 70 Millionen, die Spanien an den Alerus zahlt, insgesamt noch nicht 12 Millionen für geistliche Hospitäler, Waisenhäuser, religiöse Anstalten und barmherzige Samariter ausgegeben werden. Dagegen bezieht allein die hohe Geistlichkeit 5 1/2 Millionen (in Frankreich erhält die hohe Geistlichkeit nur 2 1/2 Millionen!).

Wie es aber mit der geistlichen Jugenderziehung ausseht, beweist die ungeheure Zahl der Analphabeten.

Kämpfe in Kamerun. Die Expeditionen in das Hinterland von Kamerun haben bereits zu den zu erwartenden Zusammenstößen geführt. Ein halbamtlicher Bericht meldet darüber: Die Unfallsicherheit der Zustände in Nordwest-Kamerun hatte bekanntlich den Kommandeur der Kameruner Schutztruppe, Oberstleutnant Paval beauftragt, in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres mit drei Compagnien nach dem Bangwa-Lande zu marschieren, um dort an dem wichtigsten Straßenkreuzungspunkte eine neue Militärstation zu errichten und sodann weiter nach Norden in der Richtung auf die Venue-Linie vorzudringen. Dieses Vorhaben sollte auch der Unternehmung des Oberleutnant Domini nach Gornu zur Errichtung eines Beobachtungspostens daselbst einen Anhalt gewähren. Am 6. d. M. lief hier die Nachricht ein, daß Oberstleutnant Paval mit den von Jintgraf bei verhängigen Vasa und Vanjeng's heftige Kämpfe gehabt hätte, daß es ihm gelungen sei, die aufständischen Stämme zu schlagen und 300 Gefangene zu machen. Die Meldung sagt gleichzeitig, daß der Compagnieführer, Hauptmann Glauting, schwer verwundet sei.

Der gemeldete Zusammenstoß dürfte mit der ersten ganzen Serie von Gefechten sein, in die uns das abenteuerliche Vordringen unserer Schutztruppe verwickeln wird. Ein wirtschaftlicher Nutzen dieses Vorgehens ist nicht abzusehen.

Arbeitslosen-Versammlungen in Frankfurt a. M. Am Dienstagvormittag 10 Uhr fanden im Gewerkschaftshaus und in der „Konfordia“ Arbeitslosen-Versammlungen statt, die von etwa 1400 Personen besucht waren. Referenten waren der Arbeitersekretär Graf und Redacteur Dr. Quack. Die Redner warfen vor allem der Stadtverwaltung vor, daß sie nichts für die Arbeitslosen thue und die wenigen bisher geschaffenen Einrichtungen absolut ungenügend seien. Die Redner schlossen mit der Drohung, daß, wenn die heutige Stadtverordneten-Versammlung nicht einen erheblichen Beitrag zur Vornahme von Nothstandsarbeiten bewillige, die Arbeitslosen-Versammlungen so lange täglich stattfinden würden, bis Abhilfe erfolge. In einer schließlich angenommenen Resolution werden die staatlichen und kommunalen Behörden ersucht, schleunigst für Arbeitsgelegenheit zu sorgen und bei Vergebung von Nothstands-

arbeiten an Unternehmer die Bedingung zu stellen, daß in erster Linie hiesige verheiratete Arbeiter beschäftigt werden müssen. Die Versammlung löste sich ruhig und ohne jeden Zwischenfall auf.

Schuh der Schulkenten! In Straßburg i. E. sind die Schulkente Kennoch und Triumpfheller dieser Tage vom Schöffengericht wegen Verleumdung und Mißhandlung, verurteilt im Dienste, zu 20 bzw. 30 M. Geldstrafe verurteilt worden. Sie hatten eines Abends die Eheleute Hedmann auf einem Spaziergang festgenommen, weil in letzter Zeit viele Diebstähle vorgekommen seien, und die Ehefrau H. auf dem Revierlosale durch die Verzeichnung Dirne beschimpft und sie außerdem körperlich mißhandelt.

Ausland.

Die Session 1902.

London, 11. Januar.

Das Parlament tritt am 16. d. M. zusammen. — um drei Wochen früher als gewöhnlich, da die letzte Session sich als zu kurz erwiesen hatte, die wachsenden legislativen Arbeiten zu bewältigen. Ueber die Aufgaben der nächsten Session herrscht kein Geheimnis mehr. Vor allem ist die Regierung entschlossen, sich Waffen zu schmieden gegen die Obstruktionspläne der Irländer und wird demgemäß eine einschneidende Aenderung der parlamentarischen Geschäftsführung beantragen und wohl auch durchsetzen. Bis zum Auftreten der Home-rule-Partei unter Barnell war diese Geschäftsordnung eine sehr freie. Das Parlament war der große Kampfplatz gegen die königliche Macht gewesen und seine Geschäftsordnung stellt sich als das Produkt dieses siegreichen nationalen Kampfes dar. Auf große parlamentarische Klassenkämpfe haben die Führer der Nation nicht mehr gerechnet und bis zum Auftreten Barnells spielten die Irländer eine ganz untergeordnete Rolle. Barnells große Kampferiode dauerte vom Jahre 1877 bis 1882 und in dieser Zeit wurden einige Aenderungen in der Geschäftsordnung vorgenommen. In der Session 1901 trat die irische Opposition wieder als eine geeignete Kampfpartei auf und ihr Führer John Redmond griff zur alten Taktik von Barnell. Diese Obstruktion verbunden mit den sich zurechnenden legislativen Arbeiten erzeugte bei der großen Mehrheit der englischen Abgeordneten den Wunsch nach einer Einschränkung der parlamentarischen Freiheiten und Verlängerung der Sitzungen. Die Regierung wird wahrscheinlich vorschlagen: Abschaffung der division (Abstimmung durch Hammelprüfung); Beschränkung der Zeit für Fragestellungen an die Minister; Einschränkung der Gelegenheit zu Anfragen auf Vertagung des Hauses; weniger Anhebungen; Anfang der Sitzungen um 2 1/2 Uhr, anstatt um 3 Uhr nachmittags, und vielleicht auch Beschränkung der Redezeit in den Debatten.

An positiven Maßnahmen sind zu nennen: Gesetzentwürfe über Erziehung, Behausung, Verstaatlichung der Wasserwerke Londons, Temperanz (Einschränkung der Trinkgelegentheit), und vielleicht auch eine Novelle zur Unfallgesetzgebung.

Es ist schon heute klar, daß die Regierung nicht gewillt ist, die Wasserwerke unter die Verwaltung des Stadtrats zu stellen. Es soll vielmehr aus den Stadträten der einzelnen Bezirke (boroughs) Londons eine besondere Wasserbehörde (water board) gebildet werden.

All diese Maßnahmen würden einer ehrlichen, starken Opposition die Gelegenheit geben, dem Volke zu dienen. Außerdem hat sich auch sonst Material genug angesammelt, das der Regierung unangenehm werden könnte. Neben den Mißthaten des südafrikanischen Krieges kommt noch der Telephonhandel in Betracht. Der Verkauf der Londoner Telephoncompagnien durch die Post soll sich nicht ganz in tadelloser Weise vollzogen haben. Es scheint, daß die Regierung mehr die Interessen der Privatkapitalisten als die der Bevölkerung gewahrt habe. Sie hat nun mindestens drei Millionen Pfund Sterling teurer gekauft, als sie nach ihrem eignen Geständnis nötig gehabt hätte, den Telephonverkehr neu einzurichten. Sie hat einige Compagnien ausgetauft, die nur dem Namen nach existierten. London muß jetzt Zinsen zahlen für Kapitalien, die gar nicht vorhanden waren. Der Londoner Abnehmer zahlt jetzt für den Telephondienst 17 Pfd. Sterling jährlich, während der Londoner Geschäftsmann ihn für die Hälfte liefern wollte. In Glasgow, wo der Telephondienst municipalisiert ist, beträgt der Abonnementpreis 10 Pfd. Sterling jährlich. Die ganze Frage dürfte indes bald durch einige Modifikationen vor das Parlament gebracht werden.

Frankreich.

Das Wesen der Entvölkerung beschäftigt die Geister in Frankreich zur Zeit wieder in erhöhtem Maße. Die Zählung von 1901 hat eine Bevölkerungsziffer von 38 901 945 ergeben, es ist dies eine Steigerung seit der letzten Zählung von 1896 von nur 444 628 Einwohnern. Das ist aber noch eine der höchsten Steigerungsziffern der letzten Jahrzehnte. Noch trüber aber wird das Bild, wenn man, wie das Jacques Verillon im „Temps“ thut, je ein Jahrzehnt mit dem andern vergleicht, danach ergibt sich folgendes: Die Zunahme der Bevölkerung in dem Jahrzehnt von 1872—1881 betrug noch 1 802 889, die von 1881—1891 937 005, die von 1891—1901 sogar nur 619 550. In Deutschland betrug die Zunahme in dem Jahrzehnt von 1881—91 6 017 014.

England.

Die neueste Phase der irischen Frage.

London, 11. Jan. (Fig. Ver.)

Die parlamentarische Aktion der letzten dreißig Jahre hat wohl nirgends so viel zum wirtschaftlichen und politischen Fortschritt beigetragen wie in Irland. Seit den Wahlreformen von 1867 und 1884 hat sich da gar vieles geändert. Die Bodengesetzgebung von den Jahren 1870, 1881, 1887, 1890 und 1896 anerkannte gewisse Rechte des Pächters auf den von ihm bearbeiteten Grund und Boden und zeigt eine immer stärker hervortretende Tendenz, den Pächter mit Hilfe des Staates zum kleinfärmerlichen Eigentümers zu machen. Auslaß der Großgrundbesitzer und Schaffung einer unabhängigen kleinfärmerlichen Bevölkerung sind Principien, gegen die heute niemand mehr ankämpft. Der Streit dreht sich nur um das Tempo, in welchem sich dieser Prozeß vollziehen soll. Es klingt zwar paradox, ist aber nicht desto weniger wahr, daß der irische Farmer geleglich besser gestellt ist als der englische.

Seit dem Jahre 1898 hat Irland auch eine durchaus demokratische Lokalregierung, ganz nach englischem Muster; die irische Pressefreiheit ist minder beschränkt als die deutsche, so daß die Iren bedeutendere politische Freiheiten besitzen, als die sie bemitleidenden Deutschen. Damit soll indes nicht gesagt sein, daß Irland ein freies Land sei und seine Bewohner keine Leiden haben, sich zu beklagen. Sie sind nur weniger frei, als die Engländer, da in Irland neben den Freiheiten auch noch die von der Bergangehelt hinterlassenen Ausnahmestellen bestehen, die nach Belieben des Staatschefs in Anwendung gebracht werden können; ferner der traditionelle Rassenhaß, der die Vorzüge der Gesetzgebung nicht ganz zum Ausdruck kommen läßt.

Zwischen hat die neue irische Opposition einen mehr wirtschaftlichen als politischen Charakter; wirtschaftlich — im Sinne des kleinfärmerlichen Eigentums. Der Streit nach Home-rule und Auflösung der Union mit England hat nicht mehr die verbundene Kraft von früher. Auslaß der Großgrundbesitzer wird wohl das Hauptprogramm der Vertreter Irlands sein, die nächsten Freitag, den 10. d. M. in Dublin zu einer Konferenz zusammenzutreten. Da das Parlament sechs Tage später zusammentritt, so dürfte die Konferenz auch über die Haltung beschließen, die die irischen Abgeordneten dort einzunehmen haben bei der Beratung über die Maßregeln zur Einschränkung der parlamentarischen Freiheiten und zur Herabsetzung der Zahl der irischen Vertreter.

Für die hier skizzierte neueste Phase der irischen Frage ist noch folgendes bemerkenswert. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes betreffend die irische Lokalregierung (1898) haben wir auch in Irland eine kleine Schaar energischer Socialdemokraten, die mit den Home-rulern zufriedener sind und eine scharfe Kritik an ihrer rein kleinfärmerlichen Tätigkeit üben. Ihr Organ „The Workers' Irish

Republic“ („Die irische Arbeiterrepublik“) steht den bürgerlichen Nationalisten scharf auf die Finger und wird nicht müde, die Arbeiterfeindlichkeit dieser bürgerlichen „Revolutionären“ aufzudecken. Unser Bruderorgan erscheint vorläufig nur einmal monatlich und wird auf einer Handpresse gedruckt. Der Satz wird von socialistischen Schriftsetzern durch Nacharbeit gratis hergestellt. Die Genossen fühlen sich indes jetzt schon stark genug, an eine Wochenausgabe zu gehen. Die Haltung des Blattes ist eine strikt marxistische, zuweilen leider „plus Marxiste que Marx lui-même“, nach dem schrecklichen Muster von De Leon's New Yorker „People“. Es ist trotzdem lehrreich genug, da es die Homeruler vom socialistischen Standpunkte aus beleuchtet.

Campbell Bannerman erklärte die Behauptung von der beabsichtigten Gründung einer dritten Partei für lächerlich und fügte hinzu, daß Schicksal der liberalen Unionisten sei eine furchtbare Mahnung für einen maßlosen Ehrgeiz gewesen. Da er bezüglich des Krieges im wesentlichen einer Meinung mit Lord Rosebery sei, so sehe er kein Hindernis dagegen, daß irgend ein Liberaler mit Rosebery in der Frage des Krieges zusammengehe.

Pauperismus in London. Nach einer Aufstellung von John Burns gibt es gegenwärtig in der reichsten Stadt der Welt, in London, 900 000 Personen, welche in einem chronischen Zustand der Armut und der Verkommenheit leben. 3000 Personen leben zu je 8 in einem Zimmer, 9000 zu je 7, 26 000 zu je 6, 400 000 Personen haben nur einen Raum zu ihrer Verfügung. Für mehr als 1 Million von Personen bedeutet das Leben in London nichts andres, als ein Lebensgang von der Wiege bis zum Grabe.

Italien.

Ferri gegen Turati. Im „Avanti“ seht sich Enrico Ferri mit Filippo Turati aneinander. Auf die principielle Ausführungen können wir an dieser Stelle nicht eingehen; bemerkenswert ist, daß Ferri in ziemlich verächtlichem Tone spricht und augenscheinlich bemüht ist, die Gründe der Verständigung nicht abzubrechen. Nach Ferri's Meinung ist der Unterschied in der Auffassung der augenblicklichen Taktik der socialistischen Gruppe der Deputiertenkammer zwischen ihm und Turati in kurzen Zügen: Turati will, nach Ferri's Darstellung, auf alle Fälle den Sturz des liberalen, socialreformistisch-schillernden Ministeriums Zanardelli-Giolitti hindern und sucht demgemäß die socialistische Gruppe um jeden Preis im ministeriellen Fahrwasser zu halten; Ferri dagegen will wohl das Ministerium Zanardelli gegen die Reaktionen à la Sonnino unterstützen, aber nur von Fall zu Fall, und ohne darüber den Interessengegenstand zwischen Proletariat und Bourgeoisie, auch der liberalen Bourgeoisie irgendwie zu verschleiern.

Telegrammenfälsch. In einem Telegramm, das die Zustimmung einer großen Turiner Versammlung zu den neulichen Ausführungen Ferris an den „Avanti“ übermittelte, wurden auf hohen obrigkeitlichen Befehl eine Anzahl angeblich beilegender Eigenschaftsworte löscherl. Der „Avanti“ fragt ipso facto, ob man schon wieder bei der lächerlichen Censur angelangt sei, wie sie die alten Regierungen und zumal die neapolitanischen Bourbonen zu üben pflegten.

Der demokratisch-republikanische Abgeordnete Napoleone Colajanni hat eine Interpellation eingereicht, worin er von dem Ministerpräsidenten Anfrähe über die Stellung der Regierung zur Erbschaftsanglegenheit Crispi verlangt. Bekanntlich besitzt diese Angelegenheit dank den in Crispi's Nachlaß teils vorhandenen, teils veruntreuten Papieren ein starkes öffentliches Interesse.

Afien.

Neue Alarmgerüchte aus China. Der „Standard“ meldet aus Neu-China vom 13. Januar: Yuauschikai habe als Oberbefehlshaber jetzt 10 000 Mann in Peking unter sich und beabsichtige, die gleiche Anzahl von Truppen in der Nähe von Peking aufzustellen. Yuauschikai solle die Kaiserin-Witwe mit Misträuen gegen die fremden Mächte zu erfüllen suchen. Junglu sei zum Revier der kaiserlichen Giltie ernannt worden, und es verlautet, Prinz Tschun werde die Tochter Junglus heiraten.

Amerika.

Die Regierung der Vereinigten Staaten läßt auf der Insel Culebra an der Pacific-Küste Nicaraguas eine große Marinestation errichten. Sobald die zur Unterfunkt nötigen Vorarbeiten vorhanden sein werden, sollen Truppen als Garnison für die Insel gelandet werden.

Parlamentarisches.

Jolliarikkommission.

Im Jolliarik selbst ist der erste Abänderungsantrag vom Hrn. Dehl zu Gernsheim (nied.) gestellt worden. Er bezweckt, bei der Position, „Tobackblätter, mairarbeitete oder nur geröhrert (fermentiert) oder über Rauch getrocknet, auch in Stücken, Bündeln oder Puppen“ statt des vorgeschlagenen Jollisages von 85 M. pro 1 Doppelcentner 125 M. pro Doppelcentner zu setzen.

Ferner sind zum Tarifgesetz mehrere konservative, national-liberale und socialdemokratische Anträge eingebracht worden.

Der Boeren-Krieg.

Ein Gefecht mit Votha.

Ein Telegramm Lord Rüdigers aus Johannesburg vom Montag berichtet: Der Streikmacht des Generals Bruce Hamilton gelang es, bis auf 3 Meilen an Louis Votha heranzukommen, welcher auf einem Wagen in der Nacht zum 11. d. M. entkam. Die Truppen, welche vorher einen langen Marsch gemacht hatten, verfolgten Votha sieben Meilen weit, bis die Pferde erschöpft waren. 32 Boeren wurden gefangen genommen.

Eine fernere Depesche Lord Rüdigers aus Johannesburg vom 13. Januar besagt, Oberst Wing habe einen Brief von Piet Wiljoen aufgefunden, aus dem hervorgeht, daß der Boerenführer J. D. Oppermann, dem mehrere Kommandos unterstellt gewesen, in einem Kampfe mit Oberst Plummer bei Overwacht gefallen sei. Das Gefecht sei bedeutend gewesen.

Noch 13 000 Boerenkämpfer!

Wie aus Pretoria gemeldet wird, beläuft sich die Zahl der kämpfenden Boeren und Rebellen noch immer auf ca. 13 000 Mann.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Mähnung, Schraubendreher! Der Streik bei der Firma vormals Stelzner dauert unverändert fort. Zugun ist streng fernzuhalten! Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Ostverwaltung Berlin.

Arbeiter Charlottenburgs. Am Freitag, den 17. Januar er., abends 7 1/2 Uhr, findet die Verbreitung eines Flugblatts zu den Gewerbetreibenden statt. Wir bitten besonders die Gewerkschaftsmittglieder, sich an der Verbreitung recht zahlreich zu beteiligen.

Die Verbreitung wird von folgenden Kollegen aus vorgenommen: H. Pafke, Potsdamerstr. 44; H. Feder, Wisnawstr. 74; Gimpel, Osnabrückerstr. 4; W. D., Kaiserstr. 10; W. Dörre, Wallstr. 90; Petri, Behlendorferstr. 10; Fischer, Psychologi-

straße (Ede Arminstraße); A. Köttger, Leibnizstraße und
Wredlow, Ansbacherstr. 31.

Gewerkschaftskommission Charlottenburg.

Deutsches Reich.

Der Centralverein der in der Hut- und Filzwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter (ehemaliger Unterstützungsverein der Hutmacher) feierte am Jahresbeginn sein 30jähriges Jubiläum. Am 1. Januar 1872 gegründet, blüht der Verein auf eine ebenso wechselvolle wie bedeutungsvolle Geschichte zurück, als eine der wenigen alten Gewerkschaften, die das Ausnahmegesetz überdauerten und wieder jung mit der jungen Gewerkschaftsbewegung wurden. Was der Verein in den 30 Jahren seines Bestehens geleistet hat, läßt sich alles in wenigen Worten nicht darstellen. Seine großen und bedeutenden Kämpfe (der Verein zählte in den Jahren 1894 bis 1900 im Mitgliederdurchschnitt unter allen Centralverbänden den höchsten Betrag für Streikunterstützung) waren höchst schwierige, sein Eintreten für die Verbändemärkte bahnbrechend, seine festen Bemühungen um die Organisation der Arbeiterinnen verdienen volle Anerkennung. Auf dem Gebiete des Unterstützungswesens steht er in allererster Reihe. Er hat nach den Mitteilungen seines Organs für Arbeitslose am Orte und auf der Reise 760 000 M. — an Kranke, Invaliden und Begräbnisgeld 850 000 M. — an Invalidenunterstützung 250 000 M. — für Streiks, Aussperrung usw. 150 000 M. verausgabt. Ungedient sind hier die Zehntausende freiwilliger Sammlungen. Seine Gesamteinnahme und -Ausgabe seit 30 Jahren bilanziert auf 4 1/2 Millionen Mark. Möge diese Organisation auch in der Zukunft immer leistungsfähig bleiben und ihren Mitgliedern in allen wirtschaftlichen Wechseln eine treue Stütze bieten.

Ein Arbeitersekretariat soll nun auch in Magdeburg eingerichtet werden. Es ist beabsichtigt, das jetzige Gewerkschaftsbureau dort mit dem 1. Juli 1902 aufzuheben; an demselben Tage soll das Arbeitersekretariat seine Funktionen beginnen.

Achtung, Tapezierer! In dem Möbelgeschäft von W. Reben-dahl in Kiel sind 17 Tapezierer wegen Lohnunterschieden in den Ausnahmestunden. — Zugestimmt.

Ein Vergarbeiter-Ausstand ist nach einer Meldung der „N.-Westf. Ztg.“ auf den Gruben Altenberg und Heintzschagen der in Konkurs befindlichen Gewerkschaft wegen rückständiger Löhne ausgebrochen.

Die Maurer in Wessenberg (Mecklenburg) beabsichtigen, zum Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie verlangen eine Erhöhung des bisherigen Stundenlohnes von 32 auf 35 Pf.

Die Steinmehlen auf dem Werkplatz der Firma Häbner am Tagberg in Dresden (21 an der Zahl) haben die Arbeit niedergelegt. Grund der Arbeitsniederlegung sind Lohnunterschieden.

Der Stadtrat von Gera im Kampf gegen das Gewerkschaftsartikel. Das Gewerkschaftsartikel in Gera hat wie anderwärts auch ein Ausschussbureau eingerichtet, das jedermann kostenlos zur Verfügung steht. Der Stadtrat erklärte diese nützliche Einrichtung für einen konfessionspflichtigen Gewerbebetrieb und unter-sagte dem Sekretär desselben den „Gewerbetrieb“ wegen einiger kleinen Vorstößen. Der Bezirksausschuss bestätigte die Ver-sicherung des Stadtrats; das Ministerium hob sie jedoch auf. Dieses war der erste Streich, doch der zweite folgt sogleich: Der Stadtrat von Gera hat nämlich auch gefunden, daß die Mit-gliederbeiträge des Gewerkschaftsartikels ein — steuerpflich-tiges Einkommen darstellen! Der Vorsitzende des Artikels hat für dasselbe bereits einen auf 1,20 M. monatlich lautenden Steuerzettel erhalten. Bis der Stadtrat mit dieser originellen Idee abgewiesen ist, taucht in ihm hoffentlich wieder eine neue ebenso gewagte auf. — Es muß auch solche Stadträte geben.

Ausland.

Lohnbewegung der dänischen Dampfschiffheizer. Der Ausschuss des „Gesamtverbandes der Gewerkschaften“ hat in seiner Sitzung am Sonnabend beschlossen, es zu billigen, daß die Heizer ihre Plätze auf allen der Reedereivereinigung angehörenden Schiffen kündigen, um die Lohn-herabsetzung abzuwehren. Bisher hatten sich die Heizer auf passiven Widerstand beschränkt. Nachdem es sich aber am Freitag in der gemeinsamen Sitzung herausgestellt hat, daß die Reeder eine Lohnherabsetzung erzwingen wollen, und nachdem bereits durch systematische Entlassungen über 100 Mann aus dem Lande gesetzt wurden, sehen sich die Heizer zu energischen Abwehrmaßnahmen genötigt. — Die Reeder machen große Anstrengungen, im Auslande Streikbrecher anzuwerben; im Köpenhagener Hafen liegt ein besonderes Schiff zur Aufnahme dieser Leute bereit. Da es vielleicht weiterer Maßnahmen bedürfen wird, um die geplante Verschlechterung der Lebensbedingungen dänischer Arbeiter abzuwehren, will der Ausschuss des „Gesamtverbandes der Gewerkschaften“ der Generalversammlung den Vorschlag machen, daß auch die organi-sierten Seeleute und Hafenarbeiter vom Montag, den 26. Januar die Arbeit auf den Schiffen der Reedereivereinigung einstellen, falls bis dahin keine Einigung zwischen den Reedern und Heizern erzielt ist.

Die spanischen Arbeiterunruhen scheinen doch noch nicht völlig zu Ende zu sein. Das „Bureau Herald“ meldet gestern aus Madrid: Die aus den Tabakfabriken entlassenen Arbeiter wollten eine Kundgebung vor dem Palast veranstalten, die Polizei ver-hinderte sie jedoch daran. Einer Deputation von Arbeitern gelang es indessen, im königlichen Palais Einlaß zu finden und dort ihre Wünsche vorzutragen. Aus Barcelona meldet dasselbe Bureau: Die Ausständigen versuchten in den Werkstätten großen Schaden. Polizei und Militär mußte einschreiten, um die Ordnung wieder herzustellen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Aktivistin der badischen Fabrikinspektion, Fräulein Elisabeth von Nichtsden wurde in politischer Oekonomie als Haupt-sach von der philosophischen Fakultät in Heidelberg mit dem Prädikat summa cum laude zum Doktor promoviert. Ihre Dissertation ist betitelt: „Ueber die historischen Wandlungen in der Stellung der autoritären Parteien zur Arbeiterschaft.“ Fräulein Nichtsden will laut „N. W. Ztg.“ in ihrer Inauguralabhandlung die Stellung-nahme der konservativen und des Centrums zur sozialen Gesell-schaft des Deutschen Reiches kennzeichnen und vor allem die zuletzt ausschlaggebenden Motive ihrer Politik darlegen. Auf „Mittelstands-politik“ und das Bündnis der Agrarier und Großindustriellen fällt man's interessantes Streiflicht.

Der Mordprozeß Jänike.

Aus den Verhandlungen am Dienstag sind die Bekundungen des Polizeileutnants v. Gooven hervorgehoben, der die erste polizeiliche Vernehmung des Angeklagten vorgenommen hat. Er bekundet, daß ihm derselbe alle die grauenhaften Vorgänge mit einer froppierenden Ruhe erzählt habe, fast als wenn er eine Geschichte erzählte, die er gelebt. Nach seinen Erzählungen konnte es keinen Zweifel haben, daß er einen Mord begangen hatte. Er erklärte, er sei nach der Entlassung aus dem Gefängnis ohne Substanz-mittel gewesen; er wollte von seiner Pflegemutter Geld haben, diese schlug es ab, da fand er ein Portemonnaie mit 50 Pf. Inhalt bei der Pflegemutter, dieses eignete er sich an und verzehrte die 50 Pf. im „Seefischer“. Anfanglich hatte er behauptet, er habe mit der er-mordeten Frau Ähnliche vor deren Verheiratung ein Verhältnis ge-habt, diese Behauptung hat er aber später fallen lassen. Seine ganze Darstellung ging dahin, daß er bei dem Besuche, den er am 16. September der Frau M. abstattete, von vornherein die Absicht gehabt habe, diese zu erwidern. Als ihm vorgehalten wurde, daß er doch leicht die Frau hätte aus der Wohnung schaffen können, indem er von ihr Bier hätte

holen lassen, erklärte er, daß er daran nicht gedacht habe. Die That habe er ohne vorhergegangenen Streit, mitten aus einem gleichgültigen Gespräch heraus begangen. Auf die Frage, ob ihm denn die Anwesenheit des kleinen Jungen nicht geniert habe, habe er mit cynischem Lachen geantwortet: „I bewahre! Ich habe ja dem Balg auch einen Hieb mit dem Beil versetzt und beargwöhnt, daß es nicht daran zu Grunde gegangen ist; so ein zwei-jähriges Wurm hat ja auch nur einen dünnen Schädel, aber es muß wohl ein ganz starker Schlag gewesen sein.“ Der Angeklagte hatte dem Zeugen noch gesagt: wenn er gewußt hätte, daß in dem Versto nicht 1000 M. sich befanden, sondern nur eine so kleine Summe, so hätte er die Frau wohl nicht tot geschlagen. Er war bei seiner ganzen Aussage absolut ruhig und nicht verwirrt, im Gegenteil: er lagte, er habe Hunger und als ihm zwei Butterbrote gereicht wurden, hat er erst nachgesehen, was drauf lag, hat sie dann mit gutem Appetit verzehrt und schließlich gesagt: „Das hat sehr gut geschmeckt!“

Kriminalkommissarius Ruds bestätigt die Angaben des Vor-zeugen. Auch ihm hat Jänike beim Verhör die Vorgänge so geschildert, daß er von Anfang an die Absicht gehabt habe, die Frau zu erwidern. Auf die Frage, ob er denn das Kind auch tot machen wollte, habe Jänike geantwortet: „Ja wohl, das Kind wollte ich auch tot-schlagen. Als ich zuge schlagen hatte und das Kind still war, hatte ich aber mit der Frau so viel zu thun, daß ich mich um das Kind nicht mehr kümmern konnte.“ Er habe sich, wie er weiter angab, des Geldes bemächtigt, weil er meinte, es wären 1000 M. Mit dem Gelde habe er nach Paris fahren wollen, um zu sehen, wie dort die Welt aussieht. Als er die Wohnung verlassen wollte, habe er noch einen Blick in die Küche geworfen, da er abhakte das A. noch zum, und ich griff zum Beil und schlug noch einmal zu.“

Der Staatsanwalt plädierte darauf gegen beide Angeklagte auf Schuldig im vollen Umfange der Anklage, während Justizrat Ehrlich als Verteidiger des Jänike zu bedenken gab, ob dieser nicht doch nur wegen Totschlags zu verurteilen sei und Rechtsanwalt Dr. Adolf Heumann auf die bisherige Unbescholtenheit seines Klienten Steinke hinwies.

Zum letzten Worte verurteilt, erklärt Jänike: „Wenn hier gesagt wird, daß Steinke gewußt hat, wozu ich das Messer ge-braucht wollte, so ist das nicht wahr. Er hat keine Ahnung davon gehabt, daß ich einen Mord oder eine Gewaltthat überhaupt be-geden würde. Er hat nur gewußt, daß ich das Geld holen wollte, aber er hat keine Ahnung gehabt, unter welchen Umständen. Das kann ich mit ehrlichem Gewissen bekunden.“

Der Staatsanwalt behauptet, daß Jänike mit dieser Er-läuterung, die mit seinen früheren Bekundungen im Widerspruch stehe, ein völliges Novum in die Verhandlung geworfen habe. Auf wieder-holten Vorhalt erklärt Jänike: „Ich habe Steinke nur gesagt, daß ich das Geld unter allen Umständen bringe, ich habe mich aber mit ihm nicht verständigt über eine Gewaltthat oder einen Mord.“

Staatsanwalt: Das ist auch gar nicht behauptet worden. Hieraus erörtert der Vorsitzende Landgerichtsrat Weber in längerer Rechtsbelehrung die den Geschworenen unterbreiteten 17 Fragen. Die Geschworenen ziehen sich um 4 1/2 Uhr zur Be-ratung zurück.

Die Beratung dauert mehr als 1 1/2 Stunden. Der Spruch der Geschworenen lautet: Gegen Jänike auf Schuldig des Mordes und schweren Raubes sowie der Körperverletzung; gegen Steinke auf Schuldig der Beihilfe zum schweren Raube, Begünstigung und Hehlererei, unter Verhängung mildender Um-stände.

Staatsanwalt Friedheim beantragt: gegen Jänike wegen Mordes und qualifizierten Raubes die Todesstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, außerdem wegen der Körperverletzung des Kindes 4 Jahre Gefängnis. Gegen Steinke lautete der An-trag: Wegen Beihilfe am qualifizierten Raub 9 Jahre Zuchthaus, wegen Begünstigung nach Begehung des Raubes 2 Jahre Zuchthaus und wegen Hehlererei 2 Jahre Gefängnis, welche Einzelstrafen auf eine Gesamtstrafe von 10 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizei-Aufsicht zusammen-zuziehen sind.

Justizrat Ehrlich verzichtet auf das Wort zur Strafzumessung, Rechtsanwalt Heumann empfiehlt für den noch jugendlichen Steinke eine mildere Strafe.

Jänike nimmt selbst noch das Wort und erklärt: Ich bitte den hohen Gerichtshof, in Erwägung zu ziehen, daß wenn jemand einen Mord vorher plant, er sicher eine Waffe wählt, mit der er im Hande ist, einem Menschen sofort den Garben zu machen. Wenn jemand am hellen Tage einen Mord verüben will, so wählt er sich ganz gewiß kein Küchenmesser, sondern eine Waffe, wo ein Schlag oder Stoß genügt, um einen Menschen zu töten.

Steinke versichert, daß er nicht Beihilfe zu einem Morde habe leisten wollen und nicht geleistet habe.

Der Gerichtshof verurteilt Jänike zum Tode, 4 Jahren Gefängnis und dauerndem Ehrverlust, Steinke zu 6 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust auf gleiche Dauer (zusammenggezogen aus folgenden Einzelstrafen: Beihilfe zum qualifizierten Raube 9 Jahre Zuchthaus, Begünstigung nach dem Raube 2 Jahre Zuchthaus und Hehlererei 6 Monate Gefängnis). Von Zu-lässigkeit der Polizei-Aufsicht hat der Gerichtshof Abstand ge-nommen, da er den Angeklagten Steinke nicht für so verkommen und verdorben hält, als daß er nicht nach Verbüßung der Strafe noch in einen geordneten Lebensweg wieder zurückkehren könnte.

Um 7 1/2 Uhr schließt der Vorsitzende die Verhandlung.

Versammlungen.

Für die in Reinigungs-Instituten beschäftigten Frauen, sowie für Toiletten-Frauen, Frühstück- und Zeitung-Austrägerinnen, Wäsche-Frauen und Aufwärterinnen fand am Montag eine öffentliche Versammlung — die zweite dieser Art — in der „Aronia“, Brangelstr. 9, statt. Genosse Kater legte in seinem Vortrage, der besonders die Verhältnisse der er-werbstätigen Frauen berührte, den Wert der Organisation dar. Dann wurde eine Resolution angenommen, welche die Gründung einer Organisation für die oben genannten Arbeiterinnen zur Bestim-mung und am 13. Dezember v. J. eingesetzte Kommission beauftragt, in kürzester Zeit ein Statut für diese Organisation auszu-arbeiten und dasselbe dann einer Versammlung zur Beschluß-fassung vorzulegen. — Während einer hierauf folgenden Pause ließen sich 30 der anwesenden Frauen als Mitglieder der neuen Organisation einschreiben. — Nimmereit besprach Frau Gubela die Verhältnisse der Toilettenfrauen. Sie bezeichnete es als einen arger Mißstand, daß die Toilettenfrauen in Restaurations- und Vergnügungsorten auf Trinkgelde angewiesen sind, und daß in manchen Fällen derartige Trinkgelde vom Publi-kum sogar gefordert werden. Ferner meinte die Rednerin, daß auch in den öffentlichen Bedürfnis-Anstalten für weibliche Personen das Trinkgeldwesen bestehe. Die Rednerin fordert, daß in allen öffentlichen unentgeltlich zu benutzenden Bedürfnisanstalten eine Inschrift angebracht werde: „Trink-geld darf nicht angenommen werden.“ Auch sollten es sich die Frauen zum Grundsatz machen, kein Trinkgeld zu geben, um dadurch die Toilettenfrauen zur Forderung ausreichender Löhne zu veranlassen. — Zu diesem Punkt wurde eine Resolution an-genommen, welche die Stadtverordnetenversammlung um Abstellung des besprochenen Mißstandes ersucht.

Erklärung. Die unterzeichneten Vertrauensleute erklären, daß in den auf die Organisationsstreitigkeiten Bezug habenden Referaten und Diskussionsrednern in der Generalversammlung des Wahlvereins des 6. Kreises (Nr. 9 des „Vorwärts“) der Sachverhalt völlig ent-stellt wiedergegeben ist.

Die Unterzeichneten werden umgehend die zuständigen Partei-Instanzen anrufen; sie erheben aber schon heute Protest dagegen, daß die Redaktion ihnen in einer so wichtigen Parteifrage nicht Gelegenheit gegeben hat, in unmittelbarem Anschluß an diese

unrichtigen Darstellungen die Stellung der Berliner Partei-vertretung zu präzisieren, wie das die Redaktion bei Angriffen auf ihre Mitarbeiter zu thun pflegt.

Zum Schluß erklären die Unterzeichneten, sich weiterer Berich-tigungen zu enthalten, bis die betreffenden Instanzen gesprochen haben.

- Für den 1. Kreis: Doppel und Weinacht.
- „ 2. „ Scholz und Schmidt.
- „ 3. „ Hoch.
- „ 4. „ SO. Voigt und Hadenbüsch.
- „ 4. „ O. Schneider und Zante.
- „ 6. „ Wänisch.
- Niederbarnim: Fretwald.*

Wir haben zu dieser Erklärung, soweit sie uns betrifft, zu be-merken, daß wir bis jetzt in dem Streit redaktionslos in seiner Weise Partei genommen haben, um denselben nicht durch unser Eingreifen zu verschärfen. Wir haben lediglich in rein sachlicher Weise über alle Vorkommnisse in diesem Streit, also auch über die General-versammlung des Wahlvereins, Bericht erstattet. Hätten wir in der Weise, wie die Vertrauensleute Berlins es jetzt fordern, ihnen Gelegenheit zu einer Erwidrerung im Anschluß an den Bericht gegeben, so wäre dies eine flagrannte Verletzung des bisher von uns geübten Neutralitäts-Princips gewesen. Wenn wir unsern Mitarbeitern Gelegenheit geben, auf Angriffe im „Vorwärts“ gegen sie sofort zu antworten, so ist dabei zu be-denken, daß diesen nur der „Vorwärts“ als Waffe gegen solche An-griffe zur Verfügung steht; die Angriffe gegen die Vertrauensleute fielen aber nicht in der Presse, sondern in einer Versammlung, von deren Abhaltung sie Kenntnis hatten und wo solchen Angriffen auch entgegen werden konnte. Sind dem Referenten Unrichtigkeiten unterlaufen, die übrigens von der stark besuchten Versammlung un-widerprochen blieben, dann steht den Genossen der „Vorwärts“ zur Richtigstellung zur Verfügung. — Redaktion des „Vorwärts“.

Schöneberg. Eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung beschäftigte sich am Montag im Restaurant Wilhelmshof mit der Aufstellung der Kandidaten für die am Donnerstag, den 23. Januar, stattfindende Wahl zweier Stadtverordneten für den 9. Bezirk. Seitens der Versammlung wurden vorgeschlagen und aufgestellt die Genossen Obst und Wolke mann. — Sodann wurden die Genossen aufgefordert, zu der am nächsten Sonntag stattfindenden Flugblattverbreitung, die sich mit der Wahl beschäftigen soll und womit eine mündliche Agitation verbunden werden soll, pünktlich und zahlreich zur Stelle zu sein. Treffpunkt Gnylowstr. 9 bei Pöschel.

Wilmerdorf. Am 8. d. Mts. tagte die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in Wilms Volksgarten, Berliner-str. 40. Der Vorsitzende erstattete den Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes im ersten Quartal. Die Mitgliedszahl ist in den letzten drei Monaten von 154 auf 181 gestiegen. Den Kassenericht erstattete der Kassierer, worauf diesem einstimmig Decharge erteilt wurde. Die Zahl der Abonnenten des „Vorwärts“ beträgt zur Zeit 304.

Köpenick. In der gut besuchten öffentlichen Volksversammlung, die hier am 8. Januar stattfand, berichtete zunächst Stadtverordneter über die Thätigkeit der Stadtverordneten-Versammlung. Redner streifte die verschiedenen Gebiete der örtlichen Verwaltungsthätigkeit und ließ sich ausführlicher über den Konflikt zwischen Stadtverordneten und Magistrat aus Anlaß der Annahme einer Petition gegen den Korymbol aus. Die Petition ist zweimal von der Stadtverordneten-Versammlung einstimmig angenommen, jedoch vom Magistrat ab-gelehnt worden. Vielmehr erklärte der Bürgermeister Vorkmann, er würde sofort, falls die Petition ohne seine Unterzeichnung ab-gelehnt werden sollte, das Disziplinarverfahren einleiten, um zu verhindern, daß die Petition an den Reichstag gelangt. Darauf be-richtete Stadtverordneter Riecke noch einige interessante Vorkom-misse aus der Praxis der Armenpflege. Die Versammlung äußerte ihre Zufriedenheit über die Thätigkeit und Haltung der sozialdemokratischen Stadtverordneter. Als Kandidat für die am 20. und 21. Januar stattfindende Stadtverordnetenwahl wurde Genosse Czerniewski aufgestellt. Um 10 Uhr verlangten die bewachenden Beamten, die sich selber zu einer Auflösung nicht berechtigt hielten, der Wirt möge der Versammlung das Weitergehen unter-sagen! Als dieser sich weigerte, dem Verlangen nachzu-kommen, verließen die Beamten den Saal. Diese glück-liche Lösung des Konfliktes machte auf die Versammlung den besten Eindruck und sie erledigte ohne Murren den noch verbleibenden Rest der Tagesordnung ohne Gegenwart der Polizei. Es ging sehr gut.

Verband des Maßlages, Bade- und Krankenpflege-Verbands. Öffentliche Versammlung am 15. d. M., abends 9 Uhr, in den Johannis-Sälen, Johannisstr. 20.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Risiko des Bergmanns.

Brüg, 14. Januar. (B. Z. Z.) Heute gegen Mittag ist ein Wassereintritt in den Jupitersticht erfolgt. Von 116 Mann der Delegation wurden 43 vermisst, darunter der Betriebsleiter, Ingenieur Seemann, und zwei Aufsichtsbearbeiter. Der Jupitersticht ist wegen hohen Wasserstandes vor heute abend nicht zugänglich. Ueber das Schicksal der im Schachte eingeschlossenen ist zur Zeit nichts Bestimmtes bekannt.

Tumult in der belgischen Kammer.

Brüssel, 14. Jan. (B. Z.) Die heutige Kammer Sitzung artete in einen großen Tumult aus, der dadurch entstand, daß die Regierung die bereits von der Kammer angenommene und dem Senatsauschuß zugewiesene Gesetzesvorlage, betreffend die Dotationen, zurückzog. Die Regierung griff zu dieser Maßregel, weil die Abgeordneten durch Annahme dieses Entwurfs freie Fahrt auf allen Staatsbahnen erhalten hätten. Die Ab-geordneten Reujean und Janson erklärten, die Regierung habe ihre Versuche überschritten, indem sie dem Könige ein Dekret unterbreitet habe, welches eine bereits von der Kammer angenommene Vorlage aufhebe; die Regierung verweigere hierfür auf die Anklagebank gesetzt zu werden. Ein von der Kammer genehmigter Entwurf könne nicht mehr zurück-gezogen werden. Beide Redner erklärten, daß die ge-samte Linke sich zurückziehen würde, wenn die Regierung auf der Beratung des neuen Dotierungsgesetzes, welches der Kammer heute einbrachte und worin die freie Fahrt auf den belgischen Staatsbahnen für die Abgeordneten rückgängig gemacht wird, bestehe. Der Reichstagsführer Boefle erklärte, der betreffende Entwurf sei nur mit 52 gegen 50 Stimmen an-genommen worden und daher ein Zufallsvotum. Bei diesen Worten erhob sich die gesamte Linke und verlangte vom Präsidenten einen Ordnungsruf. Der Präsident erteilte diesen aber nicht, sondern hob die Sitzung auf. Nach einer halben Stunde wurde die Sitzung wieder aufgenommen; doch ließ die Linke den Abgeordneten Boefle nicht zu Worte kommen, so daß die Sitzung auf morgen verlagert werden mußte.

Wien, 14. Januar. (B. Z.) Unbekannte Thäter haben in der letzten Nacht in der hiesigen St. Michaels-Kirche ein Muttergottesbild seines Schmuckes im Werte von mehreren tausend Kronen beraubt.

Teischn, 14. Januar. (B. Z.) Der durch sein Duell mit dem ehemaligen alldeutschen Reichstags-Abgeordneten Wolf bekannt gewordene Professor Dr. Seidl wurde heute seines Leh-r-amtes an der landwirtschaftlichen Akademie in Teischn-Liebenwied entzogen.

Daugong, 14. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Im Tamschao-Kanal des Westflusses wurde heute von chinesischen Soldaten auf das englische Dampf-schiff „Manning“ gefeuert. Der als Passagier an Bord befindliche Geistliche des englischen Kriegsschiffes „Glor“ erhielt einen Schuß durch das Bein.

Reichstag.

117. Sitzung vom Dienstag, 14. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Zehr. v. Thielmann, v. Gohler, Kraetle.

Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Es könnte unbeschrieben erscheinen, daß ich es wage, zum zweitenmale in dieser Debatte das Wort zu ergreifen, ich bin aber schwer provoziert worden. Fürst Radziwiłł warf mir ein Abweichen von der objektiven Wahrheit vor. Einen Beweis für diese Behauptung hat er indessen nicht erbracht. Er hat überhaupt nur einen Punkt meiner Ausführungen angegriffen, die übrigen hat er nicht zu bemängeln vermocht. Aber auch diesen Punkt meiner Ausführungen über die deutschen und ruthenischen Volksschulen in Galizien, muß ich vollkommen aufrecht erhalten. Die deutschen Volksschulen, von denen Fürst Radziwiłł sprach, sind zum größten Teil Militärschulen, und die zahlreichen sog. ruthenischen Volksschulen sind utraquistische, das heißt polnisch-ruthenische Volksschulen mit polnischen Lehrern. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) — Ich komme nunmehr zu dem Fall Spahn zurück. Doch die Regierung zu ihrem Vorgehen berechtigt war, habe ich nicht bestritten, sondern anerkannt. Ich habe nur betont, daß bei der Auswahl der Professoren lediglich ihre wissenschaftliche Befähigung in Frage kommen sollte und ganz abgesehen sei von dem konfessionellen Bekenntnis. Die Ausführungen des Herrn von Köller standen also mit den meinigen durchaus nicht im Widerspruch. — Herr Köhler behauptete, ich hätte mich furchtbar ausgegibt über die Berufung eines Katholiken nach Straßburg. Diese Behauptung steht mit den Thatsachen direkt im Widerspruch. Herr Köhler hat sich auch auf die Bedeutung der Maximer für die Geschichtswissenschaft bezogen. Es ist auffallend, daß die Herren vom Centrum, wenn sie von Leistungen der Katholiken im Interesse der Wissenschaft sprechen, stets so weit in die Vergangenheit zurückgehen. (Sehr laut links.) Man könnte daraus schließen, daß sie aus der neueren Zeit keine Beispiele für das Eintreten des Katholicismus für die Wissenschaft kennen. (Lachen im Centrum.) Herr Köhler hat ja auf Herrn Veibel mit seinen Ausführungen großen Eindruck gemacht. Wir wissen aber alle, daß die Haupteigenschaft des Herrn Veibel die Leichtgläubigkeit ist. Indessen kann ich nicht umhin, die Kampfesweise des Herrn Köhler, mir Behauptungen zu unterstellen, die ich nie gemacht habe, als wenig höflich, wenig kollegial, ja nicht einmal als loyal zu bezeichnen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Bachem (C.):

Es ist charakteristisch, daß das von Herrn Rommsen erkundene Wort der Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft solchen Anklang gefunden hat. Es erinnert mich das an ein Verschen, das mir heute morgen in die Hände kam: „Gar mancher hält sich für ein kluges Haus und bleibt doch bis zu seinem Tode, er sagt, er setze nicht voraus, vorausgesetzt, daß dies jetzt Mode.“ (Sehr gut! im Centrum.) — Herr Sattler hat es auf, daß wir soweit zurückgehen, wenn wir von wissenschaftlichen Leistungen der Katholiken sprechen. Hat er damit etwa sagen wollen, daß wir für die neueste Zeit über keine derartigen Beispiele verfügen, so will ich ihn nur auf Popsi Leo XIII. verweisen, der auch konfessionell so weitläufig ist, daß er in dem Archiv im Vatikan eine ganze Anzahl protestantischer Gelehrter zugelassen hat. Auf dem historischen Gebiete sind auch die katholischen Gelehrten durchaus Anhänger der freien Forschung; anders liegt es natürlich in der Theologie. Bei Erträgen auf dieses Gebiet sind auch die katholischen Historiker selbstverständlich an die Lehren der katholischen Kirche gebunden. — Ich kann zum Schluß dieser Debatte konstatieren, daß in keiner Weise die Minderwertigkeit der katholischen Wissenschaft gegenüber der protestantischen nachgewiesen worden ist, wir müssen daher auch mit aller Entschiedenheit verlangen, daß die Zahl der katholischen Professoren auch numerisch der der protestantischen entspricht. (Lebhaftes Bravo! im Centrum.)

Abg. Wetterlé (E.):

Es giebt eine katholische Wissenschaft und wir erkennen daher durchaus die Berechtigung katholischer Professoren in überwiegend katholischen Gegenden an. Der Landesausdruck selbst hat die Anstellung zweier katholischer Professoren in Straßburg verlangt. Wir begrüßen die nunmehr erfolgte Ernennung des Herrn Spahn und hoffen, daß er die Erwartungen erfüllen wird, die auf ihn gestellt sind.

Abg. Dr. Schlumberger (lib.-nat.):

Zunächst kann ich erklären, daß die sämtlichen 15 Abgeordneten aus dem Einig einverstanden sind mit dem von der Regierung vorgelegten Postarif. — Die Verhältnisse an der Straßburger Universität sind allerdings keine geordneten, das hat aber gar nichts mit den konfessionellen Streitigkeiten zu thun, sondern hängt damit zusammen, daß an der Universität Straßburg ein andres Deutschum herrscht, als an den altdeutschen Universitäten. Viele junge Studenten, die dorthin kommen, fühlen sich nicht wohl. Hoffentlich wird in dieser Beziehung bald Abhilfe geschafft werden. — Im Lauf der Debatte sind die Artikel und Spindilate angegriffen worden. Ich muß konstatieren, daß das Kohlenyndikat sehr nachdrücklich zur minder schweren Empfindung der Krisis beigetragen hat. (Lachen links.) Ueberhaupt wirken die Syndikate sehr günstig auf die Stetigkeit der Preise ein, so sind z. B. die Petroleumpreise seit Vestecken der großen amerikanischen Petroleumtrusts viel coulanter geworden. — Herr Veibel hat sich über das langsame Tempo der Socialreform beschwert. Wir sind im Princip mit der Socialreform durchaus einverstanden, was ich aber nicht verstehe und was ich bekämpfen werde bis aufs äuerste, das ist die Ungeduld, (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) mit der man Forderungen auf diesem Gebiete erhebt. Sie (zu den Socialdemokraten) sprechen immer von einem Stillstand der Socialreform, aber Sie wissen ja gar nicht, was geschieht auf diesem Gebiete. Sie wissen ja gar nicht, was es heißt, die Unfallversicherungs-Vorarbeiten durchzuführen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Durch die Unfallgesetzgebung wird das deutsche Erwerbsleben mit einer Million täglich belastet. Wie vorfindig man mit der kleinsten Aenderung sein muß, dafür nur ein Beispiel. Sie haben die Bestimmung angenommen, daß Kinder von 14 bis 16 Jahren täglich nur 10 1/2 Stunden beschäftigt werden dürfen. Das klingt ja sehr schön und wird können dem durchaus beizustimmen. Es ist aber doch das Verrückteste, was Sie haben beschließen können. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Diejenigen, die Sie haben schlagen wollen, hat man jetzt in das Gland gestochen. Sie werfen die Kinder von der Fabrik auf die Straße und machen sie zu Summlern und Faulenzern. Sie können lachen, wie Sie wollen. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Die Eltern bitten uns, um Gottes willen, behaltet unre Kinder in der Fabrik, früher haben sie uns 1 bis 2 M. verdient, jetzt kosten sie uns noch Geld. — Ein weiteres Beispiel. Jetzt soll in allen Orten mit über 20 000 Einwohnern ein Gewerbegericht errichtet werden. Da haben Sie wieder einen großen Fehler begangen und Ihren Fremden den schlechtesten Dienst erwiesen. Unter hundert Fällen, welche vor das Gewerbegericht kommen, sind 80, die in Urtheilen hätten beseitigt werden können, wenn der Geschäftsführer seiner Aufgabe gewachsen ist. Wir wollen den Arbeitern ebenso helfen wie Sie, nur die Art ist verschieden. (Lachen v. d. Sociald.) Sie leisten nichts für den socialen, gesellschaftlichen Frieden. Trotz aller Angriffe auf die kapitalistische Gesellschaft ist sie noch die einzig erprobte, sie ruht

auf dem im menschlichen Herzen tief eingewurzeltten Instinkt des persönlichen Eigentums. Da können Sie sagen, was Sie wollen. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Einen dauernden Erfolg giebt es nicht für den Begriff von Klein und Klein, suchen Sie einen. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) — Noch ein Wort über unsere Finanzlage. Die Hauptlast ist heute die Schaffung von Finanzpöllen, das Postgesetz müßte noch mehr als Einnahmequelle für die Reichsfinanzen dienen. Dazu bietet der vorgelegte Tarif eine auechmbare Unterlage. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schrader (fr. Vg.):

Durch die bisherige Debatte ist die Affaire Spahn in keiner Weise geklärt oder gefördert worden. Die Anstellung von Professoren darf nur nach der Nichtigkeit erfolgen. Ich würde mich freuen, wenn nicht nur Katholiken, sondern auch Socialdemokraten auf Behauptungen berufen würden. Die Socialdemokraten wären dann am besten zu widerlegen, wenn sie ihre Anschauungen wissenschaftlich vorbringen. (Redner bleibt auf der Tribüne fast unverändert.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Vp.):

Im Fall Spahn stehe ich ganz auf dem Standpunkt meines Freundes Fernes. Wir verwerfen jeden Protektionismus und halten eine Berufung aus rein konfessionellen Gründen für ungerechtfertigt. Herr Veibel hat behauptet, ein byzantinisches Quack habe den Anlaß zu der Berufung abgegeben. Herr Bachem hat das bestritten. Aber die Dogenausgänge waren schon vorher veröffentlicht. Die Kernfrage ist die Konfession. Das hat die Rede des Herrn v. Köller erwiesen, besonders aber das laienliche Telegramm. Wo sollen unsere deutschen Universitäten hin kommen, wenn konfessionelle Grundzüge auch für die übrigen Fakultäten maßgebend werden sollen. Ich habe natürlich gar nichts gegen katholische Professoren. Niemand hätte etwas dagegen gehabt, wenn der Konkurrent des Herrn Spahn, der auch Katholik ist, zum Professor ernannt worden wäre. Die Professoren dürfen also erstens nicht angestellt werden, weil sie einer bestimmten Konfession angehören und zweitens müssen sie Männer der vorurteilslosen Wissenschaft sein. Das Wort vorurteilslos ist besser, als das von Rommsen gewählte Wort voraussetzungslos. Niemand kann aus bestimmten Voraussetzungen heraus. Mit der Hereinziehung des Dr. Huber ist Dr. Bachem ziemlich herein gefallen. Die Unterwerfungsklausel ist ohne Wissen der Wiener Akademie auf das Buch des Dr. Huber gesetzt worden. Der Fall der Unterwerfung ist übrigens nicht verzehelt. In der Straßburger Universität sind allein in den letzten zehn Jahren 2 Fälle vorgekommen. Die Kirche läßt der Wissenschaft nicht die notwendige Freiheit. Die Freiheit, die Herr Bachem meint, ist eine andre, als die ich meine und wie sie jeder Liberale meint. Der Fall Spahn kann die konfessionellen Gegenstände nur verschärfen. Genügt dem dem Centrum nicht der konfessionelle Tanglebter oder die konfessionelle Landratswahl, von denen in der letzten Zeit soviel in der Presse die Rede war, um die konfessionellen Gegenstände zu verschärfen? Herr Bachem beugt sich auf die Parität, weil die Universitäten staatliche Anstalten seien. Wir haben aber keine Staatsreligion, also können auch die Universitäten als staatliche Anstalten keine Staatsreligion haben. (Beifall links.)

Abg. Dr. Gradnauer (Soc.):

Die Reden des Reichskanzlers und des Kriegsministers vom Sonnabendmorgen veranlassen mich, hier das Wort zu nehmen. Alles andre will ich nicht berühren. Der Reichskanzler hat meinem Freunde Veibel vorgeworfen, er habe die deutschen Krieger von 1870 beleidigt. Er suchte damit gegen die Socialdemokratie Stimmung zu machen, wohl weil er Zweifel hat, ob seine answärtige Politik, sein Angriff auf Chamberlain und seine nachherige Abbitte einen für ihn günstigen Eindruck machen wird. Herr Stöder hat die Angriffe des Reichskanzlers dann noch vergrößert, indem er behauptet hat, Veibel habe die deutschen Soldaten von 1870 mit den chinesischen Vögeln in Vergleich gestellt. Ich weiß nicht, ob Herr Stöder einen Eid darauf leisten will, daß mein Freund Veibel so etwas wirklich gesagt hat. (Singer ruft: Stöder leistet jeden Eid.) Um die Stimmungsmache des Reichskanzlers aber ins rechte Licht zu setzen, muß ich die Thatsachen recapitulieren, und da ergibt sich, daß der Reichskanzler die deutschen Truppen eigentlich häßlich beurteilt hat als Veibel. Er hat ihnen belagertenwärtigen Ausstellungen vorgeworfen. Veibel hat nur gesagt, daß in jedem Kriege, mag die Heeresleitung auch die Absicht haben, human zu verfahren, Dinge vorkommen, die mit der Humanität nicht zu verendbaren sind. Unzweifelhaft sind auch im deutsch-französischen Kriege seitens der deutschen Heeresleitung Missethaten ergrißen worden, die mit dem damaligen Völkerrrecht, wie es sich im allgemeinen Volksgewissen niederschlugen hatte, nicht übereinstimmen. So z. B. wurden die losen französischen Gruppen, die von der französischen Regierung nicht anerkannt wurden, nicht als Kombattanten angesehen, sondern, soweit man ihrer habhaft werden konnte, erschossen. Wenn die Engländer heute in Transvaal nach diesem Grundsatz handeln würden, würden sie überhaupt keine Gefangenen machen. Man soll also nicht immer das Ausland anklagen und die Verhältnisse im eigenen Lande beschönigen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Chamberlain hat ja jetzt in seiner Erwiderung auf die neuliche Rede des Grafen Bülow erklärt, England sei stolz auf den Mut und die unerschütterliche Humanität seiner Truppen. Ich halte diese Erklärung für eine ungeheuerliche Heuchelei und Unwahrheit, aber genau so, wie hier Herr Chamberlain die Verhältnisse in England zu beschönigen sucht, — genau derselben Verneinung und Beschönigung klagen wir unsere eigene Regierung an. Der Herr Reichskanzler hat gesagt, in England könne es nicht geschehen, daß im Parlament oder im Lande überhaupt die eigene Armee angegriffen werde, wie wir es hier thun. Ich muß Ihnen über die Unkenntnis des Herrn Reichskanzlers über die Vorgänge im Ausland. Erst kürzlich ist in Frankreich die allerheftigste Kritik geübt worden an der Politik der Regierung gegenüber der Türkei. Und auch in England sind gegen die Politik der Regierung Anklagen erhoben worden von einer Schärfe, wie wir sie hier niemals erhoben haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Im Februar 1900 hat der irische Abgeordnete Healy geäußert, die Regierung fange an, gegenüber den Holländern jetzt dieselbe Hauptpolitik zu treiben wie gegen die Irländer. Er sagte: „Wißt Ihr, was Ihr thut, Ihr ignoriert das Dilemma des Allmächtigen. Es ist ein herrliches Schauspiel zu sehen, wie hier ein großes protestantisches Volk ein kleines protestantisches Volk beschuldigt, während Eure Missionare bei den Schwarzen andrufen, wie lieb sich die Menschen haben. Aber Ihr glaubt nicht, daß Gott immer englisch bleiben wird.“ (Rum! rechts: Das ist ein Tre.) Sie rufen mir zu, das ist kein Engländer; nur aus der früheren Kriegsminister im liberalen Kabinett, Herr Campbell-Bannerman, hat eine scharfe Kritik an der Politik der Regierung geübt. Er meinte: „Wenn man uns etwas sagen wollte, daß jetzt nicht die Zeit richtig gewählt sei, um unsere Kritik zu üben, wir mögen unre, wenn auch berechtigten Bedenken erst nach Beendigung des Krieges geltend machen, so muß ich eine solche Behauptung zurückweisen. Gerade der gegenwärtige Moment ist geeignet, eine wirkungsvolle Kritik zu üben.“ Also selbst höchst angesehene Mitglieder des Unterhauses haben eine Kritik geübt, die der englischen Regierung im höchsten Maße peinlich war.

Woher haben Sie denn überhaupt das Anlagematerial, auf Grund dessen Sie vorgehen? Fast ausschließlich aus englischen Quellen. Mit Hobhouse ist in Sibafela in die Konzentrationslager gegangen und hat dann in Vorträgen und in den schärfsten Anklagen gegen die englische Kriegsführung erhoben. Aus dieser Quelle schöpfen Sie Ihr Material. In England haben wir also wenigstens, daß die Angehörigen der Bourgeoisie auch bereit sind, gegen die englische Kriegsverwaltung für Humanität auch im Kriege einzutreten. Leider sehen wir nicht, daß bei uns selbst liberale Kreise, von denen doch eine große Anzahl Mitglieder der Friedensgesellschaften sind, gegen die Verrohung und Verwilderung der Kriegesitten sich wenden, trotz aller Ueberschreitungen des Völkerrrechts in China, die festgestellt sind. Noch einen kurzen Augenblick möchte ich bei dem Kriege 1870/71 verweilen. Die hohe Ehre muß ich doch der damaligen deutschen Kriegsführung zuerkennen, daß sie mit früheren Kriegsgewohnheiten gebrochen und darauf verzichtet hat, Kunststücke und Gegenstände der Kunst und Wissenschaft aus dem fremden Lande mit fortzuführen. Neuerdings aber sind wir in China wieder in barbarische Sitten verfallen. Der Herr Kriegsminister hat uns Auskunft über die Pekinger astronomischen Instrumente erteilt, die heute im Park von Sanssouci stehen. Als die Talisurs erstarrt waren, warnte der General von Vessel die deutschen Truppen vor Plünderung und sagte: Es soll dereinst heißen, es gab ein Volk, das mit leeren, aber mit reinen Händen zurückgekehrt ist, und dieses Volk waren die Deutschen. Nun, wir sind nicht mit leeren und nicht mit reinen Händen aus China zurückgekommen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Der Kriegsminister hat gesagt, es sei ihm zweifelhaft, ob man recht gehandelt habe, als man die amtliche Beschlagnahme dieser Instrumente verhängte, das ist eine recht merkwürdige Ausdrucksweise. Ein so hoher Militär, wie der Kriegsminister, macht doch auf militärische Gradheit und Tapferkeit besonderen Anspruch. Seine Neugierigkeit läßt aber militärische Gradheit sehr vermissen. Zweifelhaft nennt er etwas, wo überhaupt gar kein Zweifel möglich sein sollte. (Lebhaftes Zustimmung bei den Socialdem.) Der Artikel 56 der Haager Konvention sagt ausdrücklich, daß jede absichtliche Zerstörung oder Entwertung von geschichtlichen Gegenständen und von Gegenständen von Kunst und Wissenschaft verboten ist. Wozu haben Sie denn eigentlich im Haag Ihre Unterschrift gegeben? Um sie nicht zu halten? (Sehr laut! bei den Socialdemokraten.) Kurze Zeit vorher waren die Haager Bestimmungen erst getroffen, um so ungeheuerlicher ist es, daß die Militärverwaltung diese Dinge vergessen konnte! Auch sonst ist die Erklärung des Kriegsministers erstaunlich. Er sagt, es hätte eine Beschlagnahme stattgefunden. Das steht aber im Widerspruch zu den Thatsachen. Beschlagnahme Gegenstände dienen doch dazu, daß sie beim Friedensschluß bei der Kriegskostenberechnung in Anrechnung gebracht werden. Das ist hier aber gar nicht zu Tage getreten. Bevor auch nur an Friedensverhandlungen gedacht wurde, sind die Instrumente in Taku verladen und nach Potsdam gebracht worden. Am selben die öffentliche Kritik in Deutschland an. Aber auch da hat man lange auf eine Erklärung warten müssen. Endlich hatte man sich besonnen und sagte, es sei eine Beschlagnahme und keine Plünderung und kein Raub. Der Kriegsminister sagt weiter: Wir haben, als wir von der Angelegenheit vernahmen, die Instrumente der chinesischen Regierung zur Verfügung gestellt. Eine recht wunderbare Aeußerung. Als die Instrumente noch verladen waren, hat die deutsche Presse die Angelegenheit bereits zur Sprache gebracht. Und davon hat die deutsche Regierung nichts gehört und ließ die Sache laufen, bis die Instrumente im Park von Sanssouci standen. Es handelt sich hier um ein völkerrechtswidriges Verhalten. Es ist die Aufgabe der Regierung, das begangene Unrecht zu sühnen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie hat die Verpflichtung, die Instrumente auf eigene Kosten wieder nach China zu schaffen. Wenn die Regierung das nicht zusage, dann werden meine Parteigenossen dem Reichstage bei der zweiten Etatsberatung eine Resolution unterbreiten, in der beantragt wird, die unrechtmäßig fortgeführten Gegenstände an China zurückzugeben. Nachdem erscheinen das alles Kleinigkeiten, weil sie die Chinesen für eine untergeordnete Rasse halten. Aber auch China hat die Beschlüsse der Haager Konferenz unterzeichnet, und was die Hauptsache ist: Wir sind uns das selbst schuldig! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Ich muß mich nun noch mit den Hunnenbriefen beschäftigen. Der Kriegsminister sagte, sie sind entweder unwahr oder bestellte Arbeit gewesen. Ich muß dagegen protestieren, daß wir mit der Veröffentlichung der Briefe die deutschen Krieger in China in ihrer Gesamtheit oder gar das deutsche Volk beleidigt haben. Der Minister hat uns von der Schweizer Hunnenbrieffabrik erzählt. Ich konstatiere, kein einziger dieser Spindelbriefe ist veröffentlicht worden. Der Minister sagt, die Adressen sind verloren gegangen. Die Adressen sind aber doch das einzige Wertvolle und Hohe. Der Abender konnte nicht aufgefunden werden, aber die Adressaten müßten doch gefast werden können. Warum sind die Adressen verloren gegangen, wie sind sie verloren gegangen? Der Kriegsminister hat uns von dem Flugblatt gegen Veibel erzählt. Uns war es völlig unbekannt. Verfast ist es aber von dem berühmtesten Volkspolizist Normann-Schumann. Dieser Normann-Schumann ist doch aus allen Ministerien wohl bekannt, der Kriegsminister allein scheint ihn nicht zu kennen. Dieser Spindel, der in ausländischen Blättern die schwersten Majestätsbeleidigungen benagelt hat; er hat die besten Beziehungen zu allen Behörden. Obwohl sehr brieflich verfolgt, soll er häufig in Berlin gesehen worden sein. Gewiß hat er bei einem solchen heimlichen Besuche der Polizei sein Flugblatt gegeben und von ihr hat der Kriegsminister es erhalten. Normann-Schumann ist eine so niedrig stehende Persönlichkeit, daß es eine starke Zumutung des Kriegsministers an Veibel war, er möge diesen Menschen unter Mägen stellen. Normann-Schumann ist ein notorischer Lump, wenn er auch Agent der Berliner Polizei war. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Die Hunnenbriefe der Schweizer Fabrik scheiden aus, sie sind nirgends veröffentlicht. Die andern sollen nicht wahr sein, weil ein Soldat, um sich vor Schaden zu bewahren, den Inhalt seines Briefes abgeklungen hat. Das soll ein Beweis für die Unachtbarkeit der Briefe sein! Der einzige Brief, dessen Inhalt zum Gegenstand eines Beweisverfahrens gemacht worden ist, hat sich durchaus als wahr herausgestellt. Es ist derselbe Brief, durch den das Hauptmann v. Feilichs Missethaten bekannt geworden sind. Der betreffende Soldat war übrigens sehr gefährdet. Weil man glaubte, er habe über Feilichs die Unwahrheit geschrieben, siedete man ihn ins Gefängnis und er mußte acht Tage sitzen, bis alles als wahr erwiesen wurde. Dann wurde Feilichs angeklagt. (Wohl! links.) Das Verfahren, wie hier der Kriegsminister den Fall Feilichs behandelt hat, war sehr betrübend. Eine solche Art, Mißhandlungen zu mißbilligen, nennt man eine Beschönigung. Kein Wunder, daß die Dinge bei uns nicht besser werden. Die in socialdemokratischen Blättern veröffentlichten Hunnenbriefe waren fast alle aus bürgerlichen Blättern entnommen. Man hat aber nicht gehört, daß die „Kölnische Zeitung“ oder die „Frankfurter Zeitung“ angeklagt worden wären. Nachdem man sich nicht mehr anders helfen konnte, hat man gegen einige socialdemokratische Blätter gefast, und einige socialdemokratische Redacteurs sind bestraft worden. Der Kriegs-

minister sagte, er habe der Wahrheit auf den Grund gehen wollen. War das seine Absicht, so ist er von den Gerichten schmächtig im Stich gelassen worden. Besonders die Berliner Strafkammer hat in sehr unfreundlicher Weise die Absicht des Kriegsministers durchkreuzt (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr von Söfler meinte, nicht der Schein eines Beweises sei für die Wahrheit des Inhalts der Humenbriefe erbracht. Weß er denn nicht, daß die Gerichte jeden Beweis der Wahrheit abgeschnitten haben? Das Berliner Gericht sagte, in den Briefen seien keine Tatsachen, sondern nur Urteile enthalten. Es stünde nicht da, wer und der habe geplündert und geschändet, sondern „man“ habe geplündert und geschändet. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Das schlägt doch aber aller Logik ins Gesicht. Weß hätte sich nicht alles beweisen lassen, was in den Briefen stand. Manches mag Remontrage gewesen sein, im wesentlichen aber war der Inhalt der Briefe richtig und wir haben sie veröffentlicht, um den Mißständen abzuhelfen.

Ein zweites Mal, wo über eine Mitteilung aus China Beweis erhoben wurde, hat sich ebenfalls die Berechtigung unserer Aussagen erwiesen. Es ist die Mitteilung, daß der Major von Kettler 22 Vögel auf das Zeugnis eines Knaben habe niederschießen lassen und zwar nach einem recht summarischen Verfahren. Ich gebe zu, daß bis zu einem gewissen Grade die Angelegenheit anders liegt, als wie sie im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist; aber alles, was Herr v. Kettler als Zeuge unter seinem Eide ausgesagt hat, bestätigt vollumfänglich die Aussagen, die wir gegen die Kriegsgewalt in China erhoben haben. Er erzählt: Wir sind in ein Dorf gekommen, in dem noch Auszüge der Missionare früher chinesische Christen erordnet waren. Die Einwohner des Dorfs wurden auf dem Marktplatz versammelt und nun mußten zwei christliche Chinesen, die Zeugen jener Ermordung gewesen sein wollten, diejenigen Einwohner bezeichnen, die dabei beteiligt gewesen waren. Als man ihnen sagte, sie müßten es ganz genau nehmen mit ihrer Aussage, haben sie dann noch einige der schon bezeichneten wieder angemerkt. Die von ihnen als Teilnehmer an der Ermordung bezeichneten wurden hierauf auf Befehl des Majors v. Kettler ohne weiteres erschossen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich will zugeben, daß Herr v. Kettler geglaubt hat, unter den dortigen Verhältnissen nicht anders handeln zu können, aber objektiv war dies Verfahren ein absolut unethisches. Die als Mörder bezeichneten Chinesen hätten gefangen genommen und im geordneten Verfahren abgeurteilt werden müssen. Hier haben sich die Angeklagten gar nicht verantworten können, es bestanden keinerlei Akten über diese Vorgänge. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten) und es ist zweifellos, daß bei einem solchen Verfahren auch Unschuldige haben leiden müssen. Das richtigste wäre gewesen, wenn man die als schuldig bezeichneten Chinesen der chinesischen Obrigkeit zur Aburteilung übergeben hätte. Als vor kurzem ein Deutscher in die Hände einer chinesischen Mäurerbande fiel, wurden die beteiligten chinesischen Mörder auf Veranlassung der chinesischen Behörden hingerichtet. Das war ein regelrechtes Verfahren. Wir unsrerseits dürfen aber nicht so vorgehen, das ist völkerrechtswidrig. So erklärt es sich, allein, daß Gefangene nicht gemacht worden sind. Gegenüber diesem Verhalten ist das Verfahren der Engländer in Transvaal noch fast human zu nennen. Wir haben uns die Konzentrationlager erspart.

Der Reichskanzler hat meinem Parteigenossen Bebel gegenüber gesagt: Wenn Sie damals Minister gewesen wären, als Herr v. Kettler ermordet wurde, hätten Sie auch nicht anders handeln können, als ich? Mit demselben Rechte könnte Herr Chamberlain sagen: Verehrter Herr Kollege Bülow, wenn Sie in England in meiner Lage gewesen wären, hätten Sie wahrscheinlich auch nichts anderes thun können, als was ich getan habe. Glaubt aber Graf Bülow jetzt, nachdem er die Dinge in China erlebt hat, daß er noch einmal dieselben Maßnahmen, von der Forderung von Kautschou an für nötig halten würde, die er bisher ergriffen hat? Wir trauen es allerdings der „vernünftigen Weltpolitik“ des Grafen Bülow zu, daß er dieselben Fehler nochmals machen würde, aber es giebt große Kreise in Deutschland, die nichts mehr mit diesen Dingen zu thun haben wollen, die ganze chinesische Expedition für in jeder Hinsicht verfehlt halten. Der Reichskanzler sagte, Bebel hätte kein Recht, über Weltpolitik zu urteilen. Meine Parteigenossen sind durchaus nicht gegen eine Weltpolitik, nur gegen die, die der Herr Reichskanzler für vernünftig hält, die wir aber für äußerst unvernünftig halten. Der Herr Reichskanzler meinte, wenn Europäer mit dem orientalischen Volk zusammenstoßen, dann giebt es immer ein reinigendes Gewitter. Ich möchte diesen fatalistischen Standpunkt nicht teilen. Wir haben es hier nicht mit Naturereignissen zu thun, sondern mit Menschen, und da müssen die Pflichten der Humanität gewahrt werden. Unsere Politik und Kriegsverwaltung hat das Verständnis für das chinesische Volk, das ein Kulturvolk war und heute noch ist, gefehlt. Ich kann den Reichskanzler versichern, falls Bebel einmal an seiner Stelle stehen sollte, dann würde er allerdings nicht eine derartige Politik führen, wie sie mit Notwendigkeit zur Ermordung unsres Gesandten geführt hat. Der Reichskanzler hat gestern im Abgeordnetenhaus gesagt: In nationalen Dingen verstehe ich keinen Spatz. Wir halten es für die erste nationale Pflicht, Ehre und Humanität zu wahren; in Sachen der Wahrheit und Menschlichkeit versteht die Sozialdemokratie keinen Spatz! (Beifolger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Dr. Stockmann (Rp.):

Je öfter die Herren Sozialdemokraten ihre Ansichten über die Kriegführung in China hier kundzugeben für nötig halten, desto mehr werden sie es verhindern, daß weite Kreise im Volke, die die Ehre unsres Heeres hochhalten, ihren Anschauungen zugänglich werden. (Abgeordneter Stadthagen.) Die Wahrheit muß überall liegen! — Wir alle haben es mit Recht für nötig gehalten, die Äußerung des englischen Ministers Chamberlain gegen die Haltung unsrer Soldaten im deutsch-französischen Krieg mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen, ich hoffe aber, daß diese ganze Affaire keinen Anlaß zu kriegerischen Verwickelungen mit England giebt. Speziell wäre es nicht nötig gewesen, daß sich die Kriegervereine, besonders ihre Vorstände, an der Boerenbewegung in Deutschland beteiligt hätten.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Auf die erregte Debatte der letzten Stunde will ich nicht eingehen, aber ich kann die Kritik nicht unbeachtet lassen, die Herr Schlumberger an unsrer sozialpolitischen Gesetzgebung geübt hat. Er hat gemeint, wir dürften hoffen, daß in der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht das namentlich von der sozialdemokratischen Partei geforderte Tempo gewählt werden würde, das nicht eingehalten werden könne, wenn die Gesetze nicht bloß auf dem Papier stehen sollten. Wenigstens ich mit dieser seiner Auffassung einverstanden bin, so muß ich doch Einspruch gegen die Kritik einlegen, die Herr Schlumberger an denjenigen Bestimmungen der Gewerbeordnung geübt hat, die zum Schutze jugendlicher Personen in Gewerbebetrieben bestimmt sind. Herr Schlumberger hielt diese Rede in einem Augenblick, wo der vom Kaiser vollzogene Gesetzentwurf über die gewerbliche Kinderarbeit vorgelegt werden soll. Herr Schlumberger hat behauptet, daß die Bestimmungen zum Schutze jugendlicher Personen auf Drängen der Sozialdemokraten in die Gewerbeordnung gekommen seien. Aber diese Bestimmungen befanden sich bereits in der Gewerbeordnung von 1869, als die Sozialdemokratie noch eine so kleine Partei hier war, daß sie gar nicht in Betracht kam. Diese Bestimmungen wurden seiner Zeit mit großer Mehrheit von den bürgerlichen Parteien beschlossen, und ich nehme an, daß sie auch jetzt noch vollen Nachhall bei den bürgerlichen Parteien finden. 1869 wurde ein Antrag gestellt, die Altersgrenze für

Kinder, die in gewerblichen Betrieben beschäftigt werden dürfen, von 12 auf 14 Jahre zu erhöhen. Der Antrag trug die Unterschriften der Herren Wagner und Schweiger. Herr Wagner war ein konservativer Mann, Herr Schweiger ein sozialdemokratisches Mitglied des Hauses. Wir halten es für eine Pflicht des Staates, dafür zu sorgen, daß Kinder und jugendliche Personen nicht in derartiger Weise gewerblich gemißbraucht werden, daß sie körperlich, geistig und sittlich Schaden leiden. Die verbündeten Regierungen sind entschlossen, diese Sozialpolitik in ruhigem Tempo fortzusetzen und hoffen dabei auf die Unterstützung des hohen Hauses. (Bravo! rechts und im Centrum.)

Hg. Liebermann von Sonnenberg (Antif.):

Die Kriegervereine bestehen nicht aus abhängigen Beamten, sie hatten volles Recht, sich an der Boerenbewegung zu beteiligen. Deshalb brauchte sich der Vorstand der Kriegervereine noch nicht an die Spitze der Bewegung zu stellen. Und selbst, wenn dies geschehen wäre, würden wir darum noch nicht in einen Krieg mit England verwickelt worden sein. Herr Hasse hat gemeint, ich hätte eine gute Sache verdrorben, weil ich dem Reichskanzler Gelegenheit gegeben hätte, seine erste gute Rede gegen Chamberlain abzuschwächen. Sachlich ist das falsch, denn die Erregung gegen den Reichskanzler in England ist nach seiner zweiten Rede nicht geringer geworden. Dann empfinde ich das Verhalten des Herrn Hasse mir gegenüber auch nicht sehr kameradschaftlich. Wir gehören beide dem alldentschen Verbands an, Herr Hasse sollte als Vorsitzender wissen, daß weite Kreise des Verbandes meine Anschauungen in der Chamberlainfrage teilen. Vielleicht erklärt sich dieser Mangel an Kameradschaftlichkeit bei Herrn Hasse daraus, daß er nach mir zu Wort gekommen ist. (Heiterkeit.) Aber ich kann doch nicht dafür, daß er in nationalen Dingen in seiner Partei so spät zum Wort kommt. (Heiterkeit.) Redner bestreitet, daß er bei seiner Äußerung über Chamberlain entgleist sei. Er habe sich seine Worte vorher genau überlegt. Wie allgemeine Zustimmung er gefunden, gehe daraus hervor, daß er am Tage nach seiner Rede 311 Depechen und Briefe auf seinem Plage vorgefunden habe. — Der Kernpunkt meiner Ausführungen war: Ist es richtig, daß die Regierung Krupp gestattet hat, Kanonen nach England, aber nicht nach dem Oranje-Freistaat zu liefern? Ich konstatiere, daß diese einfache Frage nicht beantwortet worden ist. Was den Reichskanzler betrifft, so weiß ich, daß verwandtschaftliche Verhältnisse der Rüstung auf die Politik keinen Einfluß haben. Wenn heute ein Kalif von Bagdad wieder einmal im Volke herumginge, er würde hören, wie empört man im Volke über gewisse Dinge ist. Der Reichskanzler hätte hier am ersten Tage im Reichstag mit seinem ganzen Stabe erscheinen müssen und seine Rede gegen Chamberlain halten müssen. Das ist leider nicht geschehen und deshalb mußte ich wie die Landwehrleute mit dem Kolben dreinschlagen. Ich konnte mit der parlamentarischen Ordnung nicht auskommen und mußte so starke Ausdrücke gebrauchen.

Staatssekretär Hg. v. Richthofen bestritt, daß die Firma Krupp ermächtigt oder nicht ermächtigt worden sei, nach England zu liefern.

Hg. Fürst von Radziwill (Pole) polemisiert gegen den Abgeordneten Dr. Sattler in der Frage der rhusenischen Volksschulen in Galizien.

Hg. Lenzmann (fr. P.):

Die Chamberlain-Affaire ist die Krönung nicht wert, die sie verursacht hat. Wir sind einzig darüber, daß die Äußerungen Chamberlains jedes Graus von Berechtigung entbehren. — Ich habe mich zum Worte gemeldet, um mich gegen die Äußerung zu wenden, mit denen mein spezieller Landmann, Herr Abg. Dr. Stockmann, meine Partei, speziell einen Führer meiner Partei, Herrn Dr. Müller-Sagan, verunglimpft hat. Die Äußerung, um die es sich handelt, ist zudem auch schon zuwiderholten Malen hier richtig gestellt worden. Wir machen es den Kriegervereinen nur zum Vorwurf, daß sie auf Kommando Patriotismus treiben und auf Kommando Patriotismus unterlassen und geben ihnen Unrecht, wenn sie sich in Politik einmischen und Leute anderer politischer Gesinnung ausschließen wollen, die ebenso patriotisch sind, wie alle andern. In einem Falle wurde ein Parteigenosse von mir weil er einmal eine sozialdemokratische Versammlung besucht hatte von einem Polizeibeamten als Sozialdemokrat verhaftet und aus dem Kriegerverein ausgeschlossen. Mein Freund Müller-Sagan hat nicht alle Kriegervereine kriegerische Vereine genannt, sondern nur gesagt, daß auf einzelne Vereine dieser Name zuträfe.

Hg. Schlumberger (Hsp. der Nationalliberalen.) Ich bin offenbar mißverstanden worden. Ich halte das Gesetz und seine Absicht für gut, aber die Handhabung und die Folgen des Gesetzes sind nicht. Weiter habe ich nichts sagen wollen.

Hg. Dr. Stockmann (Rp.). Ich konstatiere, daß vor drei Jahren beim Poketakt der Abg. Müller-Sagan gesagt hat: die Kriegervereine oder wie man sie besser nennen sollte kriegerische Vereine. (Widerpruch bei den Freisinnigen.) Erst später hat Dr. Müller die Äußerung einwärts wollen und nur vereinzelte Vereine als kriegerische bezeichnet. Sozialdemokraten können nicht Mitglieder von Kriegervereinen sein, bei den Freisinnigen ist das etwas anders. Ihnen habe ich das Mitgliedsrecht noch nicht bestritten.

Hiermit schließt die Diskussion. Der Etat wird zum Teil der Budgetkommission überwiesen. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Interpellationen Arendt, Albrecht und Orsola.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

In der Angelegenheit der „Erfurter Tribüne“ liegt heute eine längere Erklärung des Vorsitzenden der Preßkommission, Genossen Henz, vor, die wir nicht unerwähnt lassen können. Genosse Henz schildert darin die Vorgänge bei der Anstellung Grunwalds. Danach hat bei der ersten Anwesenheit Grunwalds in Erfurt vor Abschluß des Engagements eine Verhandlung zwischen Henz und Grunwald stattgefunden zu dem beiderseitig ausgesprochenen Zwecke, eine Verständigung über die Anstellungsbedingungen herbeizuführen. In dieser Verhandlung, die den Zweck der Anwesenheit Grunwalds in Erfurt bildete, habe Henz an Grunwald die Frage gestellt, ob er sich verpflichte, in seiner Stellung keine Kandidatur anzunehmen. Diese Frage habe Grunwald mit Ja beantwortet. Die Richtigkeit dieser Darstellung wird überdies von dem Geschäftsführer der „Tribüne“, Genossen Lenzmann, der bei der Verhandlung zugegen war, ausdrücklich bestätigt. Henz fährt dann weiter aus, daß danach erst eine abermalige Sitzung der Preßkommission stattgefunden habe. In dieser wurden die Vereinbarungen mit Grunwald anerkannt und dann erst das Engagement vollzogen.

Henz legt dann noch dar, daß es die Preßkommission auf Grund früherer Erfahrungen für ihre Pflicht gehalten habe, Grunwald eine solche Bedingung zu stellen, um zu verhindern, daß die „Tribüne“ während des Wahlkampfes versage. Der „Tribüne“ bedürfen die 8 in Frage kommenden thüringischen Wahlkreise unbedingt als Agitationswaffe im Wahlkampf und wenn der erste Redacteur in dieser Zeit als Agitator in einen Wahlkreis gehen müßte, so würde das Blatt schwer darunter leiden. Die von Grunwald in diesem Punkte gemachten Versprechungen böten keine Garantie für Vermeidung dieser Gefahr.

Grunwald erwidert darauf nur, daß die Darstellung Henz' Entstellungen und Verdrehungen enthalte. Im übrigen hält er an seiner Behauptung fest, daß die Versprechung über die Kandidatur erst nach dem Engagement stattgefunden habe und daß er nur nebenbei bemerkt habe, er denke vorläufig nicht daran, eine Kandidatur anzunehmen.

Zum Falle Opificius lesen wir in unsrem Karlsruher Parteiblatt:

„Der Genosse Opificius erklärt uns, daß der Schlußtag der Korrespondenz des Forstheimer Reichstages des Vob. Landesboten“, der die Behauptung ausstieß, Genosse Opificius habe schriftlich anerkannt, in den nächsten fünf Jahren irgend welches Amt in der Partei nicht anzunehmen oder sonst für sie zu

wirken, der freien Erfindungsgabe des Reporters entflammt. Ein derartiges oder ähnliches Anstimon ist an den Genossen Opificius niemals gestellt worden. Da die ganze Angelegenheit noch nicht abgeschlossen ist und es im Interesse des Genossen Opificius liegt, daß Entstellungen, Verdrehungen oder unbewußt, nicht durch die Zeitungen gehen, geben wir dieser Richtigstellung Raum.“

Eine zweifelsfreie Darstellung des Sachverhalts, die anßerdem auch den Tenor des gegen Opificius ergangenen Urteils genau mitteilt, wäre sehr erwünscht, um alle unrichtigen Deutungen auszuschießen.

Reichstags-Kandidatur. Als Kandidat für den Wahlkreis Dortmund-Hörde schlagen die Vertrauensmänner des Kreises den Genossen Böme Iburg aus Hamburg vor.

Ein festes Rückgrat bewies die Gemeindevertretung in Bant (Odenburg). Genosse Hug war von ihr zum Beigeordneten gewählt, vom Ministerium aber nicht bestätigt worden. Darauf wurde er jetzt einstimmig wiedergewählt. Mit Sicherheit ist zu erwarten, daß die Wahl Hugs auch jetzt nicht bestätigt wird, doch will der Gemeinderat darum auch ferner auf seinem Standpunkt beharren, weil er die Nichtbestätigung als eine durch nichts gerechtfertigte Verletzung des Rechts der Selbstverwaltung betrachtet. Er will bei jeder Neuwahl bezw. Wiederwahl Hugs denselben auch wieder zum Beigeordneten wählen, nach der Nichtbestätigung aber an seiner Stelle keine Wahl vornehmen, also streifen. In ein und derselben Amtsperiode verbietet es das Gesetz, ihn wieder zu wählen.

Ein ostindischer Wahlfonds der niederländischen Sozialdemokratie. Die sachverständigen Darlegungen, die Genosse Van Kol vor kurzem in der Zweiten Kammer über das sozialdemokratische Kolonialprogramm machte, haben in den Kolonien große Sympathien erweckt. Der in Batavia erscheinende „Java-Bode“ brachte kürzlich ein Eingeladent, worin zur Gründung eines Wahlfonds für solche Kandidaten, die das Kolonialprogramm der sozialdemokratischen Partei unterstützen, aufgefordert wird. Der Einsender selbst spendet sofort 50 Gulden für diesen Zweck. Van Kol wird der populärste Mann in Indien genannt. Indien, folgt der Einsender, hätte an die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei eine Ehrenschuld abzutragen. Dem Genossen Van Kol sollen die zu sammelnden Gelder bei seiner Ankunft in Indien für die Parteikasse überwiesen werden. Die Redaktion des „Java-Bode“ erklärt sich bereit, für diesen Zweck Geld in Empfang zu nehmen, obgleich sie nicht das ganze Programm der sozialdemokratischen Partei anerkennt.

Von der „Arbeiterstimme“, Centralorgan des „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland“, ist die Nr. 25 als Jubiläumsummer erschienen. Das bemerkenswerte Blatt hat folgenden Inhalt:

Die freie und die geknechtete Presse. Ein Traum (Gedicht). Die Parias unter den Proletariern (von Karl Knauth). Zur Geschichte der Entwicklung der jüdischen illegalen politischen Presse in Rußland. Ich hab' ihn geleht (Gedicht). Die „Arbeiterstimme“ und die jüdische Arbeiterbewegung in Rußland. Die „Jüdische Unabhängige Arbeiterpartei“. Geheimes Rundschreiben eines jüdischen Kapitalisten an die jüdischen Fabrikanten in Danaburg. Aus Sibirien: Manifest eines neugegründeten „Sozialdemokratischen Bundes in Sibirien“. Brief einer Gruppe politischer Verbannten an die revolutionären Organisationen in Rußland. Gefängnisorturen politischer Verbannten in Sibirien. Geheimes Rundschreiben des Ministers der Volksaufklärung. Die neuesten Erscheinungen in unsrer revolutionären Bewegung. Die Arbeiterbewegung in Kishinew. Chronik der Arbeiterbewegung. Von der Redaktion (gewidmet den Lesern und den Schriftsetzern in den geheimen Druckereien des „Bundes“). Massenbericht des zentralen Komitees. Feuilleton: „In futurum Recht“. Gratulationsbriefe aus Anlaß der 25. Nummer der „Arbeiterstimme“ von August Bebel, Paul Singer, J. Quesada, G. Bailant, von der Hauptadministration der Sozialdemokratie in Polen und Litauen, von der Lettischen sozialdemokratischen Organisation in Riga, vom „Bunde russischer Sozialdemokraten im Auslande“, vom Petersburger Komitee, von der Redaktion des „Jüdischen Arbeiter“, vom Odessaer Komitee, von der sozialdemokratischen Organisation in Kishinew, vom Central-Komitee der Arbeiter, von einer Konferenz der jüdischen Arbeiter, von fünf ausländischen sozialdemokratischen Gruppen; von einer Arbeiterversammlung in Witebsk, von allen Ortskomitees und Redaktionen des „Bundes“.

Gedruckt in einer Geheimschreiberei des Bundes in Rußland. 88 Seiten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Kasernenhofen vor Gericht.

Ein Prozeß gegen das „Halle'sche Volksblatt“, dessen Ausgabe ziemlich überraschend ist, fand am Montag vor der dortigen Strafkammer statt. Angeklagt war der Redacteur Genosse Ernst Dänmig, der in einem im November v. J. veröffentlichten Artikel den Ober-Polizei-Inspektor Weßmann beleidigt haben sollte. In einem Anfang November vor der Strafkammer verhandelten Beleidigungsprozeß gegen den früheren Polizisten Schöning, hatte letzterer sich über die Behandlung durch den Oberinspektor Weßmann beklagt und dabei zu seiner Beleidigung ausgeführt, Herr Weßmann habe sich einmal so weit vergessen, gelegentlich eines Appells zu den Polizisten zu sagen, er wolle sie schleifen, daß ihnen... (Die Fortsetzung ist nicht druckfähig.) Diese in einem Gerichtsbericht mitgeteilte Äußerung blieb unwiderrprochen, worauf acht Tage später im „Volksblatt“ unter der Spitzmarke „Die Halle'sche Polizei“ ein Artikel erschien, in dem an der Äußerung Weßmanns eine abfällige Kritik geübt wurde. Herr Weßmann, der jetzt als Zeuge auftrat, konnte die Äußerung nicht in Abrede stellen und verurteilte sie damit zu entschuldigen, daß sie vielleicht im Jahre 1892 gefallen war, als er von Berlin nach Halle gekommen und hier eine total verlobbete Polizei vorgefunden habe. Kurz zuvor habe er als Reserve-Offizier Übungen mitgemacht und da habe er in der Erregung, als ihm der Kasernenhofen noch anhaftete, über Pflichtwidrigkeiten seiner Untergebenen, die allerdings nicht gewählte, aber erklärliche Redensart in der Form, wie sie angebenet ist, geübt.

Der Staatsanwalt hielt, worauf der Verteidiger des Genossen Dänmig aufmerksam machte, eine Verteidigungssede für Herrn Weßmann. Die Weßmannsche Äußerung sei allerdings „nicht zu loben“, meinte der Ankläger, aber die Kritik des „Volksblatts“ sei doch „zu frivol“, weshalb eine Gefängnisstrafe von drei Monaten zu beantragen sei. Das Gericht erklärte auf 300 M. Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis.

Aus Industrie und Handel.

Die Lage des Arbeitsmarktes. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen Deutschlands war der Andrang im Dezember so stark, daß auf 100 offene Stellen 240,6 Arbeitssuchende kamen, gegen 179,9 im Vorjahre. Dabei ist der wirtschaftliche Druck, der auf Deutschland lastet, nicht etwa so stark, daß das Fest nicht einen Mehrbedarf an Arbeitskräften hervorgerufen hätte; in den Großstädten hatten Vozare, Warenhäuser, Spezialgeschäfte im großen und ganzen dieselbe Beschäftigung an Verkäufern, Bedienern, Aufsehern usw. wie im Vorjahre, aber der Mehrbedarf im Transport- und Handelsgewerbe reichte nicht aus, um den Mehrbedarf an Arbeitskräften, der fortgesetzt aus der Industrie der Metalle und Maschinen sowie den anderen notleidenden Erwerbszweigen herbeizurufen, aufzunehmen.

Auch in der Mitgliederzahl der Krankenkassen spiegelt sich die schlechte Lage des Arbeitsmarktes wieder. Schon im Vorjahre zeigten die Krankenkassen, soweit sie an die Verichterstattung der Berliner Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, gegen den 1. Dezember einen Rückgang von 3,1 Proz. In diesem Jahre aber beträgt der Rückgang sogar 4,2 Proz., d. h. mehr als ein volles Prozent über eine an sich schon sehr hohe Ziffer hinaus. Kleinen Verbesserungen in einzelnen Zweigen der Eisenindustrie stehen aberwiegend Verschlechterungen gegenüber. Im Vergleich ist nur von letzteren die Rede. Der einzige wesentliche Lichtblick ist, daß in Sachsen, in der

Textilindustrie Zeichen einer Belebung vorhanden sind. Dem Bau- gewerbe kommt die ungewöhnlich warme Witterung zu statten; ein Umstand, der bei geschickter Vermittlung, namentlich durch Staats- und Gemeindebehörden, sehr viel zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen kann.

Eine Erhöhung der Produktionsbeschränkung des Coalsyndikats. Das Coalsyndikat ist in die Lage gedrängt, seine Produktionsbeschränkung von 33 1/2 Proz. auf 43 Proz. zu erhöhen. Wie die Syndikatsverwaltung berichtet, liegen für das erste Halbjahr 1902 insgesamt für 2 824 000 Tonnen Aufträge vor, gegenüber einem Absatz von 3 213 000 Tonnen im vorigen Halbjahr. Das Syndikat muß sich also nahezu auf die Hälfte seiner Produktion einschränken, ein Beweis, wie äbel es noch in der Eisenindustrie aussieht und wie die Preispolitik des Coalsyndikats dem Markt die Aufnahmefähigkeit verleiht. Der Jahresabgang des Syndikats betrug 8 838 567 Tonnen, gegen 7 786 347 Tonnen im Jahre 1900, mithin 952 780 Tonnen weniger. Es ist das erstmalig seit Bestehen der Verkaufscentrale, daß an Stelle der Vermehrung des Verbrauchs, die in den letzten zehn Jahren im Mittel 8 Proz. betrug, eine Abnahme im Verbrauch bezw. Absatz stattgefunden hat.

Das Biegel-Syndikat für Hamburg und Umgegend hat beschlossen, eine Produktionsbeschränkung von 25 Proz. vorzunehmen. Auch außerhalb des Syndikats stehende große Firmen haben zugesagt, eine gleiche Beschränkung in ihrem Betriebe vorzunehmen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika war die wirtschaftliche Konjunktur im dritten Quartal dieses Jahres noch eine glänzende zu nennen. Die letzten eingetroffenen Dezembernummern des „Labour Bulletin“ von New York teilt mit, daß in den besagten Gewerkschaften im dritten Quartal des Jahres 1899 nur 2,3 Prozent arbeitslos waren, im Jahre 1900 waren es 5,4 Proz. und 1901 8,1 Proz. Dasselbe für das Jahr 1901 günstige Bild ergibt sich bei einer Fählung der Arbeitstage. Während 1899, einem Jahre glänzenden Geschäftsganges, im dritten Quartal 71 Arbeitstage, im Jahre 1900 aber nur 67 Arbeitstage pro Arbeiter geleistet wurden, kamen im Jahre 1901 wieder 70 Arbeitstage auf den Kopf. Das Resultat war, daß der Durchschnittsverdienst im dritten Quartal 1901 um 12 Dollar höher war als in der gleichen Periode des Jahres 1900 und nur um 3 Dollar geringer als 1899. Die geringe Differenz zwischen letzten Jahre, und dem Jahre 1899 ist in New York nur auf die geringere Beschäftigung zurückzuführen. Von anderwärts wird berichtet, daß die Nachfrage eine sehr große ist, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot übersteigt.

Der gute Geschäftsgang hatte eine bedeutende Stärkung der Gewerkschaften zur Folge. In New York-City gewannen allein im dritten Quartal die Unions der Bekleidungsindustrie 15 000 Mitglieder, im ganzen wurde eine Zunahme der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von 20 000 konstatiert, so daß die Zahl der Organisierten am Ende September im Staate New York insgesamt 278 141 betrug. Es ist das die höchste Zahl, die jemals erreicht wurde. Die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften betrug 14 618, was im wesentlichen auf die große Vermehrung des Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes zurückzuführen ist.

Sociales.

Aus den Rechnungsergebnissen der Berufsvereinigungen, die dem Reichstage vorgelegt sind, teilt die „Berliner Korrespondenz“ bereits die Hauptzahlen mit:

Danach betrug die Zahl der Versicherten im Jahre 1900 bei den Berufsvereinigungen und den Ausführungsbehörden 18 117 065 in 5 189 829 Betrieben. Etwa 1 1/2 Millionen muß man von der Gesamtzahl der Versicherten als doppelt versichert und deswegen doppelt gezählt abrechnen.

Es wurden 454 941 Unfälle angemeldet, für 107 654 Unfälle wurden Entschädigungen festgestellt. Von diesen hatten 8567 den Tod zur Folge, 1390 werden mutmaßlich dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben. Die sofort Gebliebenen hinterlassen 17 216 entschädigungsberechtigte Angehörige.

Auch aus der Uebersicht über die Geschäftsergebnisse der Invaliden-Versicherungsanstalten kann das genannte Blatt bereits Mitteilungen machen. Es wurden im Jahre 1900 im ganzen 152 888 Renten bewilligt, darunter 19 867 Altersrenten. Die Einnahmen der Versicherungsanstalten und der zugelassenen Kassenanstalten betrug fast 129 Millionen Mark. Das Vermögen der Invalidenversicherung belief sich am Schlusse des Jahres 1900 auf 845,7 Millionen Mark.

Der durchschnittliche Jahresbetrag der im Jahre 1900 zugegangenen Renten belief sich auf 142,08 M. für Invaliden, 147,73 M. für Kranken- und 145,54 M. für Altersrenten.

Das neue dänische Fabrikgesetz.

Am 1. Januar 1902 trat das neue dänische Fabrikgesetz in Kraft. In der Reichstagsession von 1898-99 forderte das Volksetz auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion die Regierung auf, ein neues Fabrikgesetz vorzulegen, das an die Stelle des ganz veralteten Gesetzes von 1873 treten sollte. Der Regierungsentwurf, der dem Reichstage am 30. März v. J. zugeht, hat durch die Reichstagsbeschlüsse in einem Punkte, nämlich hinsichtlich des „Arbeitsrats“ eine Verbesserung erfahren, wegen der Bestimmungen über Kinder- und Frauenarbeit verschlechtert wurden.

Das nun in Kraft getretene Gesetz enthält folgende Hauptbestimmungen:

Der Fabrikaufsicht ist jeder Arbeitgeber in Handwerk und Industrie, der in seinem Betriebe mehr als fünf Arbeiter beschäftigt, oder — ohne Rücksicht auf die Arbeiterzahl — mechanische Kraft irgend welcher Art benutzt, unterstellt. — In jedem Arbeitsraum, der unter die Fabrikaufsicht fällt, sollen mindestens 8 Kubikmeter Luftraum, zweckmäßige Ventilation, gute Beleuchtung usw. vorhanden sein. Die Arbeitsräume müssen regelmäßig gereinigt und, soweit die Verhältnisse es erfordern, geheizt werden. Den Arbeitern soll Gelegenheit gegeben werden, im Winter in einem geheizten Raum zu essen und warmes Mittagessen zu erhalten. — In diesen Vorschriften soll der Minister des Innern spätestens nach zwei Jahren nähere Bestimmungen, die mit dem „Arbeitsrat“ gemeinam festzustellen sind, erlassen, und nach zehn Jahren sollen die Vorschriften auch in den ältesten Fabriken durchgeführt sein; bei Neuanlagen ist ihnen sofort Rechnung zu tragen.

Die Kinderarbeit ist in den dem Fabrikgesetz unterstellten Betrieben bis zum vollendeten 12. Lebensjahre verboten. (Wöher

mir bis zum 10.) Kinder über 12 Jahre dürfen, bis sie der gesetzlichen Schulpflicht genügt haben, nur 6 Stunden täglich arbeiten und nicht vor 6 Uhr morgens und nicht nach 8 Uhr abends. Nach höchstens 1/2 Stunden Arbeit muß eine Pause von 1/2 Stunde eintreten, die mit in den 6 stündigen Arbeitstag eingerechnet wird. Sonntags- und Feiertagsarbeit ist für Kinder verboten. Die Arbeitszeit für junge Leute beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahre soll zehn Stunden täglich nicht übersteigen und nicht vor 6 Uhr morgens beginnen, nicht über 8 Uhr abends dauern. Ebenso gilt für sie auch die für die Kinder vorgeschriebene Pause und außerdem soll die Arbeitszeit so geregelt sein, daß diese Arbeiter nicht am Besuch technischer Schulen oder Fachschulen behindert werden. — Bei besonders anstrengenden oder gesundheitsgefährlichen Betrieben kann der „Arbeitsrat“ die Altersgrenze erhöhen oder die Arbeit für Personen unter 18 Jahren ganz verbieten. — Bevor ein Arbeitgeber ein Kind oder einen jungen Menschen einstellt, muß er sich ein ärztliches Attest darüber verschaffen, daß der Betreffende der Anstrengung gewachsen ist.

Frauen dürfen vier Wochen nach einer Entbindung nicht beschäftigt werden, wenn nicht ein ärztliches Attest darüber vorliegt, daß es ohne Schaden für die Gesundheit der Mutter oder des Kindes geübt werden kann. Die Unterjüngung, die einer Frau aus öffentlichen Mitteln während dieser vier Wochen zu teil wird, wird nicht als Armenunterstützung gerechnet.

Die Aufsichtsbeamten haben jederzeit Zutritt zu den Betrieben. Ein Auszug aus dem Gesetz muß in jedem Arbeitslokal angebracht sein. Die Aufsichtsbeamten untersuchen jede Klage über Vergehen gegen das Gesetz. Uebertretungen werden, wenn sie nicht höhere Strafen im Gefolge haben, mit 10-200 Kr. Buße bestraft. Eltern und Vormünder, mit deren Wissen und Willen Kinder unter dem gesetzlichen Alter in den genannten Betrieben beschäftigt werden, verfallen einer Buße von 4-20 Kr. — Kommunalverwaltungen können mit Zustimmung des Ministers des Innern die Vorschriften für die Arbeit der Kinder und jungen Leute auch auf andere als die im Gesetz vorgezeichneten Betriebe ausdehnen, wenn es aus gesundheitlichen oder sittlichen Rücksichten notwendig erscheint.

Die Fabrikaufsicht besteht aus einem Direktor (Dr. phil. H. J. A. Topfde), dem ein Sekretär und ein technischer Bevollmächtigter zur Seite stehen, und 20 Fabrikinspektoren, darunter eine Frau. Der „Arbeitsrat“ besteht aus drei Vorkommungs-Abgeordneten, drei Vertretern der Arbeiter, Tabakarbeiter A. Christensen (Maschinenarbeiter Chr. V. Jensen, Tabakarbeiter A. Christensen) und drei Vertretern der organisierten Arbeitgeber.

Der Direktor der Aufsichtsbehörde kann Gutachten über die das Gesetz betreffenden Fragen vom Arbeitsrat einfordern. Der Arbeitsrat kann der Aufsichtsbehörde sowie der Regierung Vorschläge betreffend Arbeiterbeschäftigung machen und hat jedes Jahr ebenso wie der Direktor Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten. — Wie man sieht, ist das Gesetz in seinem materiellen Teile nicht gerade vorbildlich, wenn es auch gegen den bisherigen Zustand einen Fortschritt bedeuten mag. Die Vorschriften über den Schutz der Kinder, Jugendlichen und Schwangeren entsprechen durchaus nicht den Anforderungen, die aus Rücksicht auf das Volkswohl gestellt werden müssen. Dagegen ist die Zulassung der organisierten Arbeiter zur Ausführung des Gesetzes ein wesentlicher Vorteil, geeignet, den Wert mancher Einzelbestimmung zu erhöhen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Opernhaus. Saislich. Bajazet (Pagliacci) Cavalleria rusticana (Gouern-Ghre.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Gastspiel des Pariser Schauspiel-Ensembles. L'Avanture. La joie fait peur. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Gastspiel.
Schiller. Einsame Menschen. Anfang 8 Uhr.
Deutsches Haus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die rote Kugel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Lesina. Das schwarze Schaflein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reibens. Die japanische Bafe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Die Hedermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Recessionsbühne. Dantes Aftencrond Bunted Brett. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens. Bunted Theater (Ueberdreit). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung vor Sterntheater. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Lebende Lieder. Kleine Spiele. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Hattenbisher. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der rote Kofal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Velke-Alliance. Die Dame aus Trouville. Gierauf: Er. Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari-Brett. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Myello. Spezialitäten-Vorstellung. König Aqua. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Weihnachtsfest. Mädelnjäger. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Vollage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Vollage-Vanostifium. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Sittlicher Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anf. 7 Uhr.
Kronia. Tonbenjer. 18/19. (Im Theaterlokal.) Abends 8 Uhr: Festtagstage an der Riviera. Im Hotel La Al. Abends 8 Uhr: Acetylen und andere moderne Lichtspender.
Jugendstrasse 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater (Wollner-Theater).

Mittwochabend 8 Uhr: **Einsame Menschen.** Drama in 5 Akten von G. Hauptmann.
Donnerstagabend 8 Uhr: **Der Revisor.** Freitagabend 8 Uhr: **Einsame Menschen.**

Central-Theater.

Heute Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr: **Das süße Mädel.** Operette in 3 Akten von G. Weinhardt. Morgen und folgende Tage: **Das süße Mädel.** — Sonnabend, den 18. Januar, nachm. 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene hat ein Kind frei: **Schneewittchen** bei den Zwergen. Sonntag, 19. Januar, nachm. 3 Uhr, bei halb. Preisen: **Der Zigeunerbaron.**

Thalia-Theater.

Dreißenerstrasse 72/73. Zum 50. Male: **Die Badepuppe.** Morgen zum letztenmal: Die Badepuppe. — Freitag: **Wohlfahrt.** — Sonnabend: zum erstenmal: **Seine Kleine.** Große Berliner Aufführungsvolle mit Gesang und Tanz in 3 Akten.

Metropol-Theater.

Thomas, Bender, Josephi. **'ne feine Nummer!** Burleske Ausstattungsvorstellung mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.

Apollo-Theater.

Sensationeller Erfolg: Grant u. Maud **Willi Walden** **Stack u. Milton** **O'Loisachthaler** **Georg Kaiser o Ilka Paulet** **König Aqua.** Anfang 8 Uhr.
W. Noacks Theater. Weimensestrasse 16. **Unser Liebling** oder: **Mensch ärgere Dich nicht.** Poffe mit Gesang in 4 Akten von Leon Treptow. Musik von Steinfeld. Donnerstag: **Unser Liebling.**

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: **Frühlingstage an der Riviera** Im Hörsaal um 8 Uhr: „Acetylen und andre moderne Lichtspender.“ **Invalidenstr. 57/62.** **Tägl. Sternwarte.**

Castans Panopticum.

Friedrich-Strasse 185. **Grosse Weihnachts-Ausstellung** Eine Reise ins Schlaraffenland **Marionetten-Theater** für die Kinderwelt.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Gastspiel von **Wina Michetti.** **Das Jungfernstift.** Operette in 4 Akten nach einer Idee des Paul de Rod von Ernest Chivot. Musik von Jean Gilbert. Anfang 8 Uhr. Morgen: **Das Jungfernstift.** — Sonnabendnachmittag: **Maria Däumling** und **der Menschenrecher.**

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3. **Größt. Vergnügungsort** Berlins **Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung** **Ausschank:** **Berliner Bock-Bräuerei.** Bürgerl. Diner, 5 Gänge. **Tägl. Matinee** von 12-2 Uhr. Oekonom: **Gustav Prellipfer.**

Wo amüsiert man sich grossartig?

In **Schnegelsbergs Festsälen** Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8. **Ins.: Max Schindler.** Heute: **Grosser Ball** verbunden mit **Cigarren, Pouson-Regen** und diversen Ueberschüssungen. 27178* **Entrée:** Mittwoch frei, Sonntag 15 Pf. **Täglich: Spezialitäten-Vorstellung.** **Entrée frei.** **Sonntag, den 19. Januar:** **Plünderung des Weihnachtsbaums.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel.

Karlstrasse. **Wochentags 7 Uhr.** **Sonntags 5 Uhr.** **Jeden Sonnabend** nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung** **Nur erstklassige Spezialitäten.** **J. M. Hätt.** **Direktion:** **Tanz ohne Nachzahlung**

Passage-Theater.

Die neueste Sensation! **Damen-Luftringkampf** angeführt von 12 jungen Damen. **Michel Mayer,** der stärkste Mann der Welt, zahlt **1000 Mark** dem, der seine Hanteln nachholt. **Gifford.** — **Barskow-Truppe.** — **Jim u. Jam.** 16 erstkl. Nummern.

Palast-Theater (früher Stern-Palast).

Burgstr. 22. **Direktion:** Winkler u. Fröbel. Das mit stänischen Volksof aufgenommenen erstklassige **Januar-Programm.** Nur noch kurze Zeit! Die ewig neue, lauchstige **Ausstellung-Gesangs-Burleske** **Großstadtzauber.** Hugo Lustig: **Dir. H. Winkler.** Anfang 8 Uhr. **Entrée 50 Pf.** **Billet-Vorverkauf** von 11-1 Uhr. **Sonabend, den 18. Januar:** **Wegen Privat-Festlichkeit** geschlossen.

Schall und Rauch.

Unter den Linden 44. **Mittwoch, den 15. Januar 1902:** **Zum 62. Male:** **Vorstellung vor Serenissimus.** Anfang 8 1/2 Uhr.

Patentanwalt Dammann.

Moritzplatz 57. **Auskunft:** bis abends neun. (33342*)

E. von Wolzogens Bunted Theater (Uebardrott).

Köpenickerstr. 68. **Täglich abwechslungsdes Programm.** **Lina Abarbanell.** **Nora-Parodie.** — **Neu: Maikstanz, Tanzduett** von Bierbaum, Musik von Schindler. — **Bahmsche Volkedoder.** Anfang 8 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville. Schmitz in. Gesang u. Tanz 1. 3 Akten. **Emil Sandermann** u. **Mizzi Fischer.** **Hola Maxian, Ferd. Worms, Westmeider, Retner.** **Gierauf: Er.** in einem Aktung. **Klebe Partwig, Leopold Thurner** als **Wäke.** Anfang 7 1/2 Uhr.

Casino-Theater.

Vollbürgerstr. 37. **Durchschlagender Erfolg!** **Concordia-Trio** o **Hedwig Günther.** **Weihnachten.** Anfang **Wochent.** 8 Uhr, **Sonnt.** 7 1/2 Uhr.

Charivari-Brett!

Alte Jakobstr. 37. **Pepi Weiss** **Helena Dyas** **Stella Rath** **Albert Kühne** **Preise 1,00, 2,00, 3,00 Mk.**

Sanssouci.

Koltbusenstr. 4 n. **Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:** **Hoffmanns Norddeutsche Sänges** **Neu!** **Die Zillerthaler.** **Neu!** **Die Volkshühnen.** **Rach jeder Vorstellung: TANZ.** **Entrée 50 und 75 Pf.** **Wochentags** Anfang 8 Uhr, **Entrée 30 u. 50 Pf.** **Wochentags** **Vereinsbillets** gültig und **Tanz frei.** **Alle andern Tage** bleiben die **Säle** zu **Festlichkeiten** und **Veranulungen** frei. **Grundstück** **verkauft** **Hondstettstrasse** (Reinickendorf). **Röhrens** **Vintense** **50, 200/30**

Cirkus Busch.

Mittwoch, 15. Januar, abds. 7 1/2 Uhr: **Klondike.** Original-Pantomime des Cirkus Busch. **Ausf. der Jones-Hillard-Troupe.**

Cirkus A. Schumann.

Mittwoch, den 15. Januar 1902, abends 7 1/2 Uhr: **Grande Soirée Equestre.** Zum 101. Male: **Abendlich** **färnlicher Beifall!** **Quer durch Paris.**

Größtes und glänzendstes **Panagen-Schauspiel** in 5 Akten. **Bardes:** **Die arthartigen** **Januar-Specialitäten.** **Jede Nummer** ein **Schlager.** **U. a.:** **Seit** **Stationelle** **Reinheit!**

Mirza Golem-Truppe.

Neu! **Ein Märchen** aus 1001 Nacht. **Neu!** **Jeux carloous** auf **Kamelo.** **Neu!** **Persisch-kaukasische Karawano.** **Neu!** **Das** **höchst** **spannende** **Wett-** **und** **Kunstfahren** der **Original-Bicycle-Truppe.** **Neu!** **Tandem-Wettfahren.** **Dir. Alb. Schumanns** **neueste** **Original-Treffstren.** **Neu!** **Orig.-Bim-Bom,** **musikal. Clownsd.**

Indische Menagerie.

Grosse **im Exerzierhaus** **(am Brenzlauer Thor)** **Lothringerkrahe 1-7.** **Täglich 3** **große** **Vorstellungen.** **4, 6 und 8 1/2 Uhr.** **Dressur** mit **Löwen, Tigern, Wölfen** u. **Spanen.** **sowie** **Löwen-Ringkampf** **und** **Fütterung** um **4 u. 8 1/2 Uhr.** **Entrée:** **I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf.** **Sinder** **unter** **10 Jahren** **und** **Militär** **ohne** **Gänge** **zahlen** **auf** **1. u. 2. Pl.** **die** **Halbe,** **dem** **3. Pl. 15 Pf.** **Die** **Direktion:** **Pross.**

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänges.** **Anfang** **Wochent.** **8 Uhr.** **Sonntags** **7 Uhr.**

36 Mk. **elegante** **Winter-Palots.** **30 Mk.** **hochfeine** **Herren-Anzüge.** **12 Mk.** **schwere** **Winter-Heinkleider.** **Lieferung** **nur** **nach** **Maß.** **Guter** **Stoff,** **edelster** **Stoff.** (3177) **14 Krankenstr. 14,** **1 Tr., kein** **Laden, 1 Tr.**

Veider's MILCH-CREAM.

Das **einzig** **Beste** **für** **die** **Hauptpflege** **(Ges. geschützt)** **Dose** **20 Pf.** **in** **den** **Drogerien.**

Zu den Gemeindevertretungs-Wahlen in den Landgemeinden.

Im März dieses Jahres finden in einer Reihe von Landgemeinden der östlichen Provinzen — Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen — die Wahlen zur Ergänzung der Gemeindevertretung statt. Die Wahlen erfolgen nach dem in der Landgemeinde-Ordnung vom 1. April 1892 festgelegten Dreiklassen-Wahlssystem, einem System, das, auf den Geldsack zugeschnitten, die Rechte der Minderbemittelten erheblich einschränkt, aber doch der Arbeiterklasse die Möglichkeit bietet, wenigstens in der dritten Abteilung den bürgerlichen Parteien die Mandate streitig zu machen.

Zur Einleitung der für die Wahlen notwendigen agitatorischen und organisatorischen Arbeit ist vor allem eine genaue Kenntnis der einschlägigen Gesetzesbestimmungen erforderlich.

Das Wesen des Dreiklassen-Wahlsystems besteht darin, daß zum Zwecke der Wahlen die sämtlichen Stimmberechtigten einer Landgemeinde nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Steuern (Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Staatssteuern mit Ausschluß der Steuern für den Gewerbebetrieb im Umherziehen) in drei Klassen geteilt werden, und zwar in der Art, daß auf jede Klasse ein Drittel der Gesamtsumme der Steuern entfällt. Steuern, welche für Grundbesitz oder Gewerbebetrieb in einer anderen Gemeinde entrichtet werden, kommen hierbei nicht in Betracht. Jede Klasse wählt aus der Zahl der Stimmberechtigten ein Drittel der Gemeindeverordneten, ohne dabei an die Wähler der Klasse gebunden zu sein. Es kann also auch ein Gemeindeglied, das selbst in der ersten oder zweiten Klasse wählt, in der dritten Klasse kandidieren, und umgekehrt. Gehören zu einer Klasse mehr als 500 Wähler, so kann die Wahl noch dazu gebildeten Wahlbezirken geschehen.

Wer ist wahlberechtigt?

Das Wahlrecht steht jedem selbständigen Gemeinde-Angehörigen zu, welcher 1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist, 2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, 3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, 4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, 5. die auf ihn entfallenden Gemeinde-Abgaben bezahlt hat und außerdem a) entweder ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt, oder b) von seinem gesamten, innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Grundbesitz einen Jahresbetrag von mindestens 3 M. an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder c) zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeinde-Abgaben noch einem Jahreseinkommen von mehr als 600 M. herangezogen wird.

Steht ein Wohnhaus im Miteigentum mehrerer, so kann das Gemeindericht auf Grund dieses Besitzes nur von einem derselben ausgeübt werden, und zwar ist, falls die Miteigentümer sich über die Person des Berechtigten nicht einigen können, derjenige befugt, das Gemeindericht auszuüben, welcher den größten Anteil besitzt. Bei gleichen Anteilen bestimmt sich die Person des Berechtigten durch das Los, welches durch die Hand des Gemeindevorsethers gezogen wird.

Als selbständig wird nach vollendetem 24. Lebensjahre jeder betrachtet, welcher einen eignen Hausstand hat. Schlafburgen ist das Wahlrecht durch eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts abgeprochen worden.

Besonders sei noch darauf hingewiesen, daß man zur Ausübung des Gemeinde-Wahlrechts — im Gegensatz zu den Städten — nicht Preuze zu sein braucht; es ist nur erforderlich, daß man die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.

Unter welchen Voraussetzungen ruht das Wahlrecht?

Die Ausübung des Wahlrechts ruht: 1. wenn gegen ein Mitglied wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches die Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann, das Hauptverfahren eröffnet oder derselbe zur gerichtlichen Haft gebracht ist, so lange, bis das Strafverfahren beendet ist; 2. wenn ein Gemeindeglied in Konkurs verfällt, bis zur Beendigung des Verfahrens; 3. wenn ein Gemeindeglied Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, während 6 Monate nach dem Empfang der Unterstützung, sofern es die Unterstützung nicht früher erstattet; 4. wenn ein Gemeindeglied seine Gemeindeabgaben nach Mahnung durch den Steuerheber nicht gezahlt hat, bis zur Entrichtung derselben.

Das Wahlrecht der Forensen.

Wahlberechtigt sind auch solche Personen, welche zwar nicht im Gemeindebezirk wohnen, aber in demselben seit einem Jahre Grundbesitz von bestimmtem Umfange haben; ebenso juristische Personen, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Bergwerkschaften, eingetragene Genossenschaften und der Staatsökonom, sofern dieselben Grundstücke von bestimmten Eigenschaften im Gemeindebezirk besitzen. Diese letzteren werden in der Ausübung des Wahlrechts vertreten durch ihre verfassungsmäßigen Organe, Repräsentanten oder Generalvollmächtigten, sowie durch Richter oder Richterprüfer der zur Teilnahme am Wahlrecht befähigenden Grundstücke, oder durch Gemeindeglieder. Im übrigen werden in der Ausübung des Wahlrechts, zu welchem der Grundbesitz befähigt, Minderjährige durch ihren Vater, Stiefvater oder Vormund, Ehefrauen durch ihren Ehemann, großjährige Waise vor vollendetem 24. Lebensjahre, unverheiratete Waise und Witwen durch Gemeindeglieder vertreten. Der Vertreter muß sich im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben, und er darf keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen.

Wer ist wählbar?

Wählbar sind alle Gemeindeglieder, die das aktive Wahlrecht besitzen, mit Ausnahme derjenigen Beamten und der vom Staate ernannten Mitglieder derjenigen Behörden, durch welche die Aufsicht des Staates über die Gemeinden ausgeübt wird, der besoldeten Gemeindeglieder, der richterlichen Beamten, der Beamten der Staatsanwaltschaft, der Polizei-Exekutivbeamten, der Geistlichen, Kirchendiener und Volksschullehrer und der Frauen. Vater und Sohn dürfen nicht zugleich Gemeindeverordnete derselben Gemeinde sein.

Das Privileg der Angeseffenen.

Mindestens zwei Drittel der Mitglieder der Gemeindevertretung müssen Angeseffene sein, das heißt Leute, die ein Wohnhaus im Gemeindebezirk besitzen oder bestimmten Grundbesitz verstreuen. (Vergleiche §§ 41 Nr. 6a und b, 45 und 52 der Landgemeinde-Ordnung.) Die Zahl der Gemeindeverordneten, welche aus der Mitte der Nichtangeseffenen gewählt werden können, wird auf die drei Klassen gleichmäßig verteilt. Sind in einer Klasse mehr nichtangeseffene Gemeindeverordnete gewählt, als zulässig ist, so gelten diejenigen, welche die geringste Stimmzahl erhalten haben, als nicht gewählt. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Bei den zum Ersatz derselben anzuwendenden Neuwahlen sind nur die auf Angeseffene entfallenden Stimmen gültig.

Auslegung der Wählerliste.

In dem Zeitraum vom 15. bis 30. Januar erfolgt die Auslegung der Liste in einem vorher zur öffentlichen Kenntnis zu bringenden Räume. Während dieser Zeit kann jeder Stimmberechtigter gegen die Richtigkeit der Liste bei dem Gemeindevorsetzer Einspruch erheben. Wer die Frist verläßt, hat, wenn er infolge eines Vergehens nicht in der Liste steht, die Ausübung seines Wahlrechts verwirkt. Es ist daher Pflicht eines jeden Arbeiters, sich davon zu überzeugen, ob er in die Liste aufgenommen ist. Ist sein Name nicht darin enthalten, so erhebe er unverzüglich Einspruch.

Bemerkt wird die Schwierigkeit, unter dem Dreiklassen-Wahlssystem Erfolge zu erringen, noch durch die Öffentlichkeit des Wahlverfahrens. Aber wie groß auch immer die Schwierigkeiten sind, unüberwindbar sind sie nicht. Das Beispiel unserer Genossen in Städten und in einer ganzen Reihe von Landgemeinden lehrt, daß die Arbeiterklasse bei ausgeprägter Tätigkeit selbst unter diesem Wahlssystem zum Schrecken ihrer Gegner gut abkann. Leicht ist der Kampf nicht, aber je schwerer der Kampf, desto schöner der Sieg. Und die Arbeiterklasse wird siegen, sie wird die dritte Wählerklasse erobern, wenn sie rechtzeitig und planmäßig in die Agitation eintritt. Die Indifferenten aus ihrem Schlummer aufzurütteln, die Säumnigen aufzuwecken, den Unschlüssigen und Launen die Bedeutung der Gemeindevahlen vor Augen zu führen, das ist in erster Linie die Aufgabe der Socialdemokratie. Mit gewohntem Ernst wird sie die Waffen schmieden, mit denen sie den Feinden der Arbeiterklasse den Garaus bereitet.

Für Wähler, welche verhindert sind, die Wählerliste einzusehen, haben an verschiedenen Orten sich Parteigenossen bereit erklärt, sich dieser Mühe zu unterziehen. Wir geben nachstehend die Adressen derjenigen Personen bekannt, an die man sich im Verhinderungsfalle wenden sollte:

Brig: Drechsler A. Gau, Chausseestr. 40. Cigarrenhändler H. Klinge, Bürgerstr. 68.

Friedrichsfelde: Restaurant J. Loh, Luisenstr. 20. Friedrichshagen: Otto Barth, Horn-Allee 19; Paul Dahn, Wilhelmstr. 65.

Lichterberg: Die Wählerlisten liegen Wochentags von 8—3 Uhr und Sonntags von 9—12 Uhr im Rathause aus. Die Einsichtnahme ist um so mehr notwendig, als nach den neuen Listen die Ersatzwahlen erfolgen. Folgende Personen werden für Wähler, die verhindert sind, die Listen nachsehen: I. Bezirk: Krause, Wilhelmshagen, Berlinerstr. 10; Voss, Hagen- und Sudruntstr. 10; Ede, II. Bezirk: Franke, Wilhelm- und Jernestrasen 10; Schulz, Pringelallee 6. III. Bezirk: Weichmann, Wartenbergstr. 68; Grauer, Frankfurter Allee 197. IV. Bezirk: Lutterbach, Friedrichsallee 11; Kade, Friedrichsallee 20. Steuerzettel ist als Legitimation erwünscht.

Groß-Lichterfelde: A. Wenzel, Landwirtsstr. 6 I. für die Genossen auf der Wählerseite (östlich der Bälle). Restaurant Ernst Richter, Chausseestr. 104, für die Genossen auf der Potsdamer Seite (westlich der Bälle). Die Wählerlisten liegen von 8—3 Uhr im Rathause aus.

Lankwitz: Garbrecht, Kaiser Wilhelmstr. 45. Ferner im Restaurant Jägerheim, Victoriastr. 33. Die Listen liegen im Rathause aus.

Nowawes: Die Wählerliste ist beim Restaurant A. Grubel, Pieschestr. 31, einzusehen. Zur Auskunftserteilung ist Grubel sowie der Genosse A. Lange, Wollstr. 62, jederzeit bereit.

Steglitz: Schellhase, Moosstr. 15a. Kahl, Cigarrenladen, Herderstr. 31. Ost-Cigarrenladen, Düppelstr. 29. Krawe, Cigarrenladen, Schloßstr. 118. Grauer, Marktstr. 1. Lewandowski, Düppelstr. 7. Wolf, Schildhornstr. 78. B. Krüger, Heesestr. 1.

Tempelhof: J. Hück, Berlinerstr. 33. W. Müller, Berlinerstr. 41. M. Schmidt, Berlinerstr. 43a. A. Ziel, Friedrich Wilhelmstr. 17. E. Ladewig, Restaurant, Renest. 1, Ede der Dorfstr. Die Annahme von Aufträgen erfolgt wochentags von 7, bis 8 1/2 Uhr abends, Sonntags von 11 bis 1 Uhr mittags.

Wilmersdorf: Herr Lehmann, Bergstr. 31. Herr Schüttelep, Chausseestr. 17.

Weißensee: Emil Schumann, Lehderstr. 118. Julius Schiller, König-Charlsee 89a. Helme, Heinersdorfer Weg 38. Wilhelm Kesse, Nollstr. 136. II. Albert Taubmann, Elshstr. 15, II. S. Sorver, Straßburgstr. 56.

Wilmersdorf: Ratusch, Hlbrandstr. 71. Kraft, Pariserstr. 51. Witte, Berlinerstr. 40. Rudloff, Bruchstr. 14. Ridel, Hlbrandstr. 108.

Valentia (zu Wilmersdorf gehörig): Hilpert, Kurfürstendamm Nr. 126. Meyer, Georg Wilhelmstr. 20.

Zehlendorf: Aug. Wirth, Auguststr. 6. G. Semmler, Beerensstr. 8. S. Böhm, Grunewaldstr. 4a. O. Völske, Potsdamerstr. 8. S. Koeber, Renest. 3. C. Krause, Mittelstr. 10. O. Jäkel, Spandauerstr. 26. W. Pauli, Düppelstr. 12.

Die Wählerliste liegt von morgens 8 bis nachmittags 3 Uhr im Zimmer 2 des Gemeindehauses aus.

Nieder-Schöneweide: Christian Hofmann, Hasselwerderstr. 4.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 26. Januar. Wir erlauben daher, Änderungen und Renaufnahmen bis spätestens Freitag, den 17. Januar, einbringen zu wollen, für „Tellow-Weeslow“ an den Genossen Hermann Schliebig in Britz, Johenstr. 2; für „Nieder-Barnim“ an den Genossen Otto Riebe in Friedrichsfelde, Victoriastr. 4; für „Potsdam-Ost-Havelland“ an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstr. 9; für „Diverse Orte“ an den Genossen Gustav Stein, Wiegen a. O., Frankfurterstr. 32, sowie für Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, S. 14. Die Genossen werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen und die Einwendungen umgehend zu machen.

Nachträge können in Zukunft nicht mehr veröffentlicht werden. Alle Zusendungen und Aufträge sind nicht an die Redaktion des „Vorwärts“ zu senden, sondern nur an den Genossen Wilhelm Hinz, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66. Die Parteiblätter der obigen Kreise werden um Abdruck ersucht. Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Den Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 19. Januar, vormittags 11 Uhr, im Fein-Polast, Burgstr. 22, eine öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher Reichstags-Abgeordneter Genosse August Bebel über: „Stehendes Heer oder Volkswehr, mit besonderer Berücksichtigung des Boerenkrieges“ referiert. Näheres siehe Inserat am Freitag.

Dritter Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins in den „Kaminhallen“, Kommandantenstr. 20. Mitgliedsbuch legitimiert.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält am Sonnabend 8 1/2 Uhr, bei Franz, Giesenerstr. 5, seine Generalversammlung ab, in der die Ersatzwahl einiger Vorstandsmglieder sowie Berichte auf Tagesordnung stehen. Außerdem gelangen Parteitagungsprotokolle und Urnabstimmungs zur Ausgabe.

Zehlendorf. Die Genossen werden ersucht, in der Wählerversammlung am Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Kaiserhof zu erscheinen.

Wilmersdorf. Die Parteigenossen wollen beachten, daß heute, Mittwochabend, eine Flugblattverteilung stattfindet.

Wahlverein Nixdorf. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, Generalversammlung bei Lauffer, Bergstr. 151/152. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und des Zeitungspediteurs. 2. Kommunalpolitik im neuen Hause. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten.

Treptow-Baumschulenberg. Heute, Mittwoch, findet im Lokale von Richter, Ernststr. 1, eine Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Die Landtagswahlen; 2. Die Arbeitslosen-Zählung; 3. Die bevorstehenden Gemeindevertreter-Wahlen. — Vom 15. bis 30. Januar d. Mis. liegen die Gemeinde-Wähler-Listen in unserem Gemeindebureau zur Einsicht aus.

Tokales.

Auch die Schulleute haben sich zur Vertretung ihrer Interessen ein Organ geschaffen. „Preussische Polizeibeamten-Zeitung“ nennt sich dies im zweiten Jahrgang erscheinende Blatt. Daß die Beschwerden der Schulleute in vielen Fällen durchaus begründet sein mögen, lehrt der Leitartikel in der neuesten Nummer dieser Zeitschrift. „Etwas aus der Berliner Schulleitungs-Kasse“ ist der Artikel überschrieben. Es wird zunächst die Art und Weise getadelt, wie jetzt des Morgens vom Reviervorsteher der Appell abgenommen wird. Der Polizeihauptmann begrüßt jetzt die Beamten mit einem „Guten Morgen!“ während es früher „Guten Morgen, meine Herren“ geheißen habe. Dann während die Befehle zc. ausgegeben, was 25 Minuten dauere, so daß für den eigentlichen Unterricht nur noch 5 Minuten übrig bleiben. Hierauf heißt es in dem Artikel:

„Wenn man nun die ganze Nacht Dienst gehabt hat und 5 Minuten vor 8 Uhr auf die Wache zurückkommt, und nun noch 25 Minuten still stehen soll, so glaube ich wohl, daß dies ein Verlangen ist, welches sich nicht rechtfertigen läßt. Außerdem hat man, da man durch das lange Stillstehen körperlich zu sehr angestrengt ist, kein Verständnis mehr für die vorgelegten Befehle und weiß oft nach Beendigung des Appells nicht, was überhaupt befohlen wurde. Wenn wir nun auch militärisch organisiert sind, so glaube ich doch wohl nicht, daß wir höheren Vorgesetzten aus den Dienst in dieser Weise schwer machen wollen, zumal beim Militär sogar die Rekruten während des Unterrichts sitzen können. Und was diesen jungen Soldaten wohl auch verlangen zu können. (Freier konnten wir sitzen und es ging auch.)“

Welter befaßt sich der Artikel mit den sanitären Mifständen auf den Berliner Polizeiwachen. Darüber heißt es in der „Polizeibeamten-Zeitung“:

„Was nun die sanitären Verhältnisse auf der Wache anbetrifft, so sind diese geradezu entsetzlich. In einem Bette schlafen abwechselnd jede Nacht zwei Mann, die nächste Nacht zwei andere. Also 4 Mann benutzen hiernach ein Bett. Ganz abgesehen davon, daß es wohl nicht jedermanns Sache ist, in anderer Leute Betten zu schlafen, (es ist dies das kleinere Uebel; der Mensch gewöhnt sich ja an vieles, wenn er muß), aber es ist schon vielfach der Fall eingetreten, daß ein Mann von der „Kügel“ oder noch schlimmerer Krankheit befallen wurde und fast die ganze Mannschaft dadurch ansteckte. Wie leicht kann nun der Krankheitsstoff in die Familie übertragen werden! Daher sind wir es unserer Familie schuldig, wenn wir wünschen, daß diesem Uebelstande abgeholfen werde.“

Man darf wohl annehmen, daß der Polizeipräsident diesen dem Aufseher nach nur zu berechtigten Beschwerden recht bald auf den Grund geht. Wie sehr übrigens auch die Schulleute die Notwendigkeit eines Fachorgans anerkennen, geht aus folgenden Schlußsätzen hervor: „Man möchte sich nun fragen, warum werden solche Zustände nicht abgestellt, warum hat man nicht schon längst daran gedacht, solche offenkundigen Mifstände aus der Welt zu schaffen? Aber wer sollte wohl der Beschwerde unsere Bitte um Abänderung unterbreiten? Ich nicht, andre Kollegen auch nicht, denn die Antwort, welche wir erhalten würden, können wir uns schon denken! Darum sind wir froh, daß wir ein Fachorgan haben.“

„Der Offizier als Genosse“. Die Ansicht, daß Gott der Herr die Welt erschaffen habe, damit sie dem Hauswirt und seinem andern Menschen miethen sei, diese Ansicht hat sich dank der jeder Gerechtigkeit hohen sprechenden Privilegien, die der Grundbesitz in Preußen genießt, so fest ins Handgehirn eingebohrt, daß sie dort zur fixen Idee wurde. Von dieser verärrten Weltanschauung aus ist es denn auch begreiflich, daß der rasende Hausbesitzer jetzt bereits den königlichen preussischen Offizier zum „Genossen“ stempelt und den „Socialismus in der Uniform“ dem Kaiser denunziert. Und warum? Weil ein inaktiver Stabsoffizier angesichts des Wohnungsdruckes im „Lokal-Kuziger“ kürzlich die Bildung einer Wohnungs-Genossenschaft für verabschiedete Offiziere angefangen hat.

Dies Ereignis hat die „Haus- und Grundbesitzer-Zeitung“ zu einem Protestartikel von so durchdringendem Brandgeruch entflammt, daß diejenigen Personen in der Staatsleitung, welche im Hausbesitzertum die gesetzlich privilegierte Stütze von Thron und Altar zu sehen haben, gewiß auf das höchste erbaudt sein werden.

Das Hausbesitzerblatt fragt in dem „Der Offizier als Genosse“ überschriebenen Artikel, warum der kgl. preussische Offizier sich die Privilegien einer Drogenoffiziers-Gründung überhaupt gestatte? Die Antwort ist dem Blatte leicht gegeben:

„Am günstigsten Falls vielleicht ein paar Mark Miete zu sparen, die er besser in Sekt und Caviar anlegen zu können meint. Denn einen anderen Zweck hat es doch nicht: man will an der Miete sparen, um seinem sonstigen „standesgemäßen“ Leben nichts abgehen zu lassen.“

Und nun geht der Text erbaulich weiter: „Und diesen Wägern, denen es der pensionierte Offizier und Beamte zu danken hat, daß er überhaupt leben kann, ohne arbeiten, ohne erwerben und verdienen zu müssen, — diesen Bürgern soll er einen Wettbewerb bereiten und sie in ihrem wirtschaftlichen Verdienste schmälern? Wir meinen: die Schamröte müßte jedem, der einst des Königs Rod getragen hat, ins Gesicht steigen, wenn er sich in solch neidischer Weise an seinen Wohlthätern verdingen wollte. Wir glauben es auch nicht und mögen es nicht glauben, daß wirklich ein inaktiver Stabsoffizier sich soweit erniedrigen könnte, in Konkurrenz mit denen zu treten, deren Verdienst um die Güter des Lebens so feilschen nötig. Sollte aber das Unglaubliche Tatsache sein, dann fordern wir den ehrenwerten Herrn auf, öffentlich seinen Namen zu nennen, damit seine Kameraden und sein oberster Kriegsherr erfahren, weshin nobler Charakter sich das Müttelstück der angeblichen „Genossenschaft“ um die Lenden gürtet und mit theatralischem Pathos sein und seiner Genossen „Geld“ zu hundern bemittelt sein will.“

„Ei, ei! Was solche Sprache, die selbst der für den Zusammenhalt aller Besitzenden schwärmende Graf Posadowsky wohl nicht anders denn als räpelhaft bezeichnen kann, schon je gehört in deutschen Landen? Und nun muß es sich ereignen, daß dieser Bäckertitel nicht etwa haalderhaltend gegen die rote Kotte geschleudert, sondern von den feilschten Ordnungsführern in Civil gegen die festeste Ordnungsführer in Uniform mißbraucht wird! Kann da noch irgend eines der höchsten heiligsten Güter in Preußen ungefährdet dastehen?“

So solches möglich ist, wo bereits das einfache Wort „Gemeinschaft“ den von Natur und Natur-Edelnsten Philister zu toßen Märsen bringen kann — da zweifeln wir nicht an der revolutionierenden Gewalt des Socialismus!

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagmorgen 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu beschäftigen: Berichterstatter über die Vorlage, betreffend den Einfluß der Krankenhauseinrichtung auf das Wohlstand, sowie über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Einräumung des Rechts für diejenigen den Unterbringungswohnung in Berlin befindlichen Personen, im Fall einer Anstaltsplatzveränderung die mündeliche Aufnahme in einem städtischen Krankenhaus zu verlangen. — Vorlagen, betr. die Frequenz in den Gemeindefschulen am 1. November 1901. — die Renovierung des Rathes, — die speziellen Entwürfe zu mehreren Bauausführungen auf dem Grundstück der Irrenanstalt Herzberge. — die Bewilligung von Mehrkosten zu verschiedenen städtischen Bauten. — Der Neubau eines städtischen Amtes zur Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln, sowie Gebrauchsgegenständen in der Fischerstraße 89/92 und der Gemeinde-Doppelschule in der Greifenhagenstraße. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Abstandsnahme von der Erhebung der Gemeinde-Einkommensteuer nach dem Steuerfahne von 4 M., umfassend ein Einkommen von mehr als 670 bis 900 M. einschließlich.

Die nächtliche Straßenbeleuchtung. Nach 12 Uhr nachts wurde bisher in den meisten Straßen Berlins die Hälfte der Gaslaternen ausgelöscht und in den anderen, mit je zwei Brennern versehenen Laternen wurde die eine Flamme zugedreht, so daß von vier Flammen in zwei Laternen nur noch eine in einer der korrespondierenden Gaslaternen weiter Licht spendete. Es brannte also nach Mitternacht in der Regel nur ein Viertel aller Flammen. Die städtische Gasdeputation hat nun in ihrer letzten Sitzung unter Vorsitz des Stadtrats Komslau beschlossen, in einer größeren Zahl von Straßen nach Mitternacht die öffentliche Beleuchtung in der Weise zu verbessern, daß man in Zukunft nicht ein Viertel, sondern die Hälfte der Flammen nach 12 Uhr bis Tagesanbruch weiter brennen läßt. Dies soll dadurch bewirkt werden, daß man in allen Gaslaternen mit zwei Brennern je eine Flamme löscht.

In Chicago ergriffen. Vor einigen Wochen kam in Chicago der aus Berlin verschwandene Gerichtsbeamte Paul Kannenberg mit ihm durchgegangenen Frau Schumann an. Der Gatte der letzteren war dem Paare gefolgt und machte dessen Aufenthalt ausfindig, worauf er sich mit der Polizei in Verbindung setzte. Mit ihrem Gemahnen vor den Polizeirichter gebracht, suchte die untreue Frau die Verzeihung ihres Mannes zu erlangen, was ihr auch gelang. Die verdohnte Eheleute verließen den Gerichtssaal, doch Kannenberg wurde in Haft behalten, weil er inzwischen von dem deutschen Konsul als ein strafbündig verfolgter Flüchtling erkannt worden war. Kannenberg wird beschuldigt, 30 000 M. unterschlagen zu haben. Der Konsul hat das Auslieferungsverfahren eingeleitet.

Beim Handel mit Willardbällen wurde gestern ein alter Mann angehalten, da er sich über den rechtlichen Erwerb seiner Ware nicht ausweisen konnte. Die Feststellung ergab, daß man es mit einem gewissen Schumann zu thun hatte, der von seinen 68 Lebensjahren 42 im Zuchthaus zugebracht hat. Erst vor kurzem aus der Strafanstalt entlassen, verlegte er sich sofort wieder auf den Diebstahl von Willardbällen, den er auch früher betrieben hatte. Jetzt wird er seine Tage vorwiegend im Zuchthaus beschließen müssen.

Unter dem Verdacht eines schweren Verbrechens ist eine hiesige Hebamme verhaftet worden. Ein junges Dienstmädchen, das sich seit fünf Tagen bei ihr befand, erkrankte nach dem Genuß von Tropfen, die angeblich gegen Durchfall gegeben waren, und starb nach kurzer Zeit, bevor ein Arzt zugezogen war. Die Leiche wurde zur Feststellung der Todesursache durch gerichtliche Obduktion beschlagnahmt, die Hebamme unter dem Verdacht des Verbrechens gegen § 219 und 220 in Haft genommen.

Auf Abenteurer sind wieder zwei Berliner Jungen ausgegangen. Der etwas über 14 Jahre alte Willy S., der Sohn eines Zimmermanns aus der Kopfschicht, hatte Arbeit als Kaufbursche, wurde aber entlassen, weil er sich mit einem Arbeitsgenossen prügelte. Da er sich nun nicht nach Hause traute, so überredete er seinen Freund, den 14-jährigen Sohn Max eines Brauereiarbeiters S., mit ihm in die weite Welt zu gehen. Mit 4 Mark, die W. als Lohn erhalten hatte, machten sie sich vor 8 Tagen auf die Wanderschaft. In Krosow ließen sich die Burschen von Verwandten des S., denen sie vorredeten, sie hätten von ihren Eltern die Erlaubnis zu einem Ausflug, bewirten und verschwand dann eilfertig, ohne Abschied zu nehmen. Seitdem hat man nichts mehr von ihnen gehört.

Bei dem ersten Anlauf, welchen der vom Deutschen Verein für Volkshygiene im vorigen Jahre veranstaltete öffentliche Vortragszyklus über häusliche Krankenpflege gefunden hat, beabsichtigt der Verein nach den Vorschlägen des für diese Zwecke erwählten, unter Leitung von Geheimrat von Leyden arbeitenden wissenschaftlichen Komitees auch in diesem Winter einen Cyklus von zehn Vorträgen über häusliche Krankenpflege zu veranstalten, der am Mittwoch, den 22. Januar, im Saal C des Architektenhauses, 8 Uhr abends, beginnen wird. Die einzelnen Vorträge dieses Cyklus, welche wöchentlich einmal stattfinden, haben folgende Herren freundlichst übernommen: Geh. Med.-Rat Professor Dr. v. Leyden, Professor Dr. J. Lazarus, Professor Dr. G. Meyer, Oberstabsarzt Dr. Salzwedel, Dr. A. Beerwald, Dr. P. Jacobsohn, Kreisarzt Dr. A. Dietrich, Dr. E. Wising, Dr. M. Heidemann, Privatdozent Dr. Finkelnstein. Wides sind durch das Bureau des Deutschen Vereins für Volkshygiene, Mohrstr. 77 und im Hof-Antiquariat von Emanuel Mai, Leipzigerstr. 118, Eingang Mauersstraße, zu haben.

Wir machen die hier weilenden Holländer auf eine im heutigen Inzeratenteil befindliche Bekanntmachung der holländischen Regierung aufmerksam, die wichtige Mitteilungen über die neuen holländischen Militärdienstpflichten enthält.

Arbeiter-Bildungsschule, Gewerkschaftshaus, Engelwer 15. Der Unterricht in Rationalökonomie beginnt nicht am 16. d. Mis., sondern am Donnerstag, den 23. Januar. Das Stiftungsfest findet am 18. Januar im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11/13, statt. Frühzeitige Billett-Erntnahme ist zu empfehlen.

Im Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Mittwoch, den 15. d. Mis., abends 8 1/2 Uhr, Herr Privatdozent Dr. Klenz du Bois-Reymond im Auditorium VII der kgl. landwirtschaftlichen Hochschule, N. Invalidenstr. 42, seinen Vortragskurs über „Nährstoffe und Ernährung“. Er wird am ersten Abend über die Körperwärme sprechen. Eintrittskarten a 1 M. für den 6. Vorträge von je 1 1/2 Stunden umfassenden Kursus sind zu haben bei: Georg Belling, W. Leipzigerstr. 136; K. Schöe, O. Holzmarktstr. 60; Chr. Tischendörfer, C. Sophienstr. 20; G. E. Weber, W. Kurfürstenstr. 70; Bernhard Staar, S.W. Friedrichstr. 25; Centralstelle für Arbeiter-Vorbereitungskurse, W. Köthenerstr. 23.

Der zweite Vortragsabend des Vereins „Berliner Presse“ findet am nächsten Donnerstag, den 16. Januar, im Architektenhaus statt. Das Publikum wird an diesem Abend Gelegenheit haben, den Dichter des „Mitternachts“, Wilhelm v. Tolenz, und den jungen Treppener Dichter Leo Venz, dessen Gedicht „Die Erlösung“ in den nächsten Tagen in „Schall und Rauch“ zur Aufführung gelangen wird, persönlich kennen zu lernen. Zum Schluß wird einer der berühmtesten ökonomischen Vortragsführer, Direktor Karl Langhammer vom Theater an der Wien, humoristische Gedichte von Karl Siederer vortragen. — Eintrittskarten sind zu haben in den Buchhandlungen von Amelung, Potsdamerstr. 126; Vogars, Friedrichstraße 60; Speyer u. Peters, Unter den Linden 43; Woyze, Potsdamerstraße 13 und im Berliner Preßklub, Charlottenstr. 37. (Redaktion)

Aus den Nachbarorten.

Aus den Spandauer Mülferbetrieben. Man schreibt uns aus Spandau: Die Differenzen zwischen Arbeitern und Direktion der Artilleriewerkstatt sind noch immer nicht beigelegt.

Nun hat die Neuwahl für den Arbeiterausschuß, der beauftragt ist, die unermittelten Reducierung der Accordlöhne einmütig sein Amt niedergelegt hat, schon zum dritten Male stattgefunden, ohne daß es der Direktion gelingen will, den Ausschuss vollständig zusammen zu bekommen. Bei der ersten Wahl wurden die elf Mitglieder des Ausschusses einmütig wiedergewählt, um einmütig auf das Amt zu verzichten. Die Direktion der Artilleriewerkstatt versuchte es nun mit einem hiesigen „Wahlgenosse“, indem sie die eher parierenden Hof- und Materialarbeiter nach eigenem System mit den Betriebsarbeitern zu einer Wahlklasse vereinigte. Doch auch dieses Mittel hatte nur den Erfolg, daß vier der neuen Mitglieder gewählt wurden, wovon aber nur einer der Gewählten die Wahl annahm.

Bei der dritten Wahl wurden die drei „Neuen“ neben sieben „Alten“ wiedergewählt, und nun ließ sich der Direktor Hirschberg die neu Gewählten einzeln kommen, um sie über ihre Geneigtheit, die Wahl anzunehmen, zu befragen; die drei nahmen dem auch an, während die sieben wieder ablehnten. Ob es die Direktion nun aufgeben wird, noch weitere Wahlen vornehmen zu lassen, ist noch nicht abzuwarten. Es ist dies für die bestehenden Differenzen auch völlig gleichgültig, denn die Unzufriedenheit der Arbeiter dieses Instituts wird sich nicht so bald beschwichtigen lassen. Die hauptsächlichste Ursache derselben soll nach den uns von verschiedenen Seiten gewordenen Mitteilungen die Person des Direktors, Major Hirschberg und das ganz und gar verfehlte Lohnreglement sein. Während z. B. gewisse Kategorien qualifizierter Arbeiter, Schlosser, Dreher etc. in andern Instituten in die zweite Lohnklasse einrangiert werden (Höchstverdienst im Accord 4,50—5,50 M.), hat es der Direktion der Artilleriewerkstatt gefallen, diese selben Arbeiter in die dritte Lohnklasse (Accordverdienst höchstens 4—4,50 M.) einzustellen. Im Januar 1901 haben deshalb die Arbeiter ihre Direktion um eine entsprechende Anhebung ihres Lohnes, erfahren aber eine Ablehnung; sie wandten sich darauf an die Feldzeugmeisterei, von welcher sie bis heute noch ohne Bescheid geblieben sind. Im Spätsommer vorigen Jahres wurde ihnen auf eine bezügliche Anfrage von dem Unter-Direktor der Werkst., daß eine neue Lohnregelung in Vorbereitung und zum Oktober zu erwarten sei.

Diese neue Lohnregelung kann auch — in Gestalt von Abzügen an den Accordlöhnen, die sich noch bis in die jüngste Zeit fortlegten. Zugleich hörte auch eine gewisse Loyalität auf, welche den einzelnen Arbeiter stilschweigend einen höheren Accordverdienst erzielen ließ, als die Klasse III zuließ. Was Wunder, daß die Erbitterung der Arbeiter über eine solche Behandlung, die noch „verschärft“ wird durch recht häufige Verstrafungen aus den geringfügigsten Ursachen, keine Grenzen kennt. Aber das alles wird ja die Herren am grünen Tische, welche jedenfalls bemüht sind, das Loch im Reichsbudget nach Möglichkeit zuzupfropfen, kaum etwas scheren.

Es ist ja doch alles „unwahr“ und stammt aus den „trübsten Quellen“, was Socialdemokraten im Reichstage oder in der Presse über die „Mülferbetriebe“ vorbringen! Sie uns nachträglich berichtet wird, findet heute (Mittwoch) abend, im Lokale von Schlädig, Spandau, Segelfelderstr. 1, eine öffentliche Versammlung der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter statt.

Ein neues Bootunglück? Gestern nachmittag wurden am Müggelsee in der Nähe des Forsthauses zwei Kinder angefahren und nicht weit von dieser Stelle entfernt, wurden späterhin Trümmer eines Bootes aufgefunden, welches zweifellos durch die Gewalt der Wellen zerfallen war. Die sofort angelegten Nachforschungen nach dem Eigentümer des Fahrzeuges blieben bisher ergebnislos.

In Wilmersdorf hat die Gemeindevertretung den vor kurzem in der Erstwahl neu gewählten Vertretern gegenüber ein sehr bedenkliches Verfahren eingeschlagen. Diese zur Zeit aus 7 Personen bestehende Rumpfskörperschaft, die über das kommunale Wohl und Wehe von 36 000 Einwohnern zu entscheiden hat, brachte in ihrer Sitzung am Montag nämlich den Beschluß fertig, die neu gewählten Vertreter vorläufig nicht zu ihrer Körperschaft zuzulassen. Für dies beschriebliche und aus dem Gesetz schwerlich zu rechtfertigende Vorgehen liegt kein anderer Grund vor, als ein von der unterlegenen sich „reicheren“ nennenden Partei erhobener Wahlprotest, dessen Prüfung einer besonderen Kommission übertragen wurde. Erst von dem Befinden dieses Ausschusses soll es nach dem Willen der sieben regierenden Herren abhängig gemacht werden, ob die neu gewählten Vertreter zugelassen sind oder nicht. Selbstverständlich werden die an der Ausübung ihrer Pflichten gehinderten Wähler die erforderlichen Mittel anwenden, um diesen Beschluß illusorisch zu machen und wohl mit dem nötigen Nachdruck dahin wirken, daß alle Beschlüsse, die man ohne ihre Mitwirkung faßt, für ungültig erklärt werden.

Bemerk sei noch, daß von bürgerlicher Seite gegen den vor kurzem gefassten Beschluß der Gemeindevertretung, die Zahl der Vertreter von 12 auf nur 15 zu erhöhen, erfolgreich bei der Regierung Protest erhoben worden ist. Dies hat den in Betracht kommenden Beschluß zur nochmaligen Beratung an die Gemeindevertretung zurückgewiesen. Es ist somit nicht ausgeschlossen, daß Wilmersdorf die zulässige Höchstzahl von 24 Vertretern und 6 Schöffen erhält.

Zum Direktor des neuen Realgymnasiums ist der bisherige Oberlehrer am Bismarck-Gymnasium, Prof. Dr. Leonhard, ernannt worden.

Material gegen die Jollwucher-Vorlage liefert das „Spandauer Tageblatt“ in folgender Notiz:

Infolge der anhaltend teuren Fleischpreise scheint das Pferdefleisch beim ärmeren Publikum mehr in Aufnahme zu kommen. Es sind bisher durchschnittlich im städtischen Schlachthof jährlich 100 Pferde geschlachtet worden. Der letzte amtliche Schlachthofbericht besagt jedoch, daß vom 1. Oktober bis 31. Dezember, also in einem Vierteljahre, 50 Pferde von dem hiesigen Schlachthof daselbst geschlachtet worden sind. Trotz der enorm hohen Preise steigen dieselben am Berliner Viehmarkt immer mehr, heute wurden die Schweine mit 68 Pf. von den hiesigen Schlachthöfen daselbst bezahlt, hierzu kommen nun noch die Transportkosten und die Untersuchungsgebühr am hiesigen Schlachthof. Es ist dies nicht allein eine schlechte Zeit für das konsumierende Publikum, sondern auch für den Schlachter; wer dabei kein Geschäft nicht gut versteht und sich nicht sehr einrichtet, kann sich auf die Dauer nicht halten.

Und dennoch sind die agrarischen Verteiler eben dabei, auch den letzten Klustropfen dem kleinen Manne auszusaugen.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung erledigte in ihrer letzten Sitzung die vom neu gewählten Wahlausschuß vorgeschlagene Zusammensetzung der einzelnen Ausschüsse. In den Ausschuss für Petitionen wurden u. a. delegiert Stadt. Genosse Hoffmann, in den Ausschuss für Rechnungsjahren Genosse Küter, in den Wahlprüfungsausschuß Genosse Masch und in einen weiteren Ausschuss zur Festlegung von Richtlinien Genosse Baumler. Außer einigen Nachbewilligungen, so zum Beispiel für Ueberführungen des Platz für Vertretungskosten erkrankter Lehrkräfte an den Volksschulen, wo ein Nachschuß von 2100 M. sich erforderlich machte, wurde vom Magistrat die Mitteilung gemacht, daß er den in voriger Sitzung vorgelegten Vertragsentwurf mit der Vangellschaft Bellevue, betreffend die Erschließung des Vaugeländes nördlich der Grunewaldstraße, zurückgezogen habe. Allseitig wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, der Magistrat möge so bald als möglich der Versammlung einen neuen Entwurf vorlegen.

Wilmersdorf. Die Orts-Krankenkasse hat den Beschluß gefaßt, die Kranken-Unterstützung der ersten Klasse von 7,20 M. auf 8,70 M. und der zweiten von 6,00 M. auf 7,20 M. zu erhöhen. Von einer Erhöhung der Beiträge wurde abgesehen. Daß auch dieser Unterstützungsplan noch völlig ungenügend ist, ist klar. Eine praktische und vielleicht nachahmenswertere Keuerung hat die Kasse jedoch dadurch getroffen, daß sie den Mitgliedern Karten überwiesen hat, wodurch sie sich in Krankheitsfällen dem Arzt gegenüber legitimieren können. Dies ist namentlich an Sonntagen von Wert, wo die Beschaffung des Krankenscheines schwierig ist. Mißbrauch mit den Karten wird verfolgt.

Vermishtes.

Zu der Aler Messerscherei-Affäre wird weiter berichtet, daß in den letzten Tagen zahlreiche durch Messerstücke verletzte Personen dem in Haft befindlichen Kistingerzögler Dr. Kleinert gegenüber gestellt worden sind. Auch gestern wurde derselbe im dortigen Untersuchungsgefängnis mit fünf Männern und sieben Frauen und Mädchen konfrontiert, doch haben diese in dem Verhör die den Messerscherei nicht wiedererkannt, da der Täter nach ihrer Aussage größer gewesen ist, als Dr. Kleinert. Ein Dienstmädchen, welches nicht weniger als dreimal hintereinander auf offener Straße gestochen worden ist, erklärte auf das bestimmteste, daß der Beschuldigte der Täter nicht sei.

Von dem Brandunglück im Breslauer Stadttheater schreibt die „Bresl. Ztg.“: Die Tänzerin Fräulein Hübner schwabte durch entsetzliche Brandwunden in erster Lebensgefahr. Frau Rosenbergs hat zwar arge Brandwunden davongetragen, wird aber wohl am Leben erhalten bleiben. Der Zustand des Fräulein Freese, die den brennenden Christbaum trug, und des Fräulein Kauf ist befriedigend und ihre Heilung ist sicher. Die Damen rannten mit lichterloh brennenden Kleidern auf die Straße, wo Vorübergehende mit ihren Köden das Feuer erstickten. Feuerwehr und ärztliche Hilfe war sofort zur Stelle.

Ueber ein Schiffunglück wird aus London berichtet: Nach einem Lloyd-Telegramm aus Cowes ist der Dampfer „Granar Coste“ der Union-Castle-Linie auf der Reise von Kapstadt nach Southampton, Dienstag früh nach Mitternacht bei der Insel Wighi gestrandet. Das Schiff hat kein Leck erhalten, ist aber noch nicht flott geworden.

Eine neue Eisenbahn-Katastrophe. Aus Brindisi (Italien) wird uns vom Sonntag gemeldet: Heute früh stürzte ein Eisenbahnzug in den Cilareddo-Bach bei Brindisi. Er war ein Materialzug, welcher etwa zwanzig Arbeiter und Materialien zur Wiederherstellung der vor einem Monat eingefürzten Brücke über den Bach mit sich führte. Bis Sonntagmorgen wurden vier Tote und neun schwer Verletzte festgestellt. Der Maschinist des Zuges ist flüchtig geworden, der Feizer wurde verhaftet.

Marktpreise von Berlin am 12. Januar 1902

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

| | | | | | |
|----------------------|-------|-------|-------------------------|------|------|
| ↑ Weizen, gut D. Gr. | 17,80 | 17,28 | Antiofen, neue, D. Gr. | 6 — | 4 — |
| „ mittel | 17,26 | 17,24 | Rindfleisch, Rente 1 kg | 1,60 | 1,20 |
| „ gering | 17,22 | 17,20 | „ do. Bauch | 1,40 | 1 — |
| ↑ Roggen, gut | 14,50 | 14,48 | Schweinefleisch | 1,70 | 1,80 |
| „ mittel | 14,46 | 14,44 | Rathfleisch | 1,80 | 1 — |
| „ gering | 14,42 | 14,40 | Hammelfleisch | 1,60 | 1 — |
| * Weite, gut | 14,40 | 13,90 | Butter | 2,80 | 2 — |
| „ mittel | 13,80 | 13,30 | Eier 60 Stk | 5,20 | 2,80 |
| „ gering | 13,20 | 12,70 | Korpsen 1 kg | 2,30 | 1,20 |
| * Hafer, gut | 17 — | 16,50 | Kaie | 2,80 | 1,40 |
| „ mittel | 16,40 | 15,90 | Gaude | 2,60 | 1,20 |
| „ gering | 15,80 | 15,30 | Fedte | 2,40 | 1 — |
| Reis, Ind. | 7,50 | 6,82 | Baride | 1,80 | 0,80 |
| „ do. | 8,60 | 6,20 | „ do. | 3,00 | 1,40 |
| „ do. | 40 — | 15 — | „ do. | 1,40 | 0,80 |
| „ do. | 50 — | 15 — | „ do. | 1,40 | 0,80 |
| „ do. | 65 — | 20 — | „ do. | 15 — | 8 — |

↑ ab Bahn. frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 14. Januar. Am heutigen Wetredemarkt bewirkten niedrigere Preisbefehle von fast allen Auslandsbörsen Realisierungen in Weizen, wobei die Preise um etwa 1/4 M. nachgaben. Am Roggenmarkt war die Situation anfänglich weniger unruhig. Die ausländischen Zufuhren waren knapp, und da das Weizengetreide sich gebessert hat, sind große Posten Roggen vom hiesigen Lager an die Mühlen verschlossen worden. Der Artikel setzte sich behauptet ein, späterhin gab die Preise 1/4 Mark nach, da sich die Ansicht geltend machte, daß im Inlande noch große Vorräte in erster Hand sind. Daher war loco fest, Lieferungen sehr still; Mehl unverändert. Städt. vernachlässigt, nominell behauptet.

Spiritus bei gestiegenen Umsätzen 20 Pf. billiger, 70er loco 31,60 M.

Witterungsüberblick vom 14. Januar 1902, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer stand mm | Windrichtung | Witterung | Temp. u. G. ° C | Stationen | Barometer stand mm | Windrichtung | Witterung | Temp. u. G. ° C |
|-------------|--------------------|--------------|-----------|-----------------|----------------|--------------------|--------------|-----------|-----------------|
| Wilmersdorf | 765,92 | 4 waltig | 0 | 0 | Charlottenburg | 758,90 | 2 wolklos | -21 | -21 |
| Spandau | 770,94 | 2 hls. bed. | -1 | 1 | Wilmersdorf | 755,90 | 1 heiter | -22 | -22 |
| Wilmersdorf | 769,92 | 4 heiter | -1 | 1 | „ | 778,90 | 4 dumpf | 6 | 6 |
| „ | 774,94 | 2 hls. bed. | 0 | 0 | „ | 775,90 | 2 hls. bed. | 0 | 0 |
| „ | 772,94 | 2 bed. | -2 | 2 | „ | 775,90 | 2 hls. bed. | 0 | 0 |
| „ | 771,92 | 2 wolklos | 0 | 0 | „ | 775,90 | 2 hls. bed. | 0 | 0 |

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 15. Januar 1902. Ein wenig kälter, vielfach heiter, aber noch veränderlich bei mäßiger nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Expedition.

Agent Haiger. Die Postabonnements gehen mit den ersten Frühstücken ab.

Briefkasten der Redaktion.

Die hiesige Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

G. N. 28. Im Wäddenreitungshaus „Stoach“ sind seit je nur städtisch veranlagte Mädchen aufgenommen worden.

H. S. Ringkrei ist die Deutsche Spiritusfabrik, Comptoir Burgstr. 1a. Von den Händlern führen ringkrei Spiritus Sauerstr. 45/46, und Gustav Wolf Koch, Wilmersdorf, Richardstr. 18.

Wied. Wein. — **A. A. Unfall.** 1. Ja. 2. Nein, an die Berufsgenossenschaft. 3. Ja. — **A. T.** Rechnen Sie mündliche Niederschreibung mit dem Kommandanturrichter behufs Bekleinerung. In der Regel vergehen ungefähr sechs Wochen. — **H. G. 68.** Eine Weiterverfolgung der Angelegenheit hätte schwerlich einen weiteren Erfolg als den großen Zeitverlust. Freuen Sie aus dem Verein aus. — **H. u. T. Ja.** — **H. S. 11.** 1. bis 3. Das Krankengeld erhält die Versicherungsanstalt; sie zahlt aber auf Antrag etwa 6—10 M. an die Familie. 4. Den Antrag können Sie, falls Sie involviert sind, Freitag, 24. stellen. — **Wilmersdorf.** Wenn Sie keinen Grundbesitz in der Jagdbergraben und des Eigentümers hatten, so wäre Antrag auf richterliche Curatelverfügung zwecklos. — **H. S.** Zur Zahlung der erforderlichen Stempelgebühren sind Sie nicht verpflichtet. — **M. G. Ja:** innerhalb 14 Tagen bei einer Stempelverteilung. Auch nicht gestempelte Scheine sind gültig. — **G. C. B. 1 bis 3:** Nein. 4. Ja. — **H. N. 151.** 1. Ja. 2. So bald Antrag auf Eröffnung gestellt ist. 3. Nein. — **H. W. 9.** Sie können auch selbst ein Testament aufsetzen, müssen aber die Formvorschriften beachten. Beispielsweise finden Sie auf den letzten Seiten des dem Arbeiterrecht beigelegten Jahrbuchs. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **Ein Lehrer.** 1. Alexanderstr. 20. 2. Vom 17. Lebensjahre ab. — **H. S. 100.** 1. Ein Widerspruch gegen die Berechnung verpflichtet wenig Erfolg. 2. Der Wert wäre, wenn nicht Vorwissen des Wertbertrages entgegenstände, ersparlich. Die Höhe der Geschäftsbahn hängt von der Höhe des wirklichen Schadens ab. — **G. R. 37.** Nein. Das betreffende Buch ist wertlos. — **J. S. 22.** Sie müssen sich an die Polizeibehörde wenden. — **M. G. 998.** 1. Ja. 2. 55 000 000 M. — **J. W. G. 1.** Die Entschädigung erbt an Stelle ihrer Mutter. 2. Es müßte gefällig und der Erbschaftsvertrag geschlossen werden. — **H. 100.** Das ist möglich, freilich wenig wahrscheinlich. — **Kunheim 102.** Der von Ihnen gedachte Fall ist und war unzulässig, gleichviel ob es sich um Militär oder Privatpersonen handelt. — **Ang. W. 1.** Nein. 2. Ja. 3. Ihre Beantw. — **M. R. 14.** Ja: vom Polizeipräsidenten. — **W. 1293.** Sie müssen Klage (bei der Gewerbe-Deputation Straßensachen 3—6) erheben. — **10000 M. 2.** Das auszurechnen wäre mühsamer. — **C. D. Wobler.** 1. und 2. Nein. 3. Kostum! Aber solche Dinge würde zu weit führen. 4. Nein. 5. Sie können durch jeden Bankier deutsche Reichs- oder preussische Staats- oder Berliner Stadtanleihe zu dem Betrage kaufen. — **Hilfs 11.** Das Gesetz schreibt nichts vor. Die Kasse kann Vorschriften erlassen, eventuell gilt die Zeit bis 10 Uhr als angemessen. — **H. G. 50.** 1. Verjährung trafe erst mit Ablauf des Jahres 1903 ein. 2. Strafen — auch erlassene, oder verhängte — müssen auf Befragen von Zeugen angegeben werden. — **H. T. G. 12.** Ja. — **C. G. 12.** Nein